

Politische Berichte



15. Mai 1987
Jg. 8 Nr. 10

G 7756 D

Preis:
2,50



Tarifvertrag über Teilzeitarbeit: Keine Barriere gegen Flexibilisierungsstrategie der Chemiemonopole Seite 8



26.4.37: Bomben auf Gernika: BRD verweigert Wiedergutmachung. Aufgabe für Antifaschisten Seite 12



Auseinandersetzung um Nazi-Zentrum in Bielefeld: 5000 Antifaschisten demonstrierten am 8. Mai gegen die Nationalistische Front Seite 26

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Volkszählung: Reaktion militarisiert die Gesellschaft 4

Wirtschaftslage: Im Bundestag breite Einheit für Volksgemeinschaft 7

Druck: Kein Erfolg gegen Flexibilisierung 7

Tarifvertrag Teilzeitarbeit: Keine Barriere gegen Flexibilisierungsstrategie der Chemiemonopole 8
Auszüge aus dem Tarifvertrag . . . 9

Papstbesuch: Schroffe Abgrenzung von fortschrittlichen Interessen . . 10
Reden und Predigten des Papstes . 10
Pressestimmen 11

Auslandsberichterstattung

26.4.37, Gernika: BRD verweigert Wiedergutmachung. Eine Aufgabe für Antifaschisten 12

Kanada: Streikrecht ist kein Verfassungsgut 13

US-Einwanderungsgesetz: Amnestie für „Illegale“? Wer's glaubt, wird selig 14

Namibia: Gewerkschaftsbewegung festigt sich 14

Großbritannien: Zerstörung der Gesundheitsversorgung 15

Türkisch-Kurdistan: EG-Politik: Deportationen, NATO-Übungen und Wirtschaftshilfe für die Junta . 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Betriebsunfälle: Kostendämpfung der Kapitalisten 18
Arbeit und Krankheit 18
Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch . 18

HBV: „Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel“ 19

Reportagen und Berichte regional

1. Mai: Regierung und Kapitalisten unbeeindruckt 20

Regionale Nachrichten 21

Dioxin: Entschädigung für alle kranken Arbeiter von Boehringer! . 22

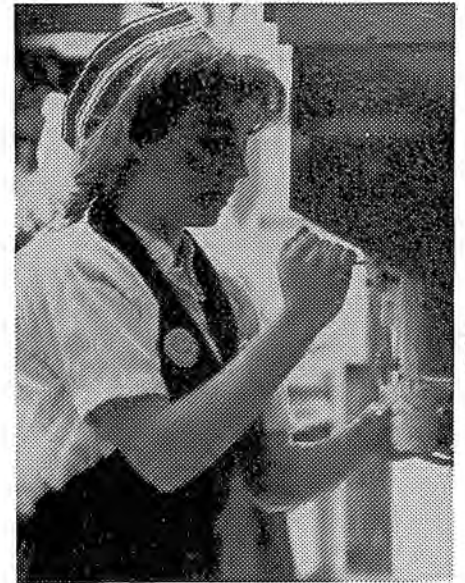
4. Kongreß von CEDRI

Vom 4. bis 10. Mai fand in Limans (Südfrankreich) der 4. Kongreß des „Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter“ (CEDRI) statt. Zwischen 300 und 400 Menschen, Vertreter von Organisationen, Gewerkschaften und Gruppen sowie Juristen aus über 40 Ländern, waren erschienen. Die Kongreßteilnehmer tagten zunächst in sechs Kommissionen: „Politische Kommission“, „Kommission Rechtsextremismus“, „Kommission Kirchenasyl“, Kommissionen „Alternativen und Entwicklungsfragen“ und „Emigrantenalltag“ sowie „Juristische Kommission“. Breiten Raum nahm die Erörterung faschistischer und ausländerfeindlicher Entwicklungen in den westeuropäischen Ländern und Maßnahmen dagegen ein. In Veranstaltungen wurde u.a. über die „Affäre Olof Palme“, über den „Prozeß gegen Otelo de Carvalho“ (Portugal), über „baskische Flüchtlinge in Frankreich“, über die „Entwicklung im Nahen Osten/Palästina“ mit dem Bürgermeister von Nazareth, über die „Föderation der Emigranten in Europa“ (FEE) berichtet. Zum Schluß des Kongresses wurden die Arbeitsberichte der Kommissionen diskutiert und verschiedene Tätigkeiten beschlossen, z.B. die Verbesserung der Informationsarbeit zwischen den einzelnen Gruppen und Organisationen. Weitere Informationen über den CEDRI-Kongreß und seine Ergebnisse sind erhältlich über die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront in Köln. – (sie, ti)

BDA verlangt Vorgabe von Unterrichtsfächern

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat am 5. Mai eine „Positionsbestimmung zur Schule der Zukunft“ veröffentlicht, in der klargestellt wird, daß die Kultusministerkonferenz die geplanten Änderungen der Abituranforderungen auch trotz der heftigen Schülerproteste nicht weiter hinausschieben darf. Der BDA verlangt eine verbindliche Vorgabe der Unterrichtsfächer Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, Fremdsprachen, Geschichte/Politik, Sport, Musik, Kunst und „sozialökonomische Grundbildung“. Die Kapitalisten stellen klar, warum sie alle Schüler, die Abitur machen wollen, zum Pauken in einem festumrissenen Fächerkanon zwingen wollen. Sie kritisieren folgendes: „Die längere Verweildauer in Schule und Hochschule, die Tatsache, daß immer mehr Schüler eine gymnasiale Bildung aufnehmen und mehr Abiturienten nach längerer Schulzeit in eine Berufsausbildung einmünden, haben zur Folge, daß die deutschen Jugendlichen generell spät berufliche Verantwortung übernehmen. Während akademisch ausgebil-

dete Jugendliche in anderen Industriestaaten schon mit 24 Jahren in die Berufstätigkeit gehen, liegt das Eintrittsalter in der Bundesrepublik Deutschland bei nahezu 28 Jahren.“ Der vom BDA geforderte verbindliche Fächerkanon hat seine Tauglichkeit zur Erhöhung der Konkurrenz schon unter Beweis gestellt. In der Erhöhung des Konkurrenzdruckes sehen die Kapitalisten ein unverzichtbares Mittel, die



Schulzeit zu senken, die Differenzierung der Ausbildung voranzutreiben und alle Gemeinsamkeiten des gegliederten Schulsystems zur Geltung zu bringen. Die Kapitalisten begründen ihr Interesse an einem gegliederten Schulsystem ganz offen mit den vielfältigen Anforderungen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Beruf und Familie. Ziel des Gymnasiums habe „die Vermittlung der allgemeinen Studierfähigkeit“ zu sein, Aufgabe der Haupt- und Realschulen die Berufsvorbereitung. Die geplante Reform soll die Zahl der Gymnasiasten wieder senken und die Relationen im gegliederten Schulsystem den Anforderungen der Kapitalisten anpassen – selbstverständlich bei „freier Schulwahl“. – (clm)

BILD für Euthanasie bei AIDS-Kranken

Nachdem die Bildzeitung seit Monaten unaufhörlich ihre Hetzkampagne gegen die AIDS-Kranken führt und ihre Isolierung und Bekämpfung statt ihrer medizinischen Behandlung propagiert, läßt sie Hackethal „Sterbehilfe für Aidskranke“ fordern. Obwohl sich kein AIDS-Kranker in Behandlung bei dem Sterbehilfe-Spezialisten Hackethal begeben hat, behauptet dieser, AIDS sei am Ende eine oft monatelange furchtbare Qualerei, um glauben zu machen, die AIDS-Kranken wollten sterben und wer sie umbringe, sei ein barmherziger Samariter. Elf AIDS-Kranke sollen in Holland auf angeblich eigenen Wunsch umgebracht worden sein. Die niederländischen Gesetze für

Sterbehilfe findet BILD gut.

Die Bundesregierung öffnet mit ihrer AIDS-Politik auch Schleusen für die reaktionären Forderungen nach Änderung der rechtlichen Grundlagen für Sterbehilfe. AIDS kann nicht geheilt, aber verhindert werden, ist der süßmuthsche Slogan. Über die Kostenaspekte von AIDS läßt sie das Institut für Gesundheitssystemforschung in Kiel forschen. Unheilbar, selbstverschuldet und wahnsinnig teure Behandlung, wozu?

Da mag Hackethal noch so oft beschwören, es müsse „zunächst alles Menschenmögliche getan werden, um jemandem das Leben wieder lebenswert zu machen“. Offizielle AIDS-Politik handelt nicht von Wünschen der Patienten. Nach Berichten aus den USA ist die Nachfrage nach dem Anti-Virus-Mittel groß, und die AIDS-Kranken nehmen schwerste Nebenwirkungen in Kauf in der Hoffnung, länger zu leben, wenn sie schon nicht geheilt werden können. Dem muß entgegen gewirkt werden. Deshalb will BILD eine Öffentliche Meinung schaffen, die diesen Patienten den Anspruch auf bestmögliche Behandlung und Heilung abspricht. Die Euthanasie ist die logische Folge, und dann nicht nur für AIDS-Kranke. – (sul)

Stimmungsmache für verkaufsoffenen Sonntag

Im Rahmen der Versuche, Dienstleistungsabende auf Landesebene einzuführen und das Ladenschlußgesetz zu Fall zu bringen, tut sich der Bundestagsabordnete Jochen Feilcke (CDU) aus Berlin besonders hervor. „Der Sonntag darf keine heilige Kuh sein“ zitiert ihn die Bildzeitung vom 10.5.87. „Für Kundschaft und auch das Personal ist der Sonntageinkauf mit weniger Streß verbunden. Das Personal müßte eben nicht länger, sondern zu anderen Zeiten arbeiten.“ An anderer Stelle trat Feilcke schon dafür ein, doch gleich das ganze Ladenschlußgesetz zu streichen. Systematisch wird das Trommelfeuer gerührt für längere Verkaufszeiten am Wochenende. Die Kaufhof-Kapitalisten fordern einen zweiten verkaufsoffenen Samstag im Monat. Die Stimmung wird durch Umfrageergebnisse angeheizt: Das Emnid-Institut behauptet, 56 Prozent der Deutschen würden gern nach Feierabend einkaufen, und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände hat durch Umfrage festgestellt, daß 58 Prozent den Dienstleistungsabend entweder am Freitag- oder Mittwoch- oder Samstagabend haben wollen.

Umso erfreulicher, daß die HBV jetzt zu Aktionen, wie der am 11.5., aufruft: Wo die HBV im Betriebsrat vertreten ist, wurden in den großen Kaufhäusern in Stuttgart Protest-Betriebsversammlungen abgehalten.

Ein Infoblatt, in dem die HBV gegen Dienstleistungsabende bis 21 Uhr, also Nacharbeit, protestierte, wurde an die Kunden verteilt. – (rst)

Ramazan Adigüzel erschossen

Am 3. Mai wurde Ramazan Adigüzel, Bundesvorstandsmitglied der KOMKAR (Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD) und Vorsitzender des örtlichen Arbeiterkomitees Kurdistans, vor den Vereinsräumen der KOMKAR in Hannover erschossen. R. Adigüzel war mehrere Jahre Vorstandsmitglied des Lehrerverbandes TÖB-DER in der kurdischen Provinz Bingöl. Er wurde von der türkischen Polizei verfolgt, nach dem Militärputsch am 12.9.80 verhaftet und gefoltert. Um einer neuerlichen Verhaftung zu entgehen, flüchtete er Ende 1983 in die BRD.

Obwohl keinerlei Anhaltspunkte und Beweise vorliegen, schürt die bürgerliche Presse eine Hetzkampagne gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und den am Ort tätigen kurdischen Arbeiterverein. Dabei wird direkt Bezug genommen auf den am 29.4.87 von Innenminister Hasselmann (CDU) veröffentlichten niedersächsischen Verfassungsschutzbericht, in dem die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) als „terroristisch“ bezeichnet und das staatliche Vorgehen gegen sie neuerlich bekräftigt wird.

In einem „Aufruf zum Trauer- und Demonstrationszug“ stellte ein örtliches Aktionsbündnis (u.a. GRÜNE, DKP, VVN, Jusos, KB, Devrimci Isci, KOMKAR) dagegen fest: „Klar ist aber, wer einen Nutzen aus diesem Attentat zieht. Zu allererst das türkische Regime, das den kurdischen Widerstand und den Kampf um die Rechte des kurdischen Volkes auch im Ausland vernichten will. Auch muß entschieden der Absicht der deutschen Bundesrepublik entgegengetreten werden, die linke kurdische und türkische Organisationen verbieten will. Es wäre nicht das erste Mal, daß der türkische Geheimdienst oder türkische Faschisten Angehörige dieses Widerstandes bedrohen oder umbringen...“

Bei dem Trauerzug am 9.5., an dem ca. 2000 Menschen, überwiegend Kurden, teilnahmen, kamen diese Feststellungen nicht zur Geltung. Vielmehr wurde die vom Staatsschutz betriebene Hetz- und Verbotskampagne ungeprüft und unbewiesen übernommen, indem z.B. „PKK-Provokateure“ des Mordes beschuldigt und die westdeutschen „Sicherheitskräfte“ zum Handeln aufgefordert wurden. Damit kann die Reaktion die politischen Widersprüche kurdischer Organisationen weiter schüren und für die Unterdrückung ausländischer Arbeiterorganisationen nutzen. – (gec)

Studiengebühren: Demonstration gegen Sparmaßnahmen 22

Betriebsratswahlen: Seit 1978 erstmals wieder Zugewinne für IGM . 23

Hausaufgabenbetreuung: Landesregierung strebt Beseitigung an . 23

Flüchtlinge: Boykott der Gemeinschaftsverpflegung – für Barauszahlung der Sozialhilfe 24

Banken: Erste Streiks gegen Flexibilisierung 25

Stahl: Konkursvorteile für Klöckner und Maxhütte 25

Bielefeld: 5000 demonstrierten gegen Nationalistische Front 26
Aufbau und Programmatik der NF 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Ausstellung: Nützliche Beiträge zum Kampf gegen Isolationshaft . 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

„Voll auf der Rolle“: Ein Stück zur Ausländerfeindlichkeit 30

Fernsehen: Stürmer setzte Regierungsgeschichtsschreibung durch . 30

„Der Morgen danach“: Rührstück gegen Alkoholismus 30

„Platoon“: Von anständigen Soldaten in wüsten Gemetzeln 31

Hamburger Bürgerschaftswahlen: Arbeitern noch mehr zuzumuten – Uns reicht s schon jetzt! 31

IPO: Erklärung zum Terrorismus . 32

Spezialberichte

Metall: Tarif ermöglicht Samstag ohne Zuschlag und Zehnstunden-tag. IGM auf drei Jahre festgelegt . 34
„Flexibilisierung „nach betrieblichen Erfordernissen“ 34
Wer unter 3000 Mark verdient, kann mit Reallohnverlusten rechnen 35

Sozialstatistik

„Zukunft der Arbeit“: Keine Anhaltspunkte für Vereinheitlichung . 38

Titelbild: Köln, 1. Mai. Foto: fuk

Volkszählung

Die Reaktion betreibt eine Militarisierung der Gesellschaft

In der Durchsetzung der Volkszählung hat die Bundesregierung ihren Drohungen nunmehr Taten folgen lassen. Sie ist dabei keineswegs zimperlich in der Wahl ihrer Mittel. In ihrem Vorgehen praktiziert sie die Entfesselung der Staatsgewalt unter Notstandsbedingungen.

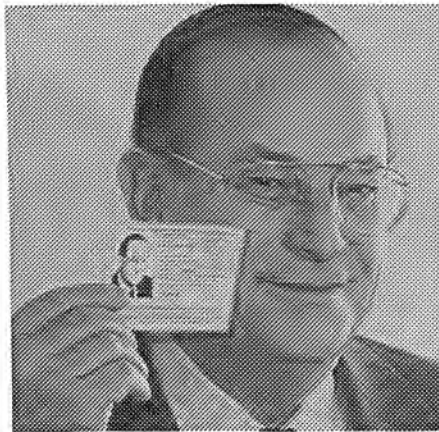
Mittlerweile ist jede Äußerung gegen die Volkszählung der Strafverfolgung ausgesetzt, droht für den Aufruf zum Boykott der Volkszählung eine erkleckliche Geldstrafe. Über extensive Auslegung des Strafgesetzbuches werden Informationsmaterialien von Boykottgruppen beschlagnahmt, finden Hausdurchsuchungen statt, werden Personen verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt.

Die Durchsuchung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn war seit dem Verbot der KPD 1956 und dem vorausgehenden Aktionen der Justiz das erste Mal, daß zentrale Räumlichkeiten einer Partei vom Staatsschutz heimgesucht wurden. Die Reaktion provoziert regelrechte Straßenschlachten und Stadtteilverwüstungen, wie in Westberlin-Kreuzberg. Wo die Beschlagnahmung von Flugblättern, die zum Boykott der Volkszählung aufrufen, Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen waren.

Die Reaktion ist dabei, neue gesellschaftliche Maßstäbe zu schaffen, wie staatliche Vorhaben gegen den Widerstand in der Bevölkerung durchgesetzt werden. Dies gilt ebenfalls für die zwangsweise Verpflichtung der staatlichen Bediensteten zur Durchführung

der Aktionen. Das Bundesinnenministerium vermeldet, daß die notwendige Anzahl Zähler zusammen sei und daß sich alle „freiwillig“ gemeldet hätten.

Die Mehrzahl der Zähler ist im öffentlichen Dienst beschäftigt und es gab heftige Auseinandersetzungen um die Frage der Verpflichtung zum Zählen. Durch die Verpflichtung für die Dienststellen, jeweils eine bestimmte Anzahl von Personen „freiwillig“ zum Zählen abzustellen, konnte durch massiven Druck der Dienstherren die erforderliche Anzahl an Zählern erreicht werden. Damit konnte öffentlich durchgesetzt werden, daß der Staat seine Bediensteten zu anstellungsfremden ordnungspolitischen Tätigkeiten zwingen kann mit dem Ziel der Aushor-



Die Volkszählung soll neue Unterdrückungsgesetze vorbereiten und bereits verabschiedete effektivieren. Bild: Zimmermann mit neuem Ausweis.

chung und Unterdrückung der Lohnabhängigen.

Hat schon über die Durchsetzung der Volkszählung eine Militarisierung der Gesellschaft stattgefunden, so wird diese durch die Auswertung der gewonnenen Daten noch verstärkt werden. Die „Inventur des Staates im Dienste unserer Bürger“ verschafft der Reaktion ein nach vielen Seiten aufwacherbares Raster der sozialen und ökonomischen Struktur der Bundesrepublik.

Zu nennen sind hier der erstmalige Überblick über Zusammensetzung, Ausstattung und Finanzierung bundesdeutscher Haushalte. Über die Aufteilung des Arbeitskörpers auf Branchen und Arbeitsstätten, über die Verkehrsströme von Wohnung zum Arbeitsplatz, über die ausbildungsmäßige und berufliche, über die soziale Zusammensetzung von Wohnvierteln, Städten, Regionen. Diese Struktur- und Lebensanalyse kann auch für Untergruppen der Gesellschaft vollzogen werden. Besonders gefährdet sind die Ausländer. Die Bundesregierung erhält ein genaues Abbild der Lebenssituation der ausländischen Beschäftigten, mit allen daraus entstehenden Folgen.

Mit der Auswertung der durch die „Staatsinventur“ eingetragenen Informationen erhalten die westdeutschen Imperialisten das Rüstzeug zur Intensivierung ihrer ökonomischen und militärischen Expansion. Durch eine sich abzeichnende Reorganisation des Staatsapparates sollen die gewonnenen Erkenntnisse schlagkräftig in die Tat

Ausrichtung der evangelischen Militärseelsorge

Nachdem der Papst den katholischen WKI-Militärpfaffen und Träger des Eisernen Kreuzes, Pater R. Mayer, selig gesprochen hat und während Höfner den „Dienst der Bundeswehrsoldaten“ als unverzichtbar erklärte, fand in der letzten Woche die 32. Gesamtkonferenz der evangelischen Militärseelsorge in Malente statt. In der evangelischen Kirche gibt es Strömungen, die eine Aufhebung des Militärseelsorgevertrages zwischen Kirche und Armee verlangen. Zur Ausrichtung der Militärgelbstlichkeit waren die neue Staatssekretärin Hürland-Büning und Generalinspekteur Wellershoff erschienen. Die Staatssekretärin kritisierte Pfarrer, die „zwischen Glauben und Politik nicht scharf genug unterscheiden“; Wellershoff verlangte, daß die Kirche ihre Position „zur bewaffneten Verteidigung und zur moralischen Rechtfertigung

tigung des soldatischen Dienstes“ stärker vertreten müsse. Militärbischof Binder forderte „ein klärendes Wort“ der Kirchenleitung, um Stimmen, die Kriegsdienstverweigerung befürworten und Militärseelsorge ablehnen, endlich zum Schweigen zu bringen. (Süddeutsche Zeitung, 8.5., bw-aktuell 6.5.87 – jok)

Norwegische Regierung: Engere Bindung an EG

Die norwegische sozialdemokratische Ministerpräsidentin Brundtland verhandelte Anfang Mai mit der Brüsseler EG-Kommission. Ziel ihrer Regierung seien engere Bindungen Norwegens an die EG, erklärte sie. Vor den 1989 anstehenden Parlamentswahlen will die Regierung ein „Weißbuch“ über die Beziehungen Norwegens mit der EG vorlegen. 1972 hatte eine Mehrheit der Wahlberechtigten in Norwegen in einem Referendum den Beitritt des Landes in die EG abgelehnt. Das

„Handelsblatt“ läßt die Genugtuung westdeutscher Kapitalisten über den inzwischen erreichten Einfluß in Norwegen durchblicken, wenn es frohlockend schreibt, vermutlich würden noch einige Jahre vergehen, dann aber werde sich „die Frage einer EG-Mitgliedschaft Norwegens nach dem ablehnenden Referendum von 1972 erneut stellen.“ Die EG würde dadurch ihren Zugriff auf die norwegischen Öl- und Gasreserven erheblich verstärken. – (rül)

Nimmt die Teuerung wieder zu?

Im April lag der Lebenshaltungskostenindex wieder höher als im Vorjahr: um 0,1%. Weitere Anzeichen sprechen dafür, daß die Neigung der Kapitalisten wächst, durch Teuerung ihr Geschäft zu verbessern. So ist der Preis für die Unze Feingold an der Londoner Edelmetallbörse im April gegenüber März um 7,4% gestiegen. Goldhändler er-



Drei der 22 Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen, die am 18. Februar vor dem Bundestag zum Boykott der Volkszählung aufgerufen hatten, haben ihren Aufruf zurückgezogen, nachdem ihnen die Stadtverwaltung Bonn Bußgelder in Höhe von ca. 8000 DM androhte.

umgesetzt werden. Im Volkszählungsgesetz ist festgelegt, daß die kleinste Einheit, auf der die Daten aufbereitet werden dürfen, die Blockseite ist. Eine Blockseite ist eine Straßenseite zwischen zwei Straßeneinmündungen o.ä. In den bisher vorliegenden Entwürfen zu Bundes- und Landeszivilschutzgesetzen ist dieselbe Blockseite als Grundeinheit der operativen Planung festgelegt.

Die operative Planung bedeutet Bildung von (Zivil-)Schutzgruppen auf Blockseitenbasis, Regelung der Versorgung der Haushalte mit Lebensmitteln und Strom, Gas, Wasser, Lenkung der Arbeitskräfte zu den Arbeitsstätten, Zwangsverpflichtung von Personen- und Berufsgruppen zu speziellen Aufgaben (z.B. Gesundheitssicherstellungsgesetz), Internierung und Zwangsarbeit für „unsichere Elementen-

te“, z.B. Ausländer. Kurzum all die Maßnahmen, die dazu dienen, die Heimatfront zu stärken und etwaigen Widerstand zu brechen. Die Volkszählung liefert die für die Planung dringend benötigten Daten, auf die Zivil- und Katastrophenschutz schon lange warten.

Bisher ist nicht bekannt, wie die organisatorische Auswertung und Fortschreibung der Daten vor sich gehen soll. Es steht zu erwarten, daß Zuständigkeiten von kommunalen Ämtern gemäß der Gliederung Blockseite umorganisiert bzw. neu geschaffen werden. Sinn und Zweck einer solchen Umgestaltung wird die effektivere und einheitlichere Ausrichtung aller Organe des Staatsapparates in vertikaler wie horizontaler Richtung auf die Ziele der Imperialisten sein. Druckmittel zur Straffung wird u.a. die Vorschrift des

Volkszählungsgesetzes sein, daß Daten nur an Gemeinden weitergegeben werden, die bestimmte Anforderungen erfüllen. Dies ermöglicht den Eigentümer der Daten, die zentrale Körperschaft „Bund“, die Kommunen zur Erfüllung dieser Anforderungen zu zwingen. Bis Mitte der sechziger Jahre war die Polizei eine kommunale Behörde. Mittlerweile ist sie eine schlagkräftige organisierte Landesbehörde, der Bundesgrenzschutz wird mehr und mehr als Bundespolizei aktiv. Je höher angesiedelt, desto rücksichtsloser das Vorgehen. Diese Entwicklung ist in abgeänderter Form auch für andere (noch) kommunale Behörden denkbar, etwa das Einwohnermeldeamt.

Die über und mit der Volkszählung erwirkte Militarisierung der Gesellschaft ist die Ursache für das rabiate Vorgehen der Staatsgewalt. Es rächt sich, daß die meisten linken Kräfte das Ergebnis der Bundestagswahlen als Zeichen der Schwächung der Reaktion gedeutet haben. Bis hin zu der Aussage, daß die nächste Niederlage der Reaktion namens Volkszählung schon ins Haus stehe. Die Hoffnung, auf rot-grüner Basis die Kräfte des Friedens, der Umwelt und der Arbeit zusammenzufassen, um gewaltlos durch Verweigerung den expansionistischen Bestrebungen Einhalt gebieten zu können, erleidet Schiffbruch. Nicht die Verwischung der Klassegegensätze wird zum Erfolg führen, sondern die klare Formulierung von Klasseninteressen.

Die Reaktion hat dies klar erkannt und schreitet auf diesem Wege voran in der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung nach innen wie außen. Deutlich formuliertes Ziel ihrer Handlungen sind die Interessen der deutschen Wirtschaft. Ihr gegenüber steht in Fragen der Volkszählung eine

warten bald einen Preis von über 500 Dollar je Unze (zur Zeit ca. 450 Dollar). Die Unruhen und Streiks in Südafrika machten die Versorgungslage unsicher, heißt es. Vor allem aber erwarte man einen weltweiten Anstieg der Teuerung. – (rül)

Kindererziehungszeiten: noch lange nicht für alle!

Es sei nach wie vor kein Geld vorhanden, so Blüm am 8. Mai im Bundestag, um den jetzigen Rentnerinnen sofort Kindererziehungszeiten zu gewähren. Das im vorigen Bundestag beschlossene Gesetz ließ die Rentnerinnen, von denen ein großer Teil wegen niedriger eigener Rente auf Sozialhilfe angewiesen ist, außen vor: Erst ab Geburtsjahrgang 1921 und jünger werden 27 DM (1987/88) je Kind Rentenaufschlag gezahlt. Nun schob Blüm in die erste Lesung einen Stufenplan nach, der dazu führen soll, daß die über 80jährigen Rentnerinnen ab Okto-

ber den Zuschlag bekommen, bis schließlich in weiteren Etappen im Oktober 1990 auch die Rentnerinnen der Geburtsjahrgänge 1917 bis 1920 einbezogen werden. Es sei nicht genug Geld vorhanden, mit anderen Worten: Es müssen noch erst mehr als eine Million Rentnerinnen wegsterben. Aber auch für den Oktober 1990 behauptet Blüm Unwahrheiten: Eingewanderte Rentnerinnen, deren Kinder in ihrem Heimatland geboren sind, bekommen den Zuschlag weiterhin nicht, auch wenn sie sich den Buckel für die Kapitalisten hier mehr als krumm geschuftet haben. – (haj)

Kurzarbeitergesetz im Interesse der Stahlmonopole

Am 8.5.1987 hat die Bundesregierung ein „Gesetz zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit“ in den Bundestag eingebracht. Darin entspricht sie Forderungen der Stahlmonopole nach einer

Ausnahmeregelung für Kurzarbeit. Zur Zeit liegt die Höchstdauer von Kurzarbeit bei 24 Monaten. Danach müssen die Kapitalisten mindestens drei Monate Normal-Stunden arbeiten lassen, bevor sie erneut Kurzarbeit und damit Geld aus der Arbeitslosenversicherung beantragen können. In Zukunft können die Stahlkapitalisten bis zu 36 Monate Kurzarbeit anmelden. Eine entsprechende Regelung gab es schon 1983/84, diesmal soll sie von 1987 bis 1989 gelten. Was die Bundesregierung mit der Produktionsbeschränkung durch EG-Quoten begründet, soll tatsächlich die Umstrukturierungs- und Rationalisierungspläne der großen Monopole erleichtern. Desweiteren will die Bundesregierung die zuvor gekürzte Mindest-Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von vier auf sechs Monate erhöhen und die Höchst-Bezugsdauer für ältere Arbeitslose von 24 auf bis zu 32 Monate (ab 54 Jahre). – (wof)



Die mit der Volkszählung verbundenen Notstands- und Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie werden von den Befürwortern eines Boykotts in der Öffentlichkeit zu wenig kritisiert. Kritik am „Datenmißbrauch“ und am „gläsernen Bürger“ überwiegt. Links: Regierungspropaganda für die Zählung.

Bürgerrechtsbewegung, die Formen der Auseinandersetzung propagiert, welche Teile des Widerstandes von vornherein von der Teilnahme ausschließt. Es erschreckt mit welcher Leichtigkeit Teile der Boykottbewegung zu der Erkenntnis gelangen, daß Ausländer in Folge eines Boykotts des Landes verwiesen werden können, andererseits durch die Zählung ebenso beschissen daran sind, und danach achselzuckend zur Tagesordnung übergehen. Gerade der am schwersten von der Ausbeutung und Unterdrückung betroffene Teil der Arbeiterklasse wird allein gelassen.

Es ist dringend notwendig, gegen die Absichten mit der Volkszählung verfolgten Absichten und das stattfindende Kesseltreiben gegen Volkszählungsgegner eine breite Front zu entwickeln. Eine Front, die sich klar auf die Inter-

essen der Arbeiterklasse und der werktätigen Intelligenz beruft, die sich gegen die Ziele der BRD-Imperialisten wendet. Diese richten sich gegen die Lohnabhängigen, deswegen muß der Widerstand in den Gewerkschaften aufgebaut werden. Die SPD und ihre Vertreter muß zur Stellungnahme und Entscheidung getrieben werden: Sie darf sich bei ihrer Zustimmung zur Volkszählung nicht auf die Interessen der Arbeiter berufen können. In der neuesten „Metall“ (Zeitung der IG Metall) ist ein erster Artikel erschienen, der sich kritisch mit der Volkszählung und den Vorhaben der Bundesregierung auseinandersetzt. Das ist insofern erfreulich und bemerkenswert, als bisher gewerkschafts-offiziell die Volkszählung oft befürwortet ist.

Die Auseinandersetzung wird mit Stattfinden der Volkszählung nicht

beendet sein. Sie wird erst richtig anfangen. Wenn es darum geht, zu bekämpfen, wie die erhobenen Daten zur Verbesserung der Staatstätigkeit im Interesse der Imperialisten eingesetzt werden. Im Laufe dieses Jahres sollen weitere Sicherheitsgesetze verabschiedet werden, nachdem zum 1. April bereits das ZEVIS-Gesetz und der neue maschinenlesbare Personalausweis in Kraft getreten sind. Ebenfalls ist geplant, einen neuen Entwurf für ein Bundeszivilschutzgesetz vorzulegen und zu veröffentlichen. Die baldige Verabschiedung eines Ausländergesetzes hat Zimmermann ebenfalls angekündigt. In den Kommunen wird verfolgt werden müssen, wie die Auswertung der Informationen auf Blockseitenbasis vor sich gehen wird. Bestehende Bündnisse auf örtlicher Ebene können gut hierzu genutzt werden. (thh)

„Norddeutscher Küstenstaat“: Lohnsenkung allemal

„Kleinstaatliches Gehabe“ machte das „manager magazin“ (5/87) in den norddeutschen Küstenländern aus, das Gegeneinander bei Subventionslockungen sei mit ein Grund für große Kapitale, lieber im Süden zu siedeln. Doch einer verspricht Lösungswege: Eckart van Hooven, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und „potentieller CDU-Wirtschaftssenator in Hamburg“. Der tritt ein für einen „einheitlichen norddeutschen Küstenstaat, von Flensburg bis Göttingen, von Lübeck bis zur holländischen Grenze“. Siemens' und Daimler Benz' Investitionspläne in Milliardenhöhe würden immense Vorleistungen in Infrastruktur voraussetzen. Dieses Denken in „großen Zukunftskategorien“, die Umstrukturierung des maritimen Wirtschaftssektors (Schifffahrt, Werften, Hafenwirtschaft), stünde noch bevor,

ginge dem Norden ab. Sei ein politischer „Nordstaat“ auch noch „Utopie“ und ein 30-Jahre-Projekt, Wirtschaftspolitik mit „einheitlicher Stimme“ wäre sofort angebracht. Bleibt noch anzumerken, daß dem Leser des Magazins die eigentliche „Nord-Misere“ nicht ungenannt bleibt: zu hohes Lohnniveau auf den Werften. – (gka)

Ex-GSG-9-Chef nun in Saudi-Arabien

Der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West und frühere GSG-9-Chef Wegener ist am 5. Mai offiziell nach Saudi-Arabien verabschiedet worden. Wegener soll dort mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums eine „Anti-Terror-Truppe“ nach dem Vorbild der GSG-9 aufbauen. Fünf weitere Offiziere des BGS werden ihn drei Jahre lang bei dieser Aufgabe unterstützen. Für die Dauer ihres Aufenthalts werden die BGS-Offiziere von der

Bundesregierung von ihrem normalen BGS-Dienst beurlaubt. Der Einsatz der sechs BGS-Offiziere ist das erste Mal, daß westdeutsche Militärs in einem arabischen Land so weitreichende Aufgaben wahrnehmen. Daß die BRD diese Gelegenheit nutzen wird, um ihren Einfluß in Saudi-Arabien auszudehnen, ist sicher. So hat die Bundesregierung gerade wieder ihr Interesse an U-Boot-Exporten nach Saudi-Arabien betont. Damit kämen westdeutsche Militärausbilder ins Land. – (rül)

Zeitarbeit steigt: 1986 plus 44%!

Die von der Bundesregierung mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz betriebene Förderung befristeter Arbeitsverhältnisse hat einem ganzen Geschäftszweig blühendes Wachstum verschafft. Der „Bundesverband Zeitarbeit“ – der Zusammenschluß von Kapitalisten, die die „Verleihung“ von äußerst schlecht bezahlten Lohnabhängigen gewerbs-

Wirtschaftslage

Im Bundestag breite Einheit für Volksgemeinschaft

Das Schulterklopfen, das IG Metall und IG Druck nach den Tarifabschlüssen von Kapitalisten und Regierung zuteil wurde, hat nicht lange vorgehalten. Am 6. Mai diskutierte der Bundestag über die wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl die Regierungsparteien Ausfälle gegen die Gewerkschaften weitgehend vermieden, zeichnet sich doch ab: Die Regierung ist entschlossen, den dreijährigen Tariffrieden bei Metall und Druck für die Festigung reaktionärer Betriebsgemeinschaften und einer imperialistischen „Volksgemeinschaft“ zu nutzen. Die SPD trägt diesen Kurs mit. Ihr Sprecher Roth unterstützte eine „richtig verstandene angebotsorientierte Politik.“

So konnte Graf Lambsdorff in der Debatte unwidersprochen feststellen, man sei sich in der Absicht, die Exporte der Kapitalisten zu fördern, völlig einig: „Ich bleibe dabei – und das ist sicherlich kaum zu bestreiten, es ist wohl auch hier allgemeine Meinung –: Die außenwirtschaftliche Flanke, von der der Bundeswirtschaftsminister gesprochen hat, ist nicht ungefährlich.“ Der Sicherung der Expansion der Kapitalisten auf den Weltmärkten soll auch die Steuerreform dienen, laut Bangemann „das Zentrum unserer marktwirtschaftlichen Politik.“ Daß diese einzig den Kapitalisten und höheren Gehaltszonen zugutekommen soll, wird inzwischen offen ausgesprochen. Bangemann: „Mit dieser Steuersenkung wird also eine Grundlage für Investitionen und Verbrauch, für Leistungsanreize und internationale Wettbewerbsfähigkeit geschaffen, die die

Position der deutschen Wirtschaft entscheidend verstärken soll.“ Der CDU-Abgeordnete Glos höhnte, die ärmsten Lohnabhängigen wolle man sowieso nicht entlasten: „Wer überhaupt keine Steuern zahlt, den kann man von der Steuer auch nicht entlasten. Das ist so ähnlich wie bei dem Mädchen, das nicht besonders ansehnlich war: es kann seine Schönheit nicht verlieren.“

Auffällig war auch hier, daß die SPD diese Unverschämtheiten unwidersprochen ließ. Auch wies kein SPD-Redner darauf hin, daß die Regierung die ärmsten Lohnabhängigen nicht nur nicht entlasten, sondern durch Erhöhung indirekter Steuern bis hin zur Mehrwertsteuern sogar *belasten* will.

Bangemann konnte den Arbeitslosen dreist zurufen, sie sollten mehr „Eigeninitiative“ zeigen und sich „qualifizieren“, um Anstellung bei den Kapitalisten zu finden: „Eine Wirtschaft, die auf hohem Lohnniveau arbeitet, die technisch auf höchstem Niveau arbeiten muß, muß darauf zählen können, daß diejenigen, die Arbeitsplätze verlangen, die nötige Qualifikation selbst erwerben.“ Daß die Kapitalisten es sind, die Arbeiter jahrelang an alten Maschinen ausbeuten, dann eine neue Maschine hinstellen und die Arbeiter für „unqualifiziert“ erklären und entlassen – kein Oppositionsredner sprach diese einfache Wahrheit aus. Unwidersprochen konnte Graf Lambsdorff gegen „Sockellohnerhöhungen“ polemisieren und weitere Lohnsenkungen für Beschäftigte in den unteren Lohngruppen verlangen. Und als CDU-Sprecher Wissmann erklärte: „Wir sind – das sollten wir offen zugeben – sowohl in der privaten Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst noch zu rückschrittlich. Wir tun noch zu wenig für Job-sharing und Teilzeitarbeit“, da schallte es von SPD-Bürgermeister von

Dohnanyi, der sich vor den Hamburger Wahlen mit Schmeicheleien an die FDP zu Wort meldete, zustimmend zurück, hier würden „Selbstverständlichkeiten“ vorgeführt, die wir alle machen.“

Einzig die Sprecher der Grünen nahmen hier und da gewerkschaftliche Forderungen auf. So verlangte ihr Sprecher Stratmann die Beseitigung des § 116 AFG und das Verbot der Aussperrung. Ein Gesetzentwurf der Grünen zum Verbot von Überstunden wurde an die Ausschüsse übergeben. Aber auch bei den Grünen gewinnen reaktionäre Positionen an Boden. So verlangte Stratmann die „Vergesellschaftung“ der Stahlindustrie und erläuterte dann: „Das heißt natürlich auch: Mitverantwortung für das ökonomische Ergehen des eigenen Konzerns, selbstverständlich!“ Für so reaktionären Unsinn bekam er sofort Lob von Dohnanyi: „Sie, Herr Stratmann, haben eine Menge vernünftiger Sachen gesagt.“

Quellenhinweis: BT-Protokoll vom 6.5.87 – (rül)

Tarifabschluß Druck

Kein Erfolg gegen die Flexibilisierungskampagne

Über 9000 Beschäftigte der Druckindustrie haben zum Zeitpunkt der zweiten Schlichtung am 4./5. Mai Warnstreikaktionen in der Friedenspflicht durchgeführt. Der Bundesverband Druck hatte sich bis dahin hartnäckig geweigert, den Metallabschluß vom Volumen her zu übernehmen und für die Drei-Schicht-Arbeiter eine Regelung zu akzeptieren, daß diese in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung kommen.

mäßig betreiben – meldet starke Zuwächse. Die Zahl der Lohnabhängigen, die gezwungen sind, Arbeitsverträge mit Leiharbeitsfirmen einzugehen, ist nach Angaben des Verbandes inzwischen auf 80000 gestiegen. Ende 1986 lag der Anteil der „Zeitbeschäftigten“ um 44% höher als Ende 1985. Die Zahl der Lohnabhängigen, die im Laufe eines Jahres solche rechtlosen Verträge eingehen müssen, liegt um ein Mehrfaches höher. Der Kapitalistenverband selbst schätzt, daß 1986 220000 Lohnabhängige kürzer oder länger für Zeitarbeitsfirmen arbeiten mußten. Gegenüber dem DGB, der seit langem das Verbot der Leiharbeit fordert, will der Kapitalistenverband mit einer demagogischen Kampagne auftreten. Verbandschef Then forderte den DGB auf, „allgemeinverbindliche Tarifverträge für die Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmer der Branche“ abzuschließen. (Handelsblatt, 6.5.87 – rül)



Die mit der Debatte um die Airbus-Subventionen eingeleitete weitere Förderung eines großen westdeutschen Flugzeugmonopols geht weiter. Am 8. Mai meldete das „Handelsblatt“, MBB benötige für das Airbus-Programm 7 Mrd. DM neue Bundeszuschüsse. Die Bundesregierung sperre sich noch. Deshalb verhandele MBB „mit Daimler-Benz, mit Bosch, mit Siemens und mit anderen Firmen“ um deren Einstieg ins Airbus-Programm. Bis zur Internationalen Luftfahrtausstellung in Paris Mitte Juni werde möglicherweise eine Entscheidung fallen. (rül)

Was hatte die IG Druck und Papier gefordert?

Neben 7% mehr Lohn und Gehalt wollte sie die 35-Stunden-Woche mit dem Vorrang der täglichen Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, gegen die Pausenverrechnung bei Drei-Schicht-Arbeitern eine Vorweganhebung von 2,5 Stunden und vorrangig die Abschaffung der Freitag-Nachtschicht.

Was wurde erreicht?

Der Metallabschluß wurde vom Volumen und Zeitrahmen her übernommen. Im Unterschied dazu gibt es im neuen Tariftext für die Druckindustrie keine neuen Anhaltspunkte für Flexibilisierung. Alle diesbezüglichen Forderungen der Druckkapitalisten sind abgewehrt worden. Aber: der Vorrang für den 7-Stunden-Tag ist ebensowenig von der IG Druck und Papier erkämpft worden wie ein Hinweis auf die Streichung der fünften Nachtschicht.

Eine besondere Vereinbarung soll für die Drei-Schicht-Arbeiter sicherstellen, daß sie die kommenden 1,5 Stunden Arbeitszeitverkürzung erhalten. Für die unterschiedlichen Regelungen aus 1985 (einige waren durch Pausenanrechnung völlig leer ausgegangen, andere hatten sich freie Tage in unterschiedlichem Ausmaß erstritten) ist eine Besitzstandswahrung vereinbart worden. Eine generelle Vorweganhebung konnte nicht durchgesetzt werden.

Wie geht es weiter?

Die Beschäftigten der Druckindustrie werden 1988 tariflich ungeschützt mit den hartnäckigen Versuchen der Kapitalisten zu kämpfen haben, die Betriebsnutzungs- bzw. Maschinenlaufzeiten auszudehnen durch Ausweitung von Schichten, versetzten Arbeitszeiten, Ausweitung von Saisonarbeit mit langfristig angelegten Arbeitszeitverteilungsplänen. Ganz „tarifkonform“, versteht sich.

Die sich daran entzündenden betrieblichen Abwehrkämpfe haben eine entscheidende Bedeutung. Ende 1988 ist der gesamte Manteltarif außer den jetzt getroffenen Arbeitszeitregelungen kündbar, auch die Bestimmung aus dem §3 zur Fünf-Tage-Woche. Die IG Druck und Papier will dann die Festlegung der Regelarbeitszeit auf die Werktage Montag bis Freitag erreichen, ausgenommen in der Zeitungsproduktion. Gelingt es den Kapitalisten, im Laufe der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung Fakten in der Ausweitung der Wochenendproduktion, Schichtarbeit und Saisonarbeit zu schaffen, so kann auch die jetzt noch gültige Festlegung der individuellen Fünf-Tage-Woche gekippt werden. Der Weg zur generellen Ausweitung der Samstags- und Sonntagsarbeit wäre frei. Das würde der Bildung einer künftigen IG Medien, die den Interessen der Lohnabhängigen von Nutzen ist, unabsehbaren Schaden zufügen. – (pea)

Tarifvertrag über Teilzeitarbeit

Keine Barriere gegen Flexibilisierungsstrategie der Chemiemonopole

Die Worte des Lobes aus allen Ecken, mit denen der Tarifvertrag in der Öffentlichkeit regelrecht breitgetreten worden ist, machen ihn schon verdächtig. Die IG Chemie rühmt sich, Teilzeitarbeit „erstmalig für einen großen Tariffbereich abgesichert“ zu haben. Die Möglichkeit der Arbeitgeber, Teilzeitarbeitnehmer unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze zu beschäftigen, sei erheblich eingeschränkt worden. Familienministerin Süßmuth (CDU) spricht von einem Durchbruch, der die Position der Frauen am Arbeitsmarkt stärke und neue Chancen zur Vereinbarung von Familie und Beruf eröffne. Otto Graf Lambsdorff (FDP) nennt den Vertrag ein Zeichen für eine neue flexible Tarifpolitik. Der Kommentator des „Handelsblatts“ freut sich über das „Stück Flexibilität der Arbeitszeit“, das die Arbeitgeber eingehandelt hätten. Die Chemiekapitalisten selbst halten sich auffällig bedeckt. Tatsächlich also Grund zur Zu-

mie gibt es am 30.9.86 „erst“ 22234 sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitnehmer, das sind ca. 3,5% aller Beschäftigten. Insgesamt sind es nach Angaben der IG Chemie ca. 40000 Teilzeitarbeitskräfte (6%), die allerdings sehr unterschiedlich verteilt sind: Während es in Raffineriebetrieben nur 0,5% sind, ist ihre Zahl in Kunststoffbetrieben mit 29% sehr groß!

Es ist also davon auszugehen, daß die Chemiekapitalisten der Teilzeitarbeit den gebührenden Platz im Rahmen ihrer gesamten Lohnsenkungs- und Flexibilisierungsstrategien geben wollen, wobei sehr wohl berücksichtigt werden muß, daß von Seiten der Chemiemonopole im industriellen Bereich bereits etliche Breschen geschlagen worden sind. Erinnert sei hier nur an die Verbreitung der Konti-Schicht und der Nachtarbeit sowie an die öffentlichkeitswirksam vorgetragenen Angriffe auf das arbeitsfreie Wochenende bei



Bei welchen Tätigkeiten werden die Chemiekapitalisten die Teilzeitbeschäftigung ausdehnen wollen? (Bild: Arzneimittelproduktion)

friedenheit für alle?

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes gibt es am 30.9.86 insgesamt 1,966 Millionen sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte (zwischen 1976 und 1984 +30%), davon sind 1,828 Millionen Frauen (93%). Hinzurechnen muß man die ca. 1,5 Millionen sog. „geringfügig Beschäftigten“, die maximal 430 DM im Monat erhalten und keinen Sozialversicherungsschutz haben. Bereits ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 760 DM (1984). Im Tariffbereich Che-

PolyGram und Beiersdorf, wo ebenso wie bei der Video-Kassetten-Produktion im BASF-Werk in Ettenheim (mit sog. „Hausfrauen-Schichten“) Teilzeitarbeitskräfte zwischen 20 und 30 Stunden eingesetzt werden.

Zum Tarifvertrag im einzelnen:

– *Tägliche Mindestarbeitszeit (§5):* Die IG Chemie nimmt als Erfolg in Anspruch, daß mindestens vier Stunden arbeitstäglich gearbeitet werden muß. Dieser Teilerfolg wird allerdings konterkariert dadurch, daß a) die geforderten „mindestens 20 Wochenstunden“ dadurch nicht durchgesetzt werden konnten und damit auch kein So-

Auszüge: Tarifvertrag Teilzeitarbeit Chemie

„§ 2 (Definition der Teilzeitarbeit)

Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die vereinbarte Arbeitszeit kürzer ist als die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit. Die Unterschreitung der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit kann auch im Durchschnitt eines Verteilzeitraumes bis zu sechs Monaten erreicht werden.

§ 3 (Beteiligung des Betriebsrates)

Die Rechte des Betriebsrates bei im Zusammenhang mit Teilzeitarbeit stehenden personellen Maßnahmen richten sich nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes.

§ 4 Sonderregelung Berufsanfänger

Berufsanfänger können nach Beendigung ihrer Berufsausbildung und nach Anhörung des Betriebsrates in Teilzeitarbeit beschäftigt werden, wenn die Zahl der verfügbaren Vollzeitarbeitsplätze im erlernten Beruf für eine Übernahme der Berufsanfänger auf solche Plätze nicht ausreicht ... Spätestens nach jeweils einem Jahr soll der Arbeitgeber prüfen, ob ein geeigneter Vollzeitarbeitsplatz für den teilzeitbeschäftigten Berufsanfänger zur Verfügung steht.

§ 5 (Tägliche Mindestarbeitszeit)

Die arbeitstägliche Arbeitszeit des Teilzeitarbeitnehmers beträgt nicht weniger als vier Stunden. Dies gilt nicht für geringfügig Beschäftigte sowie für Fälle anderer ausdrücklich getroffener Vereinbarungen.

§ 6 (Sonstige allgemeine Arbeitsbedingungen)

Die Bestimmungen des Manteltarifvertrages gelten für Teilzeitbeschäftigte, soweit sich nicht aus dem Wesen und der Gestaltung der Teilzeit-

arbeit etwas anderes ergibt. Soweit bei manteltarifvertraglichen Ansprüchen nicht bereits die jeweilige vertragliche Arbeitszeit maßgebend ist, ist das Verhältnis der vertraglichen zur tarifvertragl. regelmäßigen Arbeit zugrunde zu legen.

§ 7 (Unterrichtung über freie Stellen)

Wünscht ein Vollzeitarbeitnehmer einen Teilzeitarbeitsplatz oder ein Teilzeitarbeitnehmer einen Vollzeitarbeitsplatz, hat der Arbeitgeber, dem dieser Wunsch rechtzeitig vorher mitgeteilt worden ist, den betreffenden Arbeitnehmer bei oder vor der Ausschreibung einer geeigneten Stelle hierüber zu unterrichten.

§ 8 (Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse)

Unterschreitet die vereinbarte Teilzeitarbeit die gesetzlichen Grenzen des § 8 Sozialgesetzbuch IV, ist der Arbeitgeber gehalten, den Arbeitnehmer auf mögliche sozialversicherungsrechtliche Folgen (keine Rentenversicherungs-, Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungspflicht) ausdrücklich hinzuweisen ...“

Auszüge: „Tarif- politisches Programm“

(IG CPK Gewerkschaftstag 1984)

„Die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen darf nicht dazu benutzt werden, Arbeitsplatzkapazitäten zu Lasten der Arbeitnehmer durch vermehrten Leistungsdruck und erhöhte Leistungsverdrichtung abzubauen.

Formen flexibler Arbeitszeiten existieren in den Betrieben als Schichtarbeit, als gleitende Arbeitszeit, als Teilzeitarbeit und als Saisonarbeit.

Die IG CPK lehnt weitere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung wie

z.B. JOB SHARING, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) und Langzeiturlaub (SABBATICAL) als tarifliche Arbeitszeitregelung ab.“

Sozialversicherung bei Teilzeitarbeit

Bei Teilzeitarbeit von mindestens 19 Std./Woche besteht Versicherungspflicht in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) und Lohnfortzahlungsanspruch wegen Krankheit und an Wochenfeiertagen.

Bei Arbeitszeiten unter 19 Std./Woche entfällt nur die Arbeitslosenversicherungspflicht (unabhängig von der Verdiensthöhe).

Liegt das monatliche Einkommen unter 430 DM (1987), entfällt die Sozialversicherungspflicht vollständig (sog. geringfügige Beschäftigung).

Unter 15 Std./Woche entfällt nur dann die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungspflicht, wenn zugleich auch der Verdienst 430 DM/Monat nicht übersteigt.

Gewerbliche Teilzeitbeschäftigte mit regelmäßig 10 Stunden und weniger pro Woche (45 Std./Monat) erhalten keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (6 Wochen).

Bei Einkommen bis 570 DM (1987 – 10% der Beitragsbemessungsgrenze der RV) besteht zwar Sozialversicherungspflicht, aber der Arbeitgeber muß die Beiträge allein tragen.

Aushilfstätigkeiten, die die 430-DM-Grenze überschreiten, bleiben sozialversicherungsfrei, wenn sie nicht länger als 2 Monate (60 Kalendertage) oder 50 (einzelne) Arbeitstage im Jahr dauern.

Sozialversicherungsschutz in allen Fällen, daß b) eine Öffnungsklausel für Verschlechterungen enthalten ist und daß c) der Verteilungszeitraum von sechs Monaten den Kapitalisten eine Jahres- oder Saisonarbeit in zwei Schüben doch geradezu anbietet (also auch z.B. drei Monate Vollzeit, drei Monate überhaupt nicht usw. usw.), zumal es nicht einmal erreicht wurde, als höchstmögliche Wochenarbeitszeit für Teilzeitkräfte die tarifvertragliche Arbeitszeit von 40 Stunden festzulegen.

– *Teilzeit für Berufsanfänger* (§4): Der geforderte Anspruch auf Übernahme in Vollzeit nach einem auf maximal zwei Jahre befristeten Teilzeitarbeitsverhältnis konnte nicht durchgesetzt werden. Eine Mindest-Stundenzahl von 120 pro Monat, die nötig ist, damit der ALU-Anspruch am Ende der Teilzeitarbeit nicht geringer ist als direkt nach beendeter Ausbildung, ist nicht festgelegt. Allein schon dieses Problem weist auf die Notwendigkeit einer Min-

destversicherung für Teilzeitkräfte hin, die einen Mindestanspruch auf Arbeitslosengeld und Rente begründet.

– *Keine Mindeststandards* (§6): Alle Ansprüche des Teilzeitbeschäftigten bestehen im allerhöchsten Falle rein mathematisch im Verhältnis von vertraglicher zu tarifvertraglicher Arbeitszeit. Dieses ist aber schon jetzt weitgehend in den Tarifverträgen enthalten. Selbst Überstunden-Zuschläge werden weiterhin erst ab der 41. Stunde gezahlt.

Gegen die *Gefahr der erhöhten Leistungsverdrichtung* bei Teilzeitarbeit, auf die der IG Chemie-Gewerkschaftstag 1984 in seinem „Tarifpolitisches Programm“ hingewiesen hatte, schafft der Tarifvertrag keine Barriere. Ebenso werden Jobsharing-Verträge mit gegenseitigen Vertretungsverpflichtungen nicht – wie gefordert – tarifvertraglich ausgeschlossen.

Da der „Verteilungszeitraum“ von sechs Monaten sehr groß ist, ferner der

Manteltarifvertrag für die chemische Industrie gilt, der den freien Samstag nicht kennt, weiterhin die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats nicht über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehen, kann von dem Tarifvertrag nicht behauptet werden, daß er die Last von Teilzeitarbeitskräften und Betriebsräten nimmt, die auch weiterhin eine fortschreitende Flexibilisierung und Kapazitätsorientierung der Arbeitszeit mit Betriebsvereinbarungen und Arbeitsverträgen bekämpfen müssen. Vielmehr wird der gesellschaftliche Schub zur Ausdehnung der Beschäftigung in Teilzeit, der bereits durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 verstärkt wurde, unter dem Mantel der angeblichen „Absicherung“ der Teilzeitarbeit mit diesem Tarifvertrag stärker werden – bei gleichzeitig immer unerträglicher werdenden Bedingungen in den unteren Einkommensbereichen betr. Lohn und übrige Arbeitsbedingungen. – (mio)

Papstbesuch

Schroffe Abgrenzung von fortschrittlichen Interessen

Gleichgültigkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung, Streit und Proteste – das unterschied diesen Papstbesuch deutlich von der vorigen Reise 1980. Dabei mag auch der Abnutzungseffekt eine Rolle spielen, dem selbst das Spektakel eines jettenden Heiligen Vaters auf die Dauer unterliegt. Vor allem aber ist in den letzten Jahren vielen – auch kirchlich gebundenen – Menschen klarer geworden, daß der Mann moderne Transport- und Kommunikationsmittel nur benutzt, um stockreaktionäre Vorstellungen zu verbreiten. Auch diesmal hat er bei jeder Gelegenheit besondere Marotten der katholischen Kirche wie die „listigen Anschläge des Teufels“ oder die mystische Marienverehrung herausgekehrt.

Jede denkbare Gemeinsamkeit, die sich manche im Kampf gegen die Armut oder – wie die grünen Bundestagsabgeordneten Nickels und Mechttersheimer in einem Brief an den „sehr geehrten Heiligen Vater“ – gegen die Raketenrüstung erhofft haben, hat der Papst weit von sich gewiesen: „Keine Friedensbewegung verdient doch diesen Namen, wenn sie nicht mit gleicher Kraft den Krieg gegen das ungeborene Leben anprangert und dagegen anzugehen versucht.“

Wie der Heilige Stuhl und namentlich die deutschen Bischöfe durch Seligsprechung zweier katholischer Naziopfer ihre Vergangenheit „bewältigen“ wollen, hat schon vor dem Besuch viele empört. In seinen zahlreichen Reden zum Thema hat der Papst den Nationalsozialismus stets vor al-

lem als „antichristliche Ideologie“ und wegen der „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“ angegriffen und folgerichtig den – weit überwiegen – nicht-christlichen Widerstand von Kommunisten und Sozialdemokraten mit keinem Wort erwähnt.

Geradezu schamlos muß man es nennen, wenn der Papst wiederholt in wenigen Sätzen vom Massenmord der Nazis zur durch soziale Umstände erzwungenen Abtreibung „überleitete“ und mit Aufrufen zum häufigeren Geschlechtsverkehr schloß: „Haltet die Ehe heilig und laßt die eheliche Liebe fruchtbar werden in den Kindern, die Gott euch schenken will.“ Wer soll sich da wundern, wenn sich die meisten Frauen für den Papst nicht begeistern können und viele sich zum demonstrativen Protest herausgefordert sahen. Nicht anders geht es den Homosexuellen, deren Lebensweise der Papst noch kürzlich durch Ratzingers Glaubenskongregation als eine „der Sünde zuzuschreibende Entartung“ an den Pranger stellen ließ.

Selten auch hat man seit dem Konzil eine so entschiedene Abgrenzung der Kirche vom philosophischen Humanismus und damit auch von den Er rungenschaften der bürgerlichen Revolutionen gehört wie bei Wojtylas Predigt „zum Thema Europa“ in Speyer: „Der Mensch ist *nicht* das Maß aller Dinge!“ Das „geistig geeinte Europa“, das der Papst auf dem „bleibenden Wert“ „unsere(r) wahrhaft großen christlichen Geschichte“ aufbauen will, ist nur nach links abgegrenzt und für

alle vergangenen und künftigen Inquisitionen und Hexenverfolgungen offen.

Am 1. Mai hat der Papst im Kölner Stadion praktisch eine Gegenkundgebung gegen die gleichzeitig stattfindende Maidemonstration des DGB veranstaltet, darüber aber kein Wort verloren. Die Arbeiterbewegung war erst am nächsten Tag in Bottrop und Gelsenkirchen dran. Die Gewerkschaften sind die einzige fortschrittliche Bewegung in der BRD, von der sich der Papst nicht *nur* abgegrenzt hat. Über den „gesellschaftlichen Skandal“ der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ hat er sogar starke Worte gefunden und sich prompt vom „Handelsblatt“ einen Tadel wegen „Kompetenzüberschreitung“ eingefangen. Freilich, auch diese freundlichen Worte wurden mit dem unverschämten Anspruch auf ein Veto-recht für die Christen und ihre „Gewissensüberzeugungen“ und der Drohung mit Spaltung der Einheitsgewerkschaft „gewürzt“, falls die Gewerkschaften in der Frage des Abtreibungsparagraphen an ihren „unchristlichen“ Positionen festhalten.

Daß sich in den amtlichen Jubel über den Besuch des Heiligen Vaters diesmal mehr kritische Stimmen und auch Pfiffe gemischt haben, ist erfreulich. Aber die katholische Kirche bleibt eine gewaltige gesellschaftliche Macht. Welche Organisation kann schon in einer einzigen Diözese, die nicht einmal einen ganzen Regierungsbezirk umfaßt, 70000 „zuverlässige“ Mitglieder zu einer Kundgebung mobilisieren? Weitere Auseinandersetzung ist bitter nötig, auch um den Strafverfahren wegen „Beleidigung einer Religionsgemeinschaft“ zu begegnen, mit denen die Kirche die Veranstalter der Gegendemonstrationen in Köln und Gelsenkirchen jetzt überziehen will. – (ulg, jöd, rül, fuk)

Auszüge aus den Reden und Predigten des Papstes in der BRD

„Darum ist Kardinal von Galen damals so entschieden gegen die organisierte Ermordung sogenannten unwerten Lebens aufgetreten. Gegenüber menschenverachtender Tyrannei erinnerte er an das Gebot Gottes: Du sollst nicht töten! Wenn auch heute die Bedrohung der Würde und Grundrechte des Menschen auf ... subtilere Weise geschieht, muß die Kirche nicht weniger bereit sein, ... sich gleichermaßen stets zum Anwalt des Lebens zu machen. Angesichts der erschreckend hohen Zahl der Abtreibungen und der zunehmenden unerlaubten Praktiken sogenannter ‚Sterbehilfen‘ hat der Dienst am Leben für uns Bischöfe in der heutigen Gesellschaft erneut eine große Aktu-

alität und Dringlichkeit erlangt. Es gilt, Gott als den alleinigen Herrn über Leben und Tod mit neuem Nachdruck zu verkünden und die feindliche Einstellung dem Leben gegenüber sowie den mangelnden Mut zur Weitergabe des Lebens durch ein neues Ja zum Leben zu überwinden.“ (Köln, 30.4.)

„Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sind gut beraten, wenn sie der spezifischen Mitarbeit der Christen einen sicheren Raum geben und deren Gewissensüberzeugungen achten. Letztlich kommt es der Würde aller arbeitenden Menschen zugute, wenn die Interessenverbände alles unterlassen, was die Christen ausgrenzt, weil sie es mit ihrem Gewis-

sen nicht vereinbaren können.“ (Bottrop, 2.5.)

„Es gibt Zeiten, in denen die Existenz des Bösen unter den Menschen in der Welt in einer besonderen Weise in Erscheinung tritt. Dann wird noch offenkundiger, daß die Mächte der Finsternis, die in den Menschen und durch die Menschen wirken, größer sind als der Mensch. Sie übersteigen ihn, sie kommen von außen über ihn.“ (München, 3.5.)

„Es mehren sich heute nachdenkliche Stimmen, die in der sittlichen und religiösen Ungebundenheit der Menschen und in der sich immer säkularisierter gebärdenden Gesellschaft einen Weg ins Scheitern und zu wachsendem Chaos erblicken. Der Mensch ist eben von Natur aus nicht sich selbst Anfang und Ziel. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge!“ (Speyer, 4.5.)

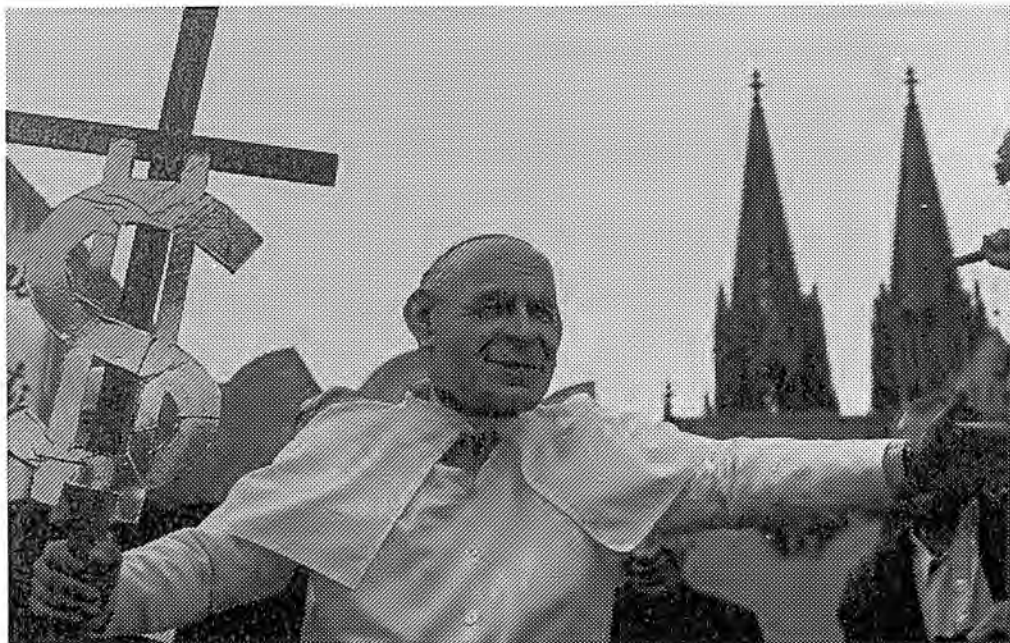
Pressestimmen

Das „Handelsblatt“ beklagt: „Die Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre schreitet wohl auch nicht mit der gleichen Dynamik voran, wie es die technologischen Entwicklungen nahelegen sollten. ... Kompetenzüberschreitung auf der einen oder der Rückzug auf Maximen, die zu allgemein und für das moderne, auch das christliche Selbstverständnis, unzureichend sind, machen zahlreiche Äußerungen des Lehramtes für viele Menschen heute wenig attraktiv.“ (4.5.87)

Die „Welt“ rät zur Zusammenarbeit mit der EKD: „Was bleibt nach all den bewegenden Worten, den eindrucksvollen Veranstaltungen, den Manifestationen der Begeisterung, aber auch den unüberhörbaren Äußerungen des Protestes und den unübersehbaren Demonstrationen der Gleichgültigkeit in einer stark verweltlichten Gesellschaft? ... Der Elan zur Einheit, der in der vergangenen Zeit schwerer Prüfungen bei den Konfessionen und Völkern Europas spontan aufgekommen war, scheint weitgehend verflogen ... Der Schritt muß getan werden – von beiden Seiten und aufeinander zu.“ (5.5.87)

Die „FAZ“ freut sich über den Beitrag zur „Vergangenheitsbewältigung“: „... daß Johannes Paul II. mit Edith Stein und Rupert Mayer zwei Deutsche ‚seliggesprochen‘, sie der Aufmerksamkeit aller empfohlen hat, nicht nur für die Gegenwart, sondern aus der Vergangenheit für die Zukunft. Die Zeit des Nationalsozialismus ist vorbei, die Gefahren von Diktatur und Rassenwahn sind gebannt.“ (5.5.87)

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ rechnet mit weiterer Kritik: „... eine lebendige katholische Gemeinde, doch sie ist kleiner geworden, gemessen nicht nur an der Zahl derer, die in die Stadien strömten oder am Straßenrand dem Gast aus Rom zuwinkten ... Die Kritik an der katholischen Kirche und ihrem Lehrgebäude, ob aus den eigenen oder fremden Reihen, sie wird auch nach diesem Papstbesuch nicht verstummen.“ (5.5.87)



Der heilige Vater segnet die Antipapst-Demonstration am 1. Mai hinter dem Kölner Dom wie der Teufel.



Zwei Büßer im Inquisitionsumzug, der seine Heiligkeit anlässlich seines Besuches in Köln begleitete.

26.4.1937, Bombardement auf Gernika

Die BRD verweigert Wiedergutmachung eine Aufgabe für die Antifaschisten

Unter der Losung „Für Frieden und Souveränität für das baskische Volk und für alle Völker der Welt“ gedachten die baskische Bevölkerung und Besucher aus dem Ausland des Bombenangriffs, mit dem die deutsche Luftwaffe vor 50 Jahren Gernika zu 80 Prozent zerstörte. Nach Angaben der damaligen baskischen Regierung fanden 1654 Menschen den Tod und 889 wurden verwundet.

Die Vorbereitung und Durchführung dieser zehn Tage dauernden Aktivitäten mit internationaler Beteiligung von Befreiungsbewegungen, antifaschistischen, antiimperialistischen Kräften und von Kräften der Friedensbewegung organisierte die „Comisión Gernika 37-87“, ein sehr breites Bündnis der wichtigsten Anti-AKW- und Ökologenorganisationen, kulturellen Vereinigungen aller Art, der Gruppen „Kirche von unten“, der Gesamtheit der Nationalen Befreiungsbewegung, d.h. Herri Batasuna (Volkseinheit), LAB (Gewerkschaft), Gestoras pro Amnestia (Komitees für die Unterstützung der Gefangenen), JARRAI (Jugendorganisation) etc. sowie der linken Parteien EMK (movimiento comunista – Kommunistische Bewegung), LKI (Trotzkisten), PCPE und PCP (Kommunistische Partei Spaniens).

Reaktionen der BRD-Presse und der Bundesregierung

Westdeutsche Pressereaktionen waren in zweierlei Hinsicht interessant. Alle größeren Tageszeitungen haben über die Bombardierung Gernikas 1937 berichtet, oft mit erstaunlich vielen Tat-

sachen. Es fällt aber auf, daß die Presse bemüht war, den Anteil der Schuld des deutschen Faschismus herunterzuspielen. Die Zahl der Opfer wird verharmlost oder darüber spekuliert, ob nicht doch Franco der größere Teil der Schuld für eines der ersten Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung vor dem zweiten Weltkrieg trifft. In der Hauptsache stört die bürgerliche Presse aber der Bezug dieses Aggressionsaktes zu heute, wie ihn das für seine nationale Unabhängigkeit von Spanien und Frankreich kämpfende baskische Volk herstellt. Alle fortschrittlichen Menschen in Euskadi haben die Gedenkveranstaltungen und politischen Aktionen in den Tagen vom 16. bis 26. April beachtet oder sich daran beteiligt. Das verschweigt die hiesige Presse fast vollständig. Fast alle Zeitungen erwähnen nur die Veranstaltungen der PNV-Stadtverwaltung und der spanischen Regierung, die auf Versöhnung mit dem westdeutschen Imperialismus zielen, eine „versöhnliche Geste“ der BRD erwarten, etwa in Form einer Städtepartnerschaft, weil sie besorgt sind, daß der Kampf des baskischen Volkes für ein unabhängiges Euskadi neuen Auftrieb durch die Gedenk- und Aktionstage erhält.

Direkt pro-faschistisch verhält sich die „Welt“, die eine Neuauflage ihrer 1973 praktizierten Geschichtsfälschung ins Werk setzt. Behauptungen, wie damals von Franco und Hitler verbreitet, die Legion Condor habe eine strategisch wichtige Brücke zerstören wollen, die „Roten“ hätten die Taktik der verbrannten Erde in Gernika ange-

wandt, will sie jetzt als feststehend verkaufen. „Die Rekonstruktion dieses ersten Bombenangriffs auf eine Zivilbevölkerung entzweit die Historiker“, lautet die Schlagzeile, als „Beweis“ führt sie neuauftauchte „Dokumente“ an. (Welt v. 3.5.87)

Kampf gegen Faschismus und Krieg – damals und heute

Das Veranstaltungsprogramm, mit dem die Bündniskräfte an die Verbrechen des Faschismus erinnerten, hat weit über Gernika hinaus ein außerordentliches Interesse bei großen Teilen der baskischen Bevölkerung gefunden.

Rund 15000 Menschen, vor allem Jugendliche und jüngere Familien, beteiligten sich am internationalen Friedenscamp, dessen Durchführung die Stadtverwaltung zu behindern versucht hatte.

Ein 24stündiges Musikprogramm von baskischer Volksmusik über Jazz bis Punk zog Tausende von Menschen an. Das halbe Baskenland schien an den Veranstaltungswochenenden in Gernika versammelt zu sein. Am Sonntag beteiligten sich mehrere zehntausend an der Demonstration zum Tag des Aberri Eguna (baskischer Nationalfeiertag). Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Bombardements fand er in Gernika statt. Neben dem Ruf nach „Independencia“ (Unabhängigkeit) und der Forderung nach Amnestie für die politischen Gefangenen ertönten auch immer wieder Hochrufe auf die ETA-Militär. Während der westdeutschen Presse über das Ausmaß der Mobilisierung und die Anliegen der Demonstranten nichts zu entnehmen ist, wird behauptet, die politische Zerissenheit des Baskenlandes sei darin zum Ausdruck gekommen. (Süddeutsche und TAZ).

Am Abend provozierte die baskische



Bild links: Demonstration am 26., dem Tag des Bombenangriffs auf Gernika. Mit Sprechchören und auf Umhängeschil- dern wurde immer wieder gefordert: Totale Amnestie, Unabhängigkeit und Freiheit für Euskadi. Bild rechts: Demon- stration der Arbeiterdelegationen. Sie verabschiedeten eine Resolution gegen Waffenproduktion und schickten Telegramme an die politischen Gefangenen.



In Anlehnung an Picassos Bild zeigt das Transparent in der rechten Hälfte die Mißhandlung von politischen Gefangenen heute und den baskischen Widerstand dagegen. Davor ein Modell des Isolationsgefängnisses Herrera de la Mancha, die Bausteine wurden zur Unterstützung der Gefangenen verkauft.

Polizei, setzte Plastikgeschosse gegen die versammelten Menschen ein. Das Resultat waren mehr als 80 Verletzte, mehrere von ihnen schwer mit Knochenbrüchen, Schädel- und Augenverletzungen.

Eine Bilderausstellung über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD war richtig umlagert und löste Diskussionen aus. Gut besuchte Informationsveranstaltungen dazu fanden in Gernika und in Bilbao statt.

Eine Theatergruppe zeigte ein Stück über die Zusammenarbeit der spanischen und deutschen Faschisten, die Vorbereitung der Nordoffensive und den Angriff auf Gernika. Sie setzte u.a. Dias auf einer riesigen Leinwand und Originalfilm- und Riodokumente von damals ein.

Arbeiterdelegationen aus mehreren Provinzen versammelten sich am Mittwoch mit rd. 500 Teilnehmern in Gernika. Sie gaben eine Erklärung ab, in der die Waffenproduktion kritisiert und die Umwandlung von Waffenproduktion in Arbeitszentren zu öffentlichem Nutzen verlangt wird. Sie sprachen sich für einen Frieden aus, der sich in Gerechtigkeit und Freiheit konstituiert und für die volle Souveränität des Volkes und aller unterdrückten Völker. An die Gefängnisse, in denen sich baskische Gefangene befinden, schickten sie Telegramme.

Am gleichen Tag gab es einen großen internationalen Frauentag u.a. mit einem Diavortrag über den antifaschistischen Krieg und einem Theaterstück aus Guatemala.

In der Innenstadt waren beeindruckende Schülerzeichnungen ganzer Schulklassen zu sehen. Faschistischer Terror, Francos Kollaboration mit Hitlerdeutschland, die Widerstandskämpfe, Tieffliegerangriffe, verstümmelte und entsetzte Menschen sind dargestellt. Und immer wieder Gernika zer-

stört und heute als baskisches Symbol für Freiheit. Bilder über den Alltag der Basken, Kämpfe von Jugendlichen und Arbeitern gegen Betriebsschließungen aus den Jahren 1976 bis 1986 dokumentiert ein aus Anlaß des Jahrestages erscheinender Fotoband. Er zeigt auch Beerdigungen, entschlossene Aktionen der Basken und die Brutalität, mit der der Staatsapparat zuschlägt.

Zahlreiche Wandmalereien und Parolen zeigen die Verbundenheit mit den politischen Gefangenen, den Kampf der Basken gegen Faschismus, für Unabhängigkeit und Frieden, die Verbindung mit der ETA-Militar.

Internationale Konferenz für Souveränität und Frieden

Für zwei Tage trafen sich Delegationen u.a. von der FSLN aus Nicaragua, dem ANC aus Azania, der F-POLISARIO aus der Republik Sahara, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, Sinn Fein aus Nordirland sowie Vertreter aus Friedens-, Antiatom-, antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegungen aus Ungarn, der SU, Portugal, Palästina, Libyen, Chile, Kanarische Inseln, Frankreich, Österreich, Spanien, Italien und der BRD.

Die Konferenz wurde mit einem Bericht über die Bombardierung Gernikas eröffnet. Überlebende des Bombenangriffs, Widerstandskämpfer und Teilnehmer der internationalen Brigaden waren im Präsidium vertreten. Aus der BRD entsprach die Beteiligung nicht dem Erfordernis, die Bundesregierung zu einer Schuldanerkennung und Wiedergutmachung zu nötigen. Es beteiligten sich DFG e.V. Westberlin, VVN, Solidaritätskomitee Lateinamerika, Volksfront und Brigitte Heinrich (für die Grünen im Europaparlament). Rund 150 Besucher aus der BRD nahmen am Camp teil.

Zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Frieden/Abrüstung“ und „Sou-

veränität“ sollten Verständnis für die Verschiedenheit der Kämpfe und für ihren Zusammenhang schaffen. So betonte ein Vertreter aus Euskadi: „Jahrhundertlang hat unser baskisches Volk hauptsächlich um die nationale Identität gekämpft. Durch die Solidarität und das Engagement anderer Völker für unseren Kampf haben wir es gelernt, Internationalisten zu sein.“ Resultat der Arbeitsgruppen waren zwei Kommuniqués. Darin wird u.a. der Imperialismus der BRD, Frankreichs, Italiens und der USA verurteilt und das Recht der unterdrückten Völker auf Souveränität und Selbstbestimmung betont. Die Teilnehmer verabschiedeten außerdem eine 5-Punkte-Erklärung, in der entsprechend der UN-Charta vom 1.1.1945 und der internationalen Vereinbarung von 1967 das Recht auf Selbstbestimmung für Euskadi und die Völker, die für Befreiung kämpfen, festgehalten und die Unterdrückung der baskischen Kultur und Sprache, die Einkerkung von rund 500 Gefangenen in Spanien und Frankreich, die Vertreibung von Basken ins Exil, die fortgesetzte Anwendung psychischer und physischer Folter als üblicher Praxis auf den Polizeiwachen verurteilt wird.

Am 26.4. (Tag des Angriffs) demonstrierten wiederum Zehntausende in Gernika, im Mittelpunkt stand die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen. Der Saal, in dem eine öffentliche Konferenz von Historikern stattfand, war mit über 500 Interessierten völlig überfüllt. – (düb)

Kanada

Streikrecht ist kein Verfassungsgut

Das Assoziationsrecht, das in der kanadischen Verfassung im Teil „Charta der Rechte“ enthalten ist, schließt weder das Streikrecht noch das Recht auf Kollektivverhandlungen ein. Zu dieser Erkenntnis kam der kanadische Oberste Gerichtshof Anfang April. Dieses Urteil beinhaltet, daß Bundes- und Provinzregierungen Gehaltserhöhungen begrenzen, Streiks und Aussperren verbieten und Zwangsschlichtungen auferlegen können. Das Urteil, das aus drei Entscheidungen besteht, die jeweils 4:2 abgestimmt wurden, bedeutet einen schweren Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung. Der Richter, der das Urteil formulierte, erklärte: „Die Rechte, deren verfassungsmäßiger Schutz beantragt wurde – die modernen Rechte der Kollektivverhandlung und des Streiks – gehören nicht zu den grundlegenden Rechten und Freiheiten.“ Auch der Vertreter der Minderheitsmeinung im Obersten Gerichtshof war der Meinung, das Streikrecht sei eine Erfindung des 20. Jahrhunderts

und als solche „nicht so sehr Teil unserer gesellschaftlichen und historischen Traditionen, daß es den Status eines unveränderlichen, fundamentalen Rechts angenommen hätte.“ Allerdings sei im gegenwärtigen System der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital das Assoziationsrecht von abhängig Beschäftigten gleichzusetzen mit der Freiheit, „kollektiv ihre Arbeitsleistung vorzuenthalten.“

In den drei Entscheidungen gab das Gericht jeweils kanadischen Regierungen recht, deren Entscheidungen von Gewerkschaften angegriffen worden waren. In einem Fall hatte eine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (Public Service Alliance) gegen ein Gesetz der Bundesregierung von 1982 zur Einschränkung von Lohnerhöhungen geklagt. Im zweiten Fall ging es um die Klage von 50000 Beschäftigten aus Alberta, u.a. bei Feuerwehr und Krankenhaus, gegen ein Gesetz der Provinzregierung zu Streikverbot und Zwangsschlichtung, und im dritten Fall hatte die Regierung von Saskatchewan Molkereiarbeitern grundsätzlich das Streikrecht aberkannt.

Die Präsidentin des kanadischen Gewerkschaftsverbandes CLC, Shirley Carr, erklärte, das Assoziationsrecht in der Verfassung sei eindeutig dazu da, das Arbeiterrecht auf Kollektivverhandlungen und, wenn notwendig, auf Streik zu schützen. Jetzt könne es darauf hinauslaufen, daß die Verfassungscharta diese Rechte beseitigt. Der Präsident der Public Service Alliance, die 175000 Mitglieder hat, trat dafür ein, nun das politische Klima zu erwärmen, um einen Verfassungszusatz durchzusetzen, der das Recht auf Kollektivverhandlung und Streik absichert. Quellenhinweis: Maclean. 20.04.87 – mfr

Neues US-Einwanderungsgesetz

Amnestie für „Illegale“? Wer's glaubt, wird selig

Am 5. Mai begann die einjährige Antragsfrist auf Amnestie für illegale Einwanderer in die USA. 107 Anlaufstellen sind für die erwarteten zwei bis vier Millionen Anträge eingerichtet worden. Der erwartete Ansturm ist jedoch bisher ausgeblieben. Letzten November, ganz kurz vor Auslaufen der Legislaturperiode, hatte der US-Kongreß in aller Stille im Windschatten der Iran/Kontra-Affäre eine Reform des Einwanderungsgesetzes verabschiedet. Ein neues Gesetz gegen die illegalen Einwanderer war schon seit Jahren in der Mache. Es war jedoch mehrfach am Protest der Organisationen der am direktesten betroffenen Minoritäten mexikanischer und zentralamerikanischer Herkunft gescheitert. Ein Kernstück des neuen Gesetzes

ist das Versprechen auf Legalisierung derjenigen illegalen Einwanderer, die vor dem 1.1.1982 „schwarz“ in die USA gekommen sind und seither hier leben – und das auch nachweisen können.

Auf massiven Protest von Ausländerhilfsorganisationen hat die Einwanderungsbehörde vier Tage vor Anlaufen der Antragsfrist die Durchführungsbestimmungen des Gesetzes nochmals geändert. Gestrichen wurde die Bestimmung, daß Einwanderer, die das Land nach Inkrafttreten des Gesetzes, November 1986, auch nur für eine Minute verlassen haben, das Recht auf Amnestie verwirkt haben. Das hätte vor allem die mexikanischen und zentralamerikanischen Arbeiter betroffen, die über Weihnachten nach Hause gefahren sind. Zu dem Zeitpunkt war über das neue Gesetz wenig bekannt und auch jetzt soll die Informationskampagne der Behörde über Radio und Fernsehen nicht vor Ende Mai anlaufen. Etwas abgeschwächt wurde die Bestimmung über Vorlage von Originaldokumenten, wie Geburtschein usw. Eine beglaubigte Kopie soll nun akzeptiert werden. Nachweisen muß der „Illegale“, daß er sich und seine Familie ernähren kann, daß alle gesund sind, daß er weder hier noch in seinem Heimatland jemals verurteilt worden ist. Er muß Belege erbringen, daß er seit 1.1.1982 hier beschäftigt und wohnhaft war, die USA seither nur für kurze Zeit verlassen hat und auch in Zukunft keine Bürde für den US-Staat sein wird. Keine einfache Sache bei dem unsicheren Arbeitsmarkt für „Illegale“.

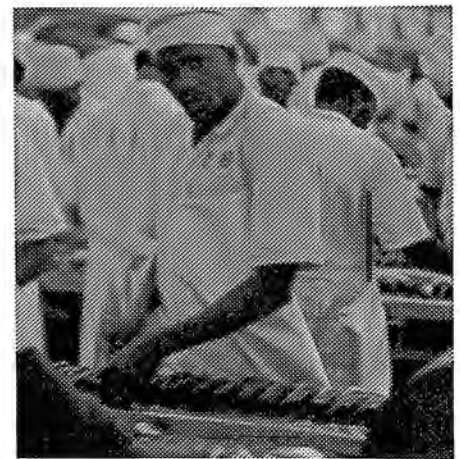
Einzelne Dokumentensammlungen füllen schon 10 cm dicke Ordner. Was passiert, wenn die eingereichten Dokumente als zu leicht gewogen werden? Angeblich sollen die Amnestiebüros zur Geheimhaltung ihrer Akten auch gegenüber der Einwanderungsbehörde, der die Deportation von illegalen Einwanderern obliegt, verpflichtet sein. Eine Rechtsvertreterin für Ausländer warnt jedoch öffentlich davor, zum Einwandereramt zu gehen, um Informationen über das neue Gesetz zu erfragen. Auf angeblichen Informationsveranstaltungen war es schon in früheren Jahren zu Massenverhaftungen mit anschließender Deportation gekommen. Kein Wunder, daß die Antragslust der „Illegalen“ gering ist.

Eine andere Bestimmung des Gesetzes nimmt die ausländischen Arbeiter von der Seite der Kapitalisten her in die Zange. Beginnend mit dem 1.6.87 müssen alle Arbeitgeber über jede neue Einstellung seit Inkrafttreten des Gesetzes (1.11.86) unter Androhung von Geldstrafen Buch führen. Vor diesem Zeitpunkt eingestellte „Illegale“ sind nun ihrem Kapitalisten noch mehr ausgeliefert. Ob seine Buchführung je von staatswegen kontrolliert werden wird, bleibt dahingestellt. – (her)

Namibia

Gewerkschaftsbewegung festigt sich

In diesem Jahr haben die namibianischen Arbeiter den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag begehen können. Das ist ein Ergebnis des Wiederaufbaus und der Konsolidierung der Gewerkschaftsbewegung in Namibia. 1980 hatte die südafrikanische Besatzungsmacht heftige Angriffe auf die Gewerkschaften geführt. Vor allem in den Bergwerken und im Fischfang und der Fischverarbeitung, wo vorwiegend Wanderarbeiter beschäftigt sind, wurden Gewerkschaftsfunktionäre wegen „Terrorismus“ angeklagt und in Gefängnisse gesperrt, die Kapitalisten tauschten



Arbeiter in der Fischverarbeitung in Walvis Bay. Sie erhalten Stücklohn, umgerechnet etwa 80 DM im Monat.

ganze Belegschaften aus, um die Gewerkschaften aus den Betrieben zu jagen. Den Kapitalisten gelang es auf diesem Wege, in fast allen Branchen Lohnerhöhungen über mehrere Jahre zu verhindern. Die Löhne der namibianischen Arbeiter liegen zwischen 40 und 120 Rand im Monat, das ist nicht einmal der 24. Teil des Durchschnittseinkommens der europäischen Lohnabhängigen in Namibia.

Im Herbst 1986 hat sich nun die „Nationalunion der Arbeiter Namibias“ (NUNW) neu konstituiert. Anders als die frühere NUNW, die als reine Mitgliedsgewerkschaft arbeitete, ist die NUNW ein Bund von Branchen- und Regionalgewerkschaften. Ihre größten Mitgliedsgewerkschaften sind die MUN (Miners Union of Namibia, die Bergarbeitergewerkschaft) und die NAFU (Namibian Food and Allied Union, Gewerkschaft der Nahrungsmittelindustrie), die zusammen etwa 14000 Mitglieder haben. Die meisten Mitglieder sind schwarze Wanderarbeiter aus dem verwüsteten Norden Namibias, der unter Kriegsrecht steht.

Im Bergbau und in der Fischindustrie haben die Arbeiter seit Anfang

des Jahres mehrere Streiks durchgeführt, aber auch in den Gemeinden und im Gesundheitswesen beginnen die Arbeiter, sich zu organisieren, obwohl in diesen Bereichen keine Gewerkschaft besteht.

Mitte Januar vereinbarte die NAFU den ersten Tarifvertrag für die Hummerfischer und die Arbeiter in der Weiterverarbeitung, nachdem die Arbeiter zwölf Tage lang streikten. Die Arbeit ist reine Saisonarbeit, die Saison dauert etwa vier Monate. Die Kapitalisten zahlen reinen Stücklohn – nach gefangenen bzw. verarbeiteten Kilogramm. Sie hatten den Lohn seit 1974 auf 11 Cents pro Kilogramm gehalten. Seit Anfang Januar müssen sie 35 Cents zahlen. Die NAFU schätzt, daß damit der Jahresverdienst für die Fischer bei etwa 1000 Rand liegt.

Im April boykottierten 4000 Arbeiter in der fischverarbeitenden Industrie in Walvis Bay die Kantine und arbeiteten langsam. Das Essen in der Wanderarbeiterkantine war ungenießbar, z.T. zwei- und dreimal aufgewärmt, die Unterkünfte sind menschenunwürdig. Die Arbeiter verlangten Verbesserung des Kantinenessens, Zucker für den Tee oder, wenn die Compound-Verwaltung dem nicht zustimmt, die Auszahlung der Lohnabzüge für Essen und Unterkunft. Sie konnten ihre Forderungen durchsetzen.

Die Arbeiter in der größten Diamantenmine, der zur südafrikanischen AngloAmerican gehörenden CDM, setzten im November 1986 zum ersten Mal seit sechs Jahren eine Vereinbarung über Lohnerhöhungen durch. Die MUN erklärte, die Lohnerhöhung betrage zwar über 50%, damit seien aber weder die Niedriglöhne beseitigt noch entfernt ein Ausgleich für die Inflation erreicht, die über 200% im Jahr liegt. Ein wichtiges Ziel der MUN ist die Abschaffung der Wanderarbeit. Quellenhinweis: SWAPO, Nachrichten-Rundbrief, Februar 1987; Namibian v. 3.4., 10.4.87 – (uld)

Großbritannien

Zerstörung der Gesundheitsversorgung

In Großbritannien warten mehr als 800000 Menschen darauf, endlich einen Krankenhausplatz für eine Operation oder andere stationäre Behandlung zu bekommen. Nach der jetzt veröffentlichten offiziellen Statistik „Social Trends 1987“ stieg die durchschnittliche Zahl der Patienten auf Wartelisten von 736000 im Jahr 1981 auf 802600 im Jahr 1985. Im gleichen Zeitraum reduzierte die konservative Regierung die Zahl der Krankenhausbetten von 450000 auf 421000.

Nach Angaben des Chirurgen Dr. Paul Sykes vom Park Hospital in Man-

chester ist die Zahl der Wartenden noch etwa 80% höher, doch das Gesundheitsministerium hat Anweisung gegeben, bestimmte Patienten nicht mitzuzählen – zum Beispiel solche, die von sich aus lieber einen späteren Termin hätten, die aus medizinischer Sicht nicht sofort operiert werden müssen usw. (British Medical Journal, 18.10.86). Die Londoner Zeitung „Independent“ meldet am 24.11.86, daß sich die Zahl der dringenden Fälle, die auf Wartelisten stehen, innerhalb von sechs Monaten um 9% erhöht hat, vor allem bei Hals-, Nasen- und Ohrenoperation (plus 17%) und in der Gynäkologie (13%).

Seit ihrer Machtübernahme 1979 arbeitet die Regierung Thatcher an der Unterminierung der allgemeinen Krankenkasse, des staatlichen National Health Service, der auch die Krankenhäuser betreibt und die praktischen Ärzte bezahlt. Gleichzeitig wurden Steuer- und andere Anreize zur Privatversicherung geschaffen – doch von den Arbeitern sind weniger als 2% privat versichert.

Eine der gemeinsten Maßnahmen ist

Türkisch-Kurdistan

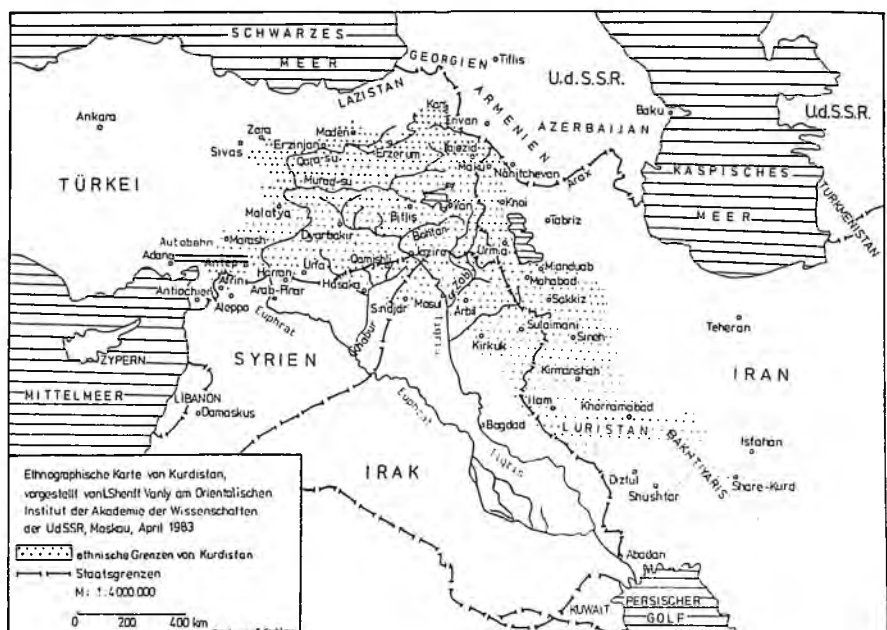
EG-Politik: Deportationen, NATO-Übungen und Wirtschaftshilfe für die Junta

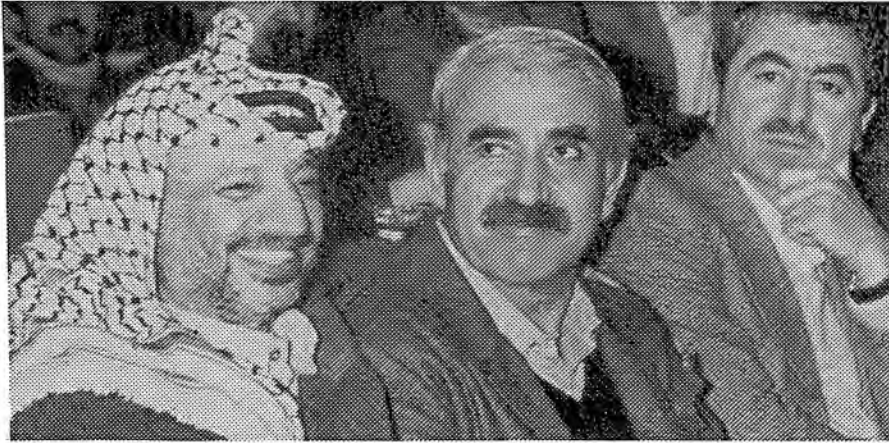
Die türkische Regierung hat im April den Auftrag für den Bau der 244 km langen Trans-Europa-Autobahn von der am Mittelmeer gelegenen Stadt Adana ins kurdische Gebiet zur Stadt Gaziantep erteilt. Der Bau soll in 48 Monaten abgeschlossen sein. Italien stellt einen Kredit von 360 Mio. Dollar und führt einen Teil der Bauarbeiten durch. Der Bau dieser Autobahn hat strategische Bedeutung für die Unter-

drückung der in Türkisch-Kurdistan lebenden Kurden. Die türkische Regierung gibt an, daß der Bau der Autobahn praktisch der Grundstein für das große Südostanatolien-Projekt ist. Südostanatolien sind die kurdischen Gebiete, die unmittelbar an Syrien, den Iran und den Irak grenzen. Dieses Gebiet zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris, 75000 Quadratkilometer Boden (etwa so groß wie der norddeut-

die Erhöhung der Rezeptgebühren. Von 45 pence (etwa 1,80 DM) pro Medikament im Juli 1979 wurden die Gebühren in sieben Schritten bis April 1986 auf 2,20 Pfund (etwa 6,60 DM) angehoben. Rentner müssen diese Gebühren nicht zahlen – werden aber auch mit Niedrigrenten um 600 DM für ein Ehepaar abgespeist. Jedes Jahr sterben hunderte an Unterkühlung, weil das Geld für Heizung fehlt. Im Januar 1987 behauptete der Staatssekretär für Soziales, John Major, frech, das Problem werde übertrieben, es gebe „nur 643 Tote“ im Jahr durch Unterkühlung. (Daily Mirror, 19.1.1987). Am 27.1.1987 berichtete der „Daily Telegraph“, nachdem die Regierung eine einmalige „Kältezählung“ von nur 15 DM an Rentner und Sozialhilfempfänger beschlossen hatte: „Insgesamt 1387 Renter starben 1985 an Unterkühlung oder kältebezogenen Krankheiten. Das erklärte gestern Frau Edwina Currie, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium“.

Quellenhinweis: The Widening Gap, Labour Research Department 1987 – (hef)





Auf der Sitzung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25.4.87 haben sich die seit 1983 zerstrittenen Organisationen der PLO wiedervereinigt. Neben der Al Fatah (Arafat) nahmen die Volksfront (PFLP, Habbash), die Demokratische Front (DFLP, Hawatmeh), die Palästinensische Befreiungsfront (PLF, Abu Abbas) und die Palästinensische Kommunistische Partei teil; es fehlen nur die Saika und das PFLP-Generalkommando. Sie einigten sich in den wichtigsten Punkten: Verhältnis zu Jordanien, Ägypten, Libanon und Syrien; Einheit und Unabhängigkeit der PLO, Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz. – (bar)

Frankreich: Beginn des Barbie-Prozesses

Am 11. Mai begann in Lyon der Prozeß gegen den „Schlächter von Lyon“, den Nazi-Verbrecher Klaus Barbie. Die Anklage gegen den Gestapochof lautet „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, er war verantwortlich für Tausende von Deportationen, Morden, Folterungen von Juden und von Résistance-Kämpfern. Dabei machte er vor allem Jagd auf Kommunisten. Am 21.6.1943 wurde Jean Moulin verhaftet, der Gründer des „Nationalrats der Résistance“. Barbie ist bereits 1952 und 1954 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Die französische Bourgeoisie fürchtet, daß im jetzigen Prozeß ihre Kollaboration und die der ka-

tholischen Kirche mit den Nazis und mit der faschistischen Pétain-Regierung ans Licht kommt. – (sur)

Bulgarien: Streikende hatten Erfolg

Die Parteizeitung der bulgarischen Kommunistischen Partei, „Rabotnitschesko Delo“, berichtete kürzlich: Zwölf Angehörige einer Arbeitsbrigade der Maschinenfabrika „Iskra“ in Mezdera nordöstlich der bulgarischen Hauptstadt Sofia hatten Mitte März aus Protest gegen eine zuvor nicht angekündigte Lohnkürzung die Arbeit niedergelegt. Durch ihre Streikaktion setzten sie die Rücknahme der Lohnkürzung durch und erhielten eine Nachzahlung von zwei Monatslöhnen. – (scc)

Türkei: Zeitschrift beschlagnahmt

Per Gerichtsbeschluß wurde eine Ausgabe des in Istanbul erscheinenden Wochenmagazins „Yeni Gundem“ beschlagnahmt. Grund: Titelblatt und Leitartikel befaßten sich mit dem „Kurdenproblem“. In der Zeitschrift wurde unter anderem ein Interview mit dem Vorsitzenden des kurdischen Instituts Paris, Kendal Nezan, veröffentlicht. Nezan führte u.a. aus, der türkische Staat setze in den Dörfern Türkei-Kurdistan „Dorfschützer“ ein; Leute, die selbst aus dem jeweiligen Dorf stammen und mit Polizeibefugnissen ausgestattet werden, um die Bevölkerung zu bespitzeln. Dies sei eine vom CIA übernommene Methode des Counter insurgency. Da diese „Dorfschützer“ jeweils einer im Dorf ansässigen Sippe angehören und ihre Machtbefugnisse ausnutzen, provozierten sie Blutracheaktionen der anderen Sippen; sterbe dabei ein „Dorfschützer“, werde die Aktion der PKK in die Schuhe geschoben. Nezan schloß mit den Worten, man können von keinem Volk verlangen, es solle seine Sprache und Kultur aufgeben. Der türkische Staat versuche, die Völker der Türkei und Kurdistan gegeneinander aufzubringen, was den Interessen beider Völker schade. Wegen der Wiedergabe solcher Äußerungen wird „Yeni Gundem“ vorgeworfen, die Zeitschrift fördere „separatistische Tendenzen“. In der Türkei ist es verboten, über das „Kurdenproblem“ in der Öffentlichkeit zu diskutieren. „Yeni Gundem“ gehört zu den wenigen fortschrittlichen Zeitschriften, denen es gelang, während der ganzen Zeit der Militärdiktatur trotz verschiedener Beschlagnahmen zu existieren und immer wieder die Zensur zu umgehen. – (dev)

sche Teil der BRD) soll umgewälzt, große Staudämme errichtet werden. Allein bei dem derzeit im Bau befindlichen „Atatürk-Staudamm“ sollen nach offiziellen Angaben 35000 Menschen aus 132 Dörfern deportiert werden. Ein riesiger Stausee von 940 Quadratkilometer Ausdehnung soll entstehen. Hier soll in Zukunft ein Fünftel der elektrischen Energie der Türkei produziert werden. Darüberhinaus soll der Stausee der Bewässerung dienen. Zwei riesige Bewässerungstunnel von jeweils 26,4 km Länge sollen gebaut werden. Das gesamte Projekt umfaßt 15 Staudämme, 18 Kraftwerke, Tunnel und Bewässerungsanlagen. Das Projekt wird eine Unmasse Gelder verschlingen. Die türkische Regierung mobilisiert für dieses Projekt: Das Projekt würde beweisen, daß der türkische Mensch sich nicht mehr mit kurzfristigen Lösungen zufrieden gebe, sondern große Schritte ins nächste Jahrhundert

mache.

Die Regierung behauptet, das Programm und die damit verbundenen Umsiedlungen dienen der „Entwicklung des Ostens“. Das ist eine Lüge. In Wirklichkeit geht es der Regierung darum, den kurdischen Befreiungskampf zu spalten und zu unterdrücken. Millionen von Kurden sollen aus den Provinzen Urfa und Mardin und Teilen der Provinzen Gaziantep, Adiyaman, Diyarbakir und Siirt gewaltsam umgesiedelt werden. Gleichzeitig sprechen Regierungsvertreter offen davon, weitere Türken in diesen Gebieten anzusiedeln. Die in der BRD tätigen Organisationen Feyka-Kurdistan und Komkar protestieren gegen diese Deportationen. Das Kurdistan-Komitee berichtet, daß insgesamt 9,5 Millionen Kurden deportiert werden sollen. Z.B. sollen in der Provinz Tunceli 50000 Bewohner von 234 Dörfern umgesiedelt werden. In diesem Gebiet ist der bewaffnete

Widerstand schon heute groß.

Die „FAZ“ unterstützt die Propaganda der türkischen Regierung und behauptet, mit dem Südostanatolienprojekt werde eine Landreform unvermeidbar. Diese angebliche „Landreform“ soll in Wirklichkeit die meisten kurdischen Bauern von ihrem Land vertreiben und den Rest noch enger in die EG-Arbeitsteilung einbinden, indem sie künftig billige Nahrungsmittel und agrarische Rohstoffe wie z.B. Baumwolle in die EG oder an westliche Unternehmen in der Türkei liefern.

Die EG-Imperialisten stellen für dieses Projekt nicht nur Gelder zur Verfügung, sondern haben die Türkei zu solchen Projekten ermuntert. Auf einem Türkei-Symposium der Südosteuropa-Gesellschaft 1981 in Godesberg hatte Werner Gumpel den Beitritt der Türkei in die EG für verfrüht befunden und auf ein Hauptproblem, der Ener-

Ost-Timor: Besatzer ließen wählen

Ende April veranstaltete die indonesische Besatzungsmacht in dem seit 1975 besetzten Ost-Timor Wahlen, um die „Integration der Bevölkerung“ zu demonstrieren. Wer nicht wählte, wurde der Unterstützung der Befreiungsorganisation Fretilin angeklagt. Wer wählte, mußte seinen Stimmzettel öffentlich in eine von drei Wahlurnen werfen, die jeweils für die drei legalen indonesischen Parteien aufgebaut waren. Bei der letzten Wahl waren mehr Stimmzettel ausgegeben worden als Wähler vorhanden. – (scc)

Acht IRA-Mitglieder standrechtlich erschossen

„Wer terroristische Anschläge vorbereitet, muß sich darüber im klaren sein, daß er die Konsequenzen zu tragen hat“, kommentierte der britische Nordirland-Minister King das jüngste Massaker an acht IRA-Kämpfern und einem Zivilisten. Noch sind die Meldungen widersprüchlich, doch kristallisiert sich deutlich heraus, daß das IRA-Kommando praktisch standrechtlich erschossen worden ist: Die britischen Sicherheitskräfte waren seit Wochen von einem geplanten IRA-Angriff auf eine Polizeistation informiert, hatten das Kommando beobachtet, die berüchtigte SAS-Elitetruppe hatte die Falle aufgebaut. Da die Polizeistation nicht rund um die Uhr besetzt war, hatten die IRA-Kämpfer vermutlich nicht damit gerechnet, bei ihrem Angriff freitags um 19.20 Uhr auf Widerstand zu stoßen. Sie hatten keine Chance gegen die Übermacht und bekamen keine Gelegenheit, sich zu ergeben. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, einige von ihnen seien noch im Kleinbus erschossen worden. Irische Zeitungen berichten, einige IRA-

Kämpfer seien erschossen worden, als sie hilflos am Boden lagen. Auch sprechen Augenzeugenberichte davon, daß Mitglieder des Kommandos erst nach ihrer Verhaftung oder beim Fluchtversuch niedergeschossen wurden. – (scc)

Sambia: Schlin- gender Kurs

Einerseits versucht die Regierung Kaunda, gegen die imperialistische Ausplünderung Sambia und das IWF-Diktat Front zu machen: So will das Land nach dem jüngst beschlossenen Maßnahmenpaket zukünftig höchstens 10% der Exporteinnahmen für Zinsen

und Tilgung der Auslandsschulden ausgeben. Auch soll die vom IWF aufgebürdete wöchentliche Anpassung der Landeswährung, die zu einem dramatischen Kursverfall und galoppierender Inflation führte, nicht mehr befolgt werden. Ebenso scheint die Regierung der IWF-Auflage, die Nahrungsmittelsubventionen zu streichen – dies hatte im Dezember zu schweren Unruhen geführt –, nicht mehr nachkommen zu wollen. Doch andererseits strich die Regierung gleichzeitig die Urlaubsgelder und griff damit wiederum die Lohnabhängigen an. Der Gewerkschaftsverband protestierte. – (scc)



Gegen die Rassisten-Parlamentswahlen in Südafrika bestreikten am 5. und 6. Mai Hunderttausende von Azaniern Betriebe, Schulen und Universitäten. In den Industriegürteln von Johannesburg, Durban und Port Elisabeth lief praktisch nichts mehr, auch öffentliche Verkehrsmittel wurden bestreikt und boykottiert. Aufgerufen hatten vor allem schwarze Befreiungsorganisationen, Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen. Die Polizei ging mit brutaler Gewalt gegen jede Ansammlung von Streikenden, gegen Demonstrationen und Kundgebungen vor, auf denen Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen und gegen das Rassistenregime erhoben wurden. Die Siedler-Wahlen endeten mit einem Erfolg der Partei Bothas. Die Wahlbeteiligung von nur 67% zeigt aber auch den wachsenden Zerfall der Siedlergesellschaft. – (sie)

gieknappheit, hingewiesen und erklärt, es sei sinnvoll für die türkische Regierung, westliche „Unterstützung für die Erschließung der bisher ungenutzten türkischen Ressourcen – besonders der Wasserkraft – zu erbitten.“

Nachdem die türkische Regierung kürzlich ihre EG-Mitgliedschaft beantragte, erklärte Özal auf die Frage nach den Pluspunkten für die EG in einem Interview: „Das heißt, daß sie (die Türkei, d. Red.) den europäischen Unternehmen viele Aufträge bescherten kann: Dämme und Kraftwerke, Straßen und Autobahnen müssen gebaut werden ... durch direkte Investitionen ebenso wie durch Kredite. In meinen Augen wäre es geradezu ein Spielplatz für europäische Unternehmer.“

Das Südostanatolien-Projekt ist von strategischer Bedeutung für die EG. Von hier aus kann sie ihren Einfluß in den arabischen und iranischen Raum ausbauen. Das Projekt ist gegenüber

Syrien und dem Irak expansiv. Die Türkei hat bisher noch kein Abkommen mit den beiden Staaten über die Verteilung des Wassers getroffen. Die Errichtung von Stauseen würde die Wasserführung von Euphrat und Tigris für beide Staaten beeinträchtigen und zu erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen für diese Länder führen. Damit ist schon heute ein Konflikt in Aussicht, den die EG-Staaten für ihre Expansionsinteressen nutzen werden.

Kurdistan ist für die europäischen Imperialisten von militärischem Interesse. Deshalb unterstützen sie die türkische Regierung in der Unterdrückung der Kurden. Das werden sie im Sommer dieses Jahres auch militärisch demonstrieren. Vom 1. bis 30. Juni findet in Türkisch-Kurdistan die NATO-Übung „Aurora-Express“ statt, an der sich die „schnelle Eingreiftruppe“ mit 5000 Soldaten aus sieben NATO-Staaten beteiligt, darunter rund 1000 aus

der BRD. Dazu gehören das Fallschirmjägerbataillon 262, Merzig, eine Artilleriebatterie, Stabs-, Fernmelde- und Versorgungsteile sowie eine Staffel der Fliegenden Abteilung 301 des Heeresfliegerregiments 30, Niederstetten. Darüberhinaus wird eine Staffel des Jagdbomber-Geschwaders 43 nach Diyarbakir verlegt.

„Bundeswehr-aktuell“ schreibt am 27. April zu den Zielen der Übung: „Mit ‚Aurora-Express‘ wird vor allem die schnelle Verlegung der AMF (schnelle Eingreiftruppe) in einem möglichen Einsatzraum geprobt.“ Dieser „mögliche Einsatzraum“ richtet sich derzeit vor allem gegen den Widerstand des kurdischen Volkes gegen die türkische Vorherrschaft und vor allem gegen den bewaffneten Widerstand der PKK.

Quellenhinweis: Newspot, Nachrichten aus der Türkei vom 13.03., 27.03. und 03.04.1987; FAZ 24.04.87 – (jöd, rül)

– Veröffentlichungen –

Betriebsunfälle: Kostendämpfung für Kapitalisten

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz, eine staatliches Unternehmen, das eng mit den Berufsgenossenschaften zusammenarbeitet, hat in einer Studie die Gesamtkosten untersucht, die den Kapitalisten aus Arbeitsunfällen im Betrieb entstehen. Wegeunfälle sind in der Studie nicht berücksichtigt. Die Studie versucht in der Untersuchung von 20 Unternehmen nachzuweisen, daß verbesserter Arbeitsschutz die Kapitalisten nicht nur vor höheren Beiträgen an die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften schützt, sondern ihnen auch weitere „Unkosten“ erspart. Untersucht sind u.a. Unternehmen der Metall-, Stahl-, Bau-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie. Dargestellt wird, daß Arbeitsunfälle neben Lohnfortzahlung auch Kosten für Ersatzarbeitskräfte, Verwaltung, Arbeitszeitausfall mit sich bringen. Diese Kosten sind nach Branchen und Produktionsbereichen verschieden. Da Arbeitsunfälle in der Produktion meist schwerer sind und oft mit Maschinenschäden verbunden sind, sind sie teurer als Unfälle in der Verwaltung. An Gesamtkosten rechnet die Bundesanstalt mit durchschnittlich 950,- DM pro Tag. Sie unternimmt den Versuch, ein standardisiertes Verfahren der Kostenbefassung zu entwickeln, das die Möglichkeit für die Kapitalisten enthält, durchzurechnen, wo sie durch vermehrten Arbeitsschutz Kosten senken können und wo sie durch Unterlassung bzw. Beschränkung von Arbeitsschutzmaßnahmen billiger wegkommen. (H. Schneider, Die betrieblichen Unfallkosten, Bundesanstalt für Arbeitsschutz, 36,- DM – uld)

Zusammenhang von Arbeit und Krankheit

„Jeder zweite verläßt seinen Arbeitsplatz als Frühinvalide. Das sind jedes Jahr 300000 Menschen.“ A. Arnold und R. Satzer, die Verfasser des Buches „Kaputt und auch noch selber schuld. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“, schreiben über die Unfallentwicklung und über die krankmachenden Arbeitsbedingungen.

Die Gewerkschaften sehen endlich, nach Jahrzehnten der Vernachlässigung, den Zusammenhang von Arbeit und Krankheit als ein entscheidendes Problem an, so daß sie Untersuchungen anstellen und sie jetzt veröffentlichen. Eine dieser Publikationen ist dieser Band bei rororo-aktuell. Die Behauptung der Verfasser, „daß mehr und mehr Beschäftigte eben diesen Zusammenhang von Arbeit und Krankheit sehen“, unterstellt den Beschäftigten eine bis vor kurzem falsche Wahrnehmung. Diese Unterstellung

verkehrt die Sachlage und behauptet von den Beschäftigten, was gerade den Gewerkschaften anzulasten ist, die den organisierten Kampf gegen den immer rascheren Verschleiß der Arbeitskraft vernachlässigt haben. Die Konsequenz hat zu sein: den Kampf für gesetzliche Schutzrechte in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit zu führen.

Das Buch liefert dafür Argumente.

Kritik an den offiziellen Unfall- und Berufskrankheitsstatistiken: Die Verfasser zeigen auf, daß nicht Schutzmaßnahmen der Kapitalisten, sondern Veränderungen innerhalb der Beschäftigtenstrukturen, der Rückgang des Arbeitsvolumens und die betriebliche Personalauslese nach gesundheitlichen



Lackarbeiten mit Zerstäubern: hochgradig krebserregend

Kriterien wichtige Bedingungen für den Rückgang der offiziellen Unfallzahlen sind.

Zunehmende Bedeutung der Schadstoffe beim Verschleiß der Arbeitskraft: Die Buchautoren: „Dabei hinkt die Berufskrankheitenliste hinsichtlich der Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe noch hoffnungslos hinter der technischen Entwicklung her.“ Die Verfasser stellen fest: „Solange nun von den Berufsgenossenschaften keine systematische, präventiv (vorbeugend) orientierte Erfassung von Berufskrankheiten vorgenommen wird, bleiben das tatsächliche Ausmaß und die verursachenden Hintergründe z.B. arbeitsbedingter Krebserkrankungen zwangsläufig im Dunkeln.“

Belegt wird, daß die ungelerten Arbeiter am stärksten von der Frühinvalidität betroffen sind.

Einen breiten Raum nehmen die Darstellung der krankmachenden Arbeitsbedingungen ein und wie dagegen in den Betrieben der Widerstand organisiert werden kann. – (gba)

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch

Das „Kritische Gewerkschaftsjahrbuch 1986/87“ steht unter dem Thema „High-Tech-Down“. Ein Teil der Verfasser versucht den Gewerkschaften die Mitschuld für die kapitalistische Anwendung der Technik zuzuschreiben, da sie, befangen in Fortschrittsglauben und der angeblich marxistischen Theorie, Produktivitätssteigerung um den Preis der Einschränkung des Lebens der jetzt lebenden und produzierenden Arbeiter sei anzustreben, nicht auf die Auswirkungen der neuen Technologien geachtet und sich einer Kritik an den schädlichen Auswirkungen auf die Natur und die durch Evolution entstandenen ökologischen Zusammenhänge enthalten hätten. Die Vertreter dieser Auffassungen argumentieren durchweg mit dem Schrecken, den der Reaktorunfall in Tschernobyl verbreitet hat und ergehen sich in Appellen an das Verantwortungsbewußtsein derer, die nicht darüber bestimmen, was mit welchen Mitteln produziert wird. Die Alternativen, die sie andeuten, sind vage. Sie laufen meist auf die Einschränkung der Anwendung von großer Maschinerie und auf das Festhalten an Handarbeit hinaus. Wirklich interessant ist ein Interview mit der Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz. Sie legt dar, wie sie versucht, auf die Auswahl der im Betrieb anzuwendenden Technologie Einfluß zu nehmen, bevor diese angeschafft wird und dann nur noch über Milderung der Technikfolgen gehandelt werden kann. Zweck ist, eine Schranke gegen die weitere Arbeitsteilung zu errichten und gegen die Zunahme einseitiger, monotoner und schlecht bezahlter Arbeit zu wirken. Ähnlich argumentiert H. Schmidt, Ingenieur und Mitarbeiter beim Vorstand der IG Metall. Die vorgeschlagenen Konzepte, z.B. Fertigungsinseln zu errichten, innerhalb derer eine Gruppe von Arbeitern alle anfallenden Arbeiten beherrscht und die Tätigkeiten abwechseln, eignen sich hauptsächlich für den Maschinenbau und verwandte Produktionszweige. Ein Beitrag ist der Haushaltstechnik gewidmet. Die Verfasserin, Mitarbeiterin am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin, kritisiert, daß durch die Vielzahl von Haushaltsgeräten kaum Zeit bei der Haushaltsarbeit gespart wird, weil keine Differenzierung in der Arbeitsteilung eingeführt wurde. Alle Versuche, Häuser mit einer Küche für alle dort wohnenden Familien, Entstaubungsanlagen statt Einzelstaubsaugern, moderne Gemeinschaftswaschküchen usw. einzurichten, seien von der Elektroindustrie in der Konkurrenz mit den Gaswerken unterdrückt worden. (Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986/87, Rotbuch Verlag Berlin, 16,00 DM – anl)

HBV-Positionspapier: „Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel“

Am 14. April legte die Hauptabteilung Handel der Gewerkschaft HBV ein Positionspapier zur Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel vor. Damit soll die Diskussion für die Manteltarifverhandlungen und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung im nächsten Jahr in der HBV eröffnet werden.

Im Positionspapier wird die Entwicklung der Flexibilisierung von Vollzeit-, Teilzeit-, Pauschal- und Aushilfsarbeit untersucht. Festgestellt wird, daß durch die Arbeitszeitverkürzung in der letzten Manteltarifverhandlung die Flexibilisierungsmöglichkeiten der Kapitalisten weder bei Vollzeit- noch bei Teilzeitarbeit beschnitten wurden. Deren Absicht auf Beseitigung des „Normalarbeitsverhältnisses“, der stabilen und sozial abgesicherten Vollzeitbeschäftigung, die kollektivvertraglich bzw. arbeits- und sozialrechtlich auf einem Mindestniveau geregelt ist, wird in Richtung von Flexibilisierung und Individualisierung von Arbeitszeit, Einkommen, Belastung usw. untersucht.

Dokumentiert wird im folgenden der Punkt V. „Positionen der HBV zur Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel und zu einer humanen Gestaltung der Arbeitszeit“.

Zu erhalten ist das Positionspapier/Rundschreiben 5/1987 beim Hauptvorstand der HBV, Abteilung II Handel, Tersteegenstr. 30, 4000 Düsseldorf 1.
– (rub)

„Der wesentliche Eckpfeiler gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik im Einzelhandel bleibt für die HBV die Arbeitszeitverkürzung. Die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden (bei vollem Lohnausgleich) schafft die Voraussetzungen zur Sicherung der Interessen der Beschäftigten im Einzelhandel und zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen, ermöglicht eine stärkere Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und hilft, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen ...

Für manche ist beispielsweise die Teilzeitarbeit eine durchaus attraktive Form der Erwerbstätigkeit. Bei dieser Beschäftigtengruppe sind dementsprechend besonders große individuelle Gestaltungsinteressen zu vermuten. Auf der anderen Seite besteht allerdings für viele die Notwendigkeit, durch ein Vollzeitarbeitsverhältnis mit ausreichendem und stabilem Einkommen die Existenz sichern zu müssen. Auch bei der Teilzeitarbeit ist die absolute Mehrheit der Beschäftigten aus Gründen der Existenzsicherung oder der Erhaltung eines einmal erreichten Lebensstandards an stabilen Arbeitsverhältnissen interessiert ...

Einkommensaspekte und Aspekte einer sinnvollen individuellen Zeitplanung von Erwerbstätigkeit und Freizeit müssen dementsprechend bei der Gestaltung der Arbeitszeit ebenso berücksichtigt werden wie der Aspekt der Arbeitsbelastungen, der Auswirkungen neuer Zeitgestaltungsformen auf den Arbeitsmarkt und der sozialen Vorsorge für Krankheit, Alter etc. Gleichzeitig macht die seit langem im Einzelhandel vorhandene Abkoppelung von Arbeitszeiten und Betriebszeiten (Ladenöffnungszeit) handelspezifische betriebliche Formen der Arbeitszeitorganisation erforderlich. Diese Differenz zwischen Arbeits- und Betriebszeit wird sich in Zukunft bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen noch vergrößern. Die

HBV ist deshalb nicht prinzipiell gegen veränderte Formen der Arbeitszeitgestaltung.

Eine humane Arbeitszeitgestaltung im Interesse der Beschäftigten muß allerdings auch im Hinblick auf eine Variabilität des Zeitfaktors durch gesetzliche und kollektivvertragliche Eckpfeiler abgesichert werden.

Entsprechende Rahmenregelungen zur Arbeitszeitgestaltung müssen nach Auffassung der Gewerkschaft HBV folgende Bedingungen sicherstellen, um dem einzelnen Arbeitnehmer die Realisierung seiner (Zeit-)Interessen zu ermöglichen:

Auf gesetzlicher Ebene:

- Keine Verschlechterung des bestehenden Ladenschlußgesetzes.
- Begrenzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit nach AZO auf zunächst 40 Stunden und fünf Tage.
- Vollständige Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigten in die Sozialversicherung.
- Übernahme des Sozialversicherungsanteils (50%) des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber, wenn das Entgelt 1/10 der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung nicht übersteigt.
- Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten hinsichtlich Arbeitszeitsysteme und Arbeitszeitregelungen für den Betriebsrat.
- Regelungen über Formen eines Langzeiterlaubs für Arbeitnehmer, insbesondere des Eltern- und Bildungsurlaubs.

Auf tariflicher Ebene:

- Absicherung der fünf-Tage-Woche (auch für Teilzeitbeschäftigte).
- Absicherung der bestehenden Ladenschlußzeiten.
- Begrenzung der Mehrarbeit für Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Mehrarbeitsausgleich grundsätzlich in Form von Freizeit.

- Festlegung von Rahmen- und Mindestregelungen für betriebliche Arbeitszeitvereinbarungen.
- Ermöglichung des Wechsels von Vollzeit- auf Teilzeitbeschäftigung und umgekehrt (nach Interessen der Beschäftigten).
- Festlegung von wöchentlicher und täglicher Mindestarbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte.
- Abschluß eines Tarifvertrags zur Personalplanung.
- Festlegung einer Mindestanzahl von freien Wochenenden.
- Bei unregelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeitdauer, Festlegung der Ausgleichszeiträume (Woche, Monat).
- Festlegung von Freistellungsmöglichkeiten aus besonderen Anlässen (z.B. unbezahlter Elternurlaub bei Erkrankung von Kindern über die RVO-Regelung hinaus).

Auf betrieblicher Ebene:

- Obligatorischer Abschluß von Betriebsvereinbarungen zur betrieblichen Arbeitszeitgestaltung.
 - Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen so, daß die Ausübung einer Vollzeittätigkeit an den entsprechenden Arbeitsplätzen ohne Überschreitung einer „Normalbelastung“ möglich ist.
 - Verankerung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in Arbeitszeitfragen auf Arbeitnehmerebene (Abteilung, Filiale) unter Beteiligung des Betriebsrates, die den Arbeitnehmern eine selbständige Planung und Gestaltung ermöglicht.
 - Einbeziehung von Vor- und Abschlußarbeiten in die Arbeitszeit.
 - Betriebliche Quotierung der Arbeitszeitformen.
 - Stabiles und kontinuierliches Einkommen bei Teilzeitbeschäftigung.
- Auf gesetzlicher Ebene müssen allgemeingültige Bestimmungen festgelegt werden, die den Rahmen für weitergehende Regelungen abstecken. Die Gewerkschaft HBV sieht weiterhin in kollektiven Regelungsformen die beste Möglichkeit, Arbeitszeitfragen zu regeln. Dabei haben Tarifverträge Vorrang vor Betriebsvereinbarungen.

Eine humane Gestaltung der Arbeitszeit im Einzelhandel muß im Unterschied zu den Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen neben der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen eine reale Mitbestimmung von Betriebsräten und Beschäftigten ermöglichen.

Weitere wesentliche Kriterien für eine humane Arbeitszeitgestaltung im Einzelhandel sind die Möglichkeit zur ausreichenden Einkommenssicherung, der langfristige Erhalt des Arbeitsvermögens, d.h. der Abbau von Arbeitsbelastungen sowie eine wirksame Berücksichtigung individueller Arbeitszeitwünsche ...
(aus: Nachrichten Handel, Banken, Versicherungen, Woche 18/87)



Elmshorn. 600 Leute hörten Reden von Paterna (GEW), Arp (DPG) und Sommer (DGB). Er forderte kommunales Wahlrecht für Ausländer.



Hamburg. Auffallend zum letzten 1. Mai: Zahlreiche Transparente gegen Samstagsarbeit und Verlängerung der Ladenschlußzeiten.



München. 10000 beim DGB. Widerstand gegen die Flexibilisierung. ÖTVler in kirchl. Betrieben für ungehinderte Gewerkschaftsarbeit.



Köln. Beifall für die Büberprozession. Andere Forderungen: gegen Flexi, Zwangsumsiedlung in Kurdistan, Unterdrückung im Iran, bundesweite Tarifverträge (Gebäudereiniger).



Mannheim: Der neu gegründete DGB-AK „Internationale Solidarität“ sammelte für ein Fahrzeug für die südafrikanische Gewerkschaft SAAWU. Der DGB-Kreisvorsitzende forderte wirksame Sanktionen gegen das Apartheidregime. Er rief auf zur Kundgebung am Nachmittag in Worms gegen die geplante NPD-Kundgebung.

1.-Mai-Demonstrationen: Regierung und Kapitalisten unbeeindruckt

Ogleich die gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai ungefähr gleiche Teilnehmerzahl hatten wie im Vorjahr – der DGB gibt um die 700000 Teilnehmer an – haben weder Kapitalisten noch Regierung auf die Kundgebungen reagiert. An einigen Orten, z.B. in Köln und Duisburg traten Vertreter der ausländischen Arbeiter und Hauptredner für das kommunale Wahlrecht für Ausländer ein. DGB-Vorsitzender Breit beklagte die sogenannte „Neue Armut“ und erklärte: „Viele Ergebnisse der Bonner Regierungspolitik bedeuten die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft.“ Zwar verlangte er, das freie Wochenende müsse erhalten bleiben, „wo dem

nicht zwingende gesellschaftliche Gründe entgegenstehen“. Diese Kritik setzt den Lohnsenkungs- und Flexibilisierungsabsichten der Kapitalisten, ihrem Expansionsstreben und der Politik der Regierung nichts entgegen.

Einen Anlaß zu eindeutiger Abgrenzung gegen den Versuch der Kapitalisten, die Ideologie von Betriebsgemeinschaft zu fördern, hätte die Erklärung des BDA-Vorsitzenden Murmann zum 1. Mai gegeben. Darin erklärt der Kapitalistenverband, die „Arbeitslosigkeit“ ließe sich nur durch „wirtschaftliche Reformen“ abbauen. Nötig sei die Flexibilisierung der Arbeitszeit, weil dadurch die „Wettbewerbsfähigkeit“ gestärkt werde.

Der CDA-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister Blüm hatte vor dem 1. Mai in einem Aufruf für die gewerkschaftlichen Maidemonstrationen angekündigt, daß die Union die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Regierungspolitik durchsetzen will oder, wenn dies nicht gelingt, die Spaltung des DGB vorantreiben will: „Die christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen können eine Hintenanstellung ihrer konfessionellen Bindungen und ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit hinter ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht akzeptieren ... Selbstverleugnung und Selbstaufgabe in der Einheitsgewerkschaft aber kann von uns niemand erwarten.“

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 4.5.87, DGB-Nachrichtendienst v. 30.4.87, Deutschland-Union-Dienst v. 7.5.87 – (uld)

Haftstrafe für „plärrer“-Redakteur

Nürnberg. Zu einer Haftstrafe von vier Monaten – ausgesetzt zur Bewährung – wurde der ehemalige Redaktionsleiter des Nürnberger Stadtmagazins „plärrer“ nun bereits in der zweiten Instanz verurteilt. Die Verurteilung durch das Nürnberger Landgericht beruht auf dem §90a, mit dem der Staat gegen die „Verunglimpfung“ seiner „Symbole“ vorgeht. In der Septemberausgabe 1986 des „plärrer“ (Auflage: 17000) war ohne Angabe des Autors ein „Deutschlandlied '86“ abgedruckt gewesen. Auf die Satire ohne gewaltigen politischen Hintergrund hatten Polizei und Gericht mit der Beschlagnahme eines Teils der Auflage reagiert. Im folgenden Prozeß hatte die Berufung auf die Kunst- und Meinungsfreiheit keinen Bestand gegenüber der vorrangigen Aufgabe die Würde des Staats zu schützen. Die Haftstrafe ist Teil einer zunehmend härteren Gangart gegen die kritische und alternative Presse. In Erlangen ist im Vormonat das Stadtmagazin „Was leßt“ und in Nürnberg das Schülermagazin „fetzngaier“ beschlagnahmt worden. Prozesse sind zu erwarten. – (mas)

Öffentliches NPD-Deutschlandtreffen verhindert

Speyer. Für den 1. Mai hatte die NPD die Durchführung ihres „Deutschlandtreffens“ besonders im Hinblick auf die Landtagswahlen am 17. Mai in Rheinland-Pfalz angekündigt. Erst drei Tage vorher erfuhr der DGB von einer öffentlichen Kundgebung der NPD am 1. Mai in Worms, die sie nach Verbot durch die Stadt vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt hatte. Der DGB Rheinland-Pfalz rief zu einer Gegenkundgebung auf einem nahegelegenen Platz auf, an der über 2000 Menschen teilnahmen. Antifaschistische Aktions-einheiten in Mannheim und Speyer riefen zur Besetzung des NPD-Kundgebungsplatzes auf, um das Deutschlandtreffen zu verhindern; hier versammelten sich über 300. Die NPD tauchte daraufhin in Worms nicht auf. Fünf Tage später wurde bekannt, daß die NPD ihre Versammlung mit 600 Teilnehmern in die Festhalle von Neustadt/Duttweiler verlegt hatte. Dies in Absprache mit der Polizei und dem dortigen Ortsvorsteher. Die schnelle Reaktion von DGB und antifaschistischen Zusammenschlüssen hat den öffentlichen Aufmarsch der NPD am 1. Mai verhindert. Antifaschistischen Kräfte müssen sich aber offenbar auf eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung mit der NPD einstellen, die diesmal immerhin so weit ging, den DGB-Landesbezirk mit gezielten Halbwahrheiten vom Ort des Geschehens fernzuhalten. – (sth)



Bremerhaven. Gegen den zweiten Bundesparteitag der „Republikaner“ demonstrierten 500 Antifaschisten. Auf einer Kundgebung vor der Stadthalle, in dem der Parteitag von zwei Polizeihundertschaften abgesichert wurde, warnte der Sprecher der VVN/BdA vor der Gefährlichkeit der „Republikaner“ als „Kraft, die Konservative und Neofaschisten zusammenführt“. – (gba)

Anti-KWU-Kampagne: Weg mit dem Atomprogramm

Erlangen. Eine bundesweite Anti-KWU-Kampagne war auf der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung im Januar initiiert worden, um die KWU (Kraftwerkunion, 100%ige Siemens-Tochter) als wesentliche Stütze des westdeutschen Atomprogramms in die Schußlinie zu bekommen. Sie ist nicht nur zuständig für Planung und Bau der 19 AKWs in der BRD, des „Schnellen Brüters“ und der WAA in Wackersdorf. Sie versetzt Südafrika in die Lage, eine Atombombe zu bauen. Im Rahmen der Kampagne fanden am 2. Mai Demonstrationen an den einzelnen Standorten der KWU statt. Rund 500 Atomkraftgegner demonstrierten in Erlangen vom KWU-Gelände zum Schloßplatz. Losungen waren z.B.: Abriß, Rüstung, WAA – Siemens macht das alles klar. Südafrika, ein Volk wird siegen, wenn wir Siemens hier bekriegen. In Mühlheim und Ofenbach demonstrierten jeweils ca. 500 bzw. 700 Menschen gegen die KWU. – (hek)

„Jagd auf Ausländer“ wurde nichts

Oberhausen. Ausgerechnet am 2. Mai, dem Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften, wollten sich faschistische Skin-Heads in Oberhausen zur „Jagd auf Ausländer“ treffen. Nicht zuletzt wegen des Datums konnte der DGB wenige Tage vorher dazu bewegt werden, zu einer Demonstration am 2. Mai aufzurufen. Der DGB forderte das Verbot des Skin-Head-Treffens. Oberbürgermeister Van der Mond (SPD) und alle Ratsfraktionen begrüßten diese Forderung in der Presse, für ihre Umsetzung durch die Stadt taten sie nichts. Über 1000 Gewerkschafter und Antifaschisten, darunter viele Ausländer, demonstrierten daraufhin am 2.

Mai. Im Anschluß versuchten viele, die Sammlung von ankommenden Skin-Heads am Bahnhof zu verhindern. Dies gelang nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die schließlich rund 70 Skin-Heads nach Duisburg abschoß. Mindestens 14 Antifaschisten wurden festgenommen. – (wof)

Ausländersendungen unter Beschuß

Dortmund. Seit Februar 1987 strahlt Radio Dortmund, ein öffentlich-rechtlich betriebener Lokalsender in Trägerschaft des WDR, Sendungen in acht Sprachen aus. Jede der beteiligten Nationalitäten hat 15 Minuten Sendezeit pro Woche. Nachdem es heftige Angriffe von türkischen Reaktionären gegen die kurdische Sendung gab und gibt, mischen sich jetzt deutsche Neonazis ein: In Dortmund tauchte ein Aufkleber auf mit der Aufschrift „Radio Dortmund International – Nein danke“. Hinweise auf die Urheber enthalten die Aufkleber nicht, wegen des Bezugs auf alle fremdsprachigen Sendungen und der Verbreitung des Klebers nur in deutscher Sprache kann er jedoch nicht von türkischen reaktionären Kräften stammen. Die große Verbreitung der Kleber läßt vermuten, daß mit einer größeren Kampagne gegen die Sendungen zu rechnen ist.

Die Angriffe auf die kurdische Sendung lassen nicht nach: Am 13.4. berichtete die türkische Tageszeitung „Tercüman“, angeblich habe die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Funcke, sich gegen die kurdische Sendung ausgesprochen, da diese die Arbeitnehmer spalte. Das Blatt berichtet weiter, das türkische Generalkonsulat in Düsseldorf wolle mit der Bundesregierung Verhandlungen über die Beseitigung der kurdischen Sendung aufnehmen. – (Mak)

Dioxinopfer

Sofortige Entschädigung für alle kranken Arbeiter von Boehringer

Hamburg. Am 13.3.1987 besetzten vier von etwa 500 ehemaligen Chemiearbeitern von Boehringer in Hamburg-Moorfleet mit Unterstützung der GAL die Berufsgenossenschaft (BG) der chemischen Industrie in Hamburg. Die vier Arbeiter sind wie viele ihrer Kollegen seit Jahren schwer leidend und kämpfen um die Anerkennung ihrer Krankheit als Berufskrankheit. „Die warten nur noch darauf, daß mein Mann in die Kiste geht“, sagte die Frau eines kranken Arbeiters. Die BG bezweifelt nicht die Dioxinbelastung der Arbeiter, aber daß diese ursächlich für die Krankheiten sei, sei wissenschaftlich angeblich nicht erwiesen. Deshalb haben sich die Arbeiter entschlossen, vor der Öffentlichkeit Boehringer bzw. die BG anzuklagen, von ihren Krankheiten zu berichten und für die Forde-

nicht schlafen, sich nicht konzentrieren, ist depressiv. In seinem Blut wurde 150 mal so viel Beta-HCH gefunden wie beim Durchschnitt der Bevölkerung. Eine Kleinhirnschrumpfung wurde festgestellt.

Joachim Voss ist 39 Jahre alt. Er hat acht Jahre lang bei der Arbeit mit Salzsäure und Trichlorbenzol hantieren müssen. Er leidet an Kehlkopfkrebs.

Nach der Aktion trafen bei einigen ehemaligen Boehringer-Arbeitern die Untersuchungsberichte des Instituts für Arbeits- und Sozialmedizin der Universität Mainz ein. Im Rahmen des Sozialplans hatte Boehringer nach der Schließung der Moorfleeter Fabrik 130 von 500 ehemaligen Arbeitern untersuchen lassen. Die Untersuchungen fanden im Sommer 1985 statt, und jetzt mitgeteilte Ergebnisse lauten: „Zusam-

schrift. Tag und Nacht liefen die Maschinen, und oft mußten Arbeiter Überstunden oder gar Doppelschichten machen. Danach haben die Gutachter nicht gefragt. Bei Blutuntersuchungen wurde die Konzentration von Dioxinen und Furanen nicht gemessen. Krankhafte Befunde wurden nicht berücksichtigt. So wurde bei einem Arbeiter Koproporphyrin (aus dem Stoffwechsel des Blutfarbstoffes) im Urin stark erhöht gemessen, was u.a. bei toxischer Leberschädigung durch Hexachlorbenzol, polychlorierte Biphenyle, Vinylchlorid und TCDD vorkommt, Gifte, denen der Arbeiter zwölf Jahre ausgesetzt war – aber eben auch bei Alkoholschaden der Leber.

Im Sommer 1984 hat Boehringer sich geweigert, die Sicherheitsauflagen einzuhalten, und das Werk in Moorfleet geschlossen. Täglich gingen bis zu zehn kg Dioxin in die Luft. Die Bauern in der Umgebung durften ihr Gemüse nicht mehr verkaufen. Von den Belastungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Produktion war damals nicht die Rede, sie sollten ihre Arbeitsplätze behalten, hieß es. Inzwischen hat die Hamburger Gesundheitsbehörde eine Informationsstelle für Boehringer-Arbeiter einrichten müssen. Der Arbeitsmediziner Prof. Dr. Manz hat diese Aufgabe übernommen, um die Arbeiter dabei zu unterstützen, ihre Schadensersatzansprüche durchzusetzen. – (sul)



Vier Arbeiter klagen Boehringer und die BG Chemie an.

run „Sofortige Entschädigung für alle Dioxinopfer“ zu demonstrieren.

Harry Garbrecht ist 50 Jahre alt. Zwölf Jahre lang hat er in der Produktion des Unkrautvernichtungsmittels 2,4,5-T-Säure gearbeitet und war Dioxin ausgesetzt. Zuerst wurde er magenkrank. Dann wurde er nervenkrank, leidet unter Schlafstörungen und Depressionen. Dann wurde er hautkrank, bekam Chlorakne.

Uwe Albrecht ist 43 Jahre alt. Er hat 17 Jahre in der Produktion von Insektenvernichtungsmitteln gearbeitet. Er ist nervenkrank. In seinem Blut sind die hochkarätigen krebserzeugenden Substanzen Phenol, Benzol und Dioxin nachgewiesen.

Otto Harting ist 48 Jahre alt. Er hat zwölf Jahre in der Produktion des Pflanzenschutzmittels Lindan gearbeitet. Auch er ist nervenkrank. Er kann

menfassend haben wir bei ... keine Befunde feststellen können, die mit einer möglichen Dioxinexposition in Zusammenhang stehen. Wir haben deshalb von einer Berufskrankheitenmeldung Abstand genommen.“ Diese Gutachten sind alles andere als wissenschaftlich und wahrheitsgetreu, sollen aber hinreichen, Rentenansprüche abzuweisen.

Die Herren Gutachter sprechen z.B. davon, daß Herr X. „... möglicherweise der Einwirkung von Dioxinen und Furanen in unbekannten Konzentrationen ausgesetzt gewesen“ sei. Daß es sich um hochgiftige Substanzen gehandelt hat, war bekannt. Gasmasken standen zur Verfügung. Die Luft war nicht zum Aushalten. Gemessen wurde nicht, und der 8-Stunden-Tag wurde nicht eingehalten, obwohl bei Giftbelastung arbeitsmedizinische Vor-

Studiengebühren

Bisher größte Demonstration gegen Sparmaßnahmen

Hannover. Etwa 20000 Leute aus 29 niedersächsischen Hochschulen demonstrierten am 28.4.87 gegen die umfangreichen Sparmaßnahmen der niedersächsischen Landesregierung. Inhalt der geplanten Maßnahmen an den Hochschulen:

- Ab 1.10.87 Einführung von Studiengebühren ab dem vierten Semester über der BAFÖG-Förderungshöchstdauer in Höhe von 500 DM pro Semester. Im Zweitstudium von Anfang an. Im „Seniorenstudium“ Gebühren bisher unbekannter Höhe.

- eine 12%ige zusätzliche Sachmittelsperre

- eine 18monatige, eventuell unbefristete Wiederbesetzungssperre freierwerdender Planstellen (hinzukommen schon bestehende Wiederbesetzungssperren, an der Universität Hannover z.B. von drei Monaten, um Heizkosten zu erwirtschaften).

All dies ist Teil eines landesweiten Sparprogramms u.a. in Form eines generellen Einstellungsstopps ab 1.6.87 bis zunächst Ende '88. Ersonnen wurde es vom Finanzministerium und dem Kabinett zur Einarbeitung in den

Etat für das Jahr 1988; es soll insgesamt auf Dauer 220 Mio. DM bringen bzw. 6500 Stellen kosten. Das Kultusministerium soll 143 Mio. DM einsparen, das Wissenschaftsministerium 35 Mio. DM, das Sozialministerium 6 Mio. DM. Den einzelnen Ressorts wird der sportliche Anreiz geboten, daß die Stellensperre aufgehoben wird, sobald der jeweilige Betrag durch Stellenabgänge eingespart ist.

Der Widerstand gegen die Studiengebühren und die Sparmaßnahmen hat sich in Niedersachsen in enormer Breite und mit Wucht entwickelt. Seit dem 28.4. sind die Studierenden vieler Fachbereiche der Universität Hannover in Boykottmaßnahmen oder Totalstreik, um Zeit zu schaffen für öffentliche Protestaktionen. Für den 13.5. ist ein landesweiter Warnstreik und Aktionstag an den niedersächsischen Hochschulen beschlossen. Für die Woche vom 11.5.-15.5. bzw. 18.5.-22.5. haben mehrere Universitäten und Fachhochschulen Streiks beschlossen, wenn ihre Ultimaten nicht erfüllt werden. Ein genauer Überblick fehlt, u.a. auch weil die überregionalen Medien die Aktionen totschweigen. Keine Studiengebühren! ist die unumstößliche Mindestforderung der Proteste. Die Sparmaßnahmen würden vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Lehre zum Erliegen bringen, in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern müßten bis zu 90% der Studenten Studiengebühren zahlen. – (mak)

Betriebsratswahlen

Seit 1978 erstmals wieder Zugewinne für die IG Metall

Schweinfurt. Bei den Betriebsratswahlen in den drei Schweinfurter Metall-Konzernen Fichtel & Sachs, FAG Kugelfischer und SKF konnte die IG Metall erstmals seit 1978 wieder Zugewinne erzielen. Die zusammengefasste Sitzverteilung der drei Betriebe, in Klammern Ergebnisse von 1984: IG Metall 68 (63), CMV/KAB 19 (22), DAG 8 (10). Die IG Metall gewann auf Kosten von CMV und DAG, sowohl im Arbeiter- wie im Angestelltenbereich und zwar in allen drei Konzernen.

Seit der Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung 1956 nach der Niederlage der IG Metall im Bayerischen Metallstreik 1954 ist Schweinfurt ein Zentrum der von der CSU und den katholischen Bischöfen geförderten Spaltergewerkschaft CMV. Bei der letzten Wahl 1984 hatten die Erfolge des CMV und der DAG für die IGM bedrohliche Ausmaße angenommen. Im größten unterfränkischen Konzern FAG Kugelfischer lag die Sitzverteilung nur noch bei 18 Sitzen (IGM) zu 15 Sitzen (CMV, DAG). Im Gesetzes-

entwurf für den sog. Schutz der Minderheitsrechte in den Betrieben wurde dieses Ergebnis als Begründung für die listenproportionale Besetzung der Betriebsratsausschüsse hergenommen. Bei den jetzigen Wahlen konnte die IGM bei FAG zwei Sitze zurückholen, entsprechend hörbar ist das Aufatmen in der IGM.

Die Unterstützung der IGM-Warnstreiks während der Tarifrunde war zu gering, die Arbeit der Betriebsräte zu sehr von Vorstellungen der Betriebsgemeinschaft geprägt, als daß die IGM-Zugewinne einfach auf Konto Tarifpolitik oder Betriebsrätearbeit verbucht werden könnten. Eher wird in den Ergebnissen der Wunsch vieler Arbeiter und Angestellten nach Verbesserung der kollektiven Gegenwehr und des Schutzes gegen die Angriffe der Konzerne und der Regierung auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen deutlich – trotz fortschreitender Differenzierung innerhalb der Belegschaften. Offensichtlich ist dies nicht über eine Stärkung des CMV, der die Politik der Regierung und die „Partnerschaft“ mit den Kapitalisten propagiert, zu erreichen.

Bei Fichtel & Sachs gab es für den CMV die stärksten Stimmenverluste im Produktionsbereich im Werk Süd (Akkordarbeiter, Zeitlehner in unteren Lohngruppen, hoher Anteil ausländischer Arbeiter und junger Akkordarbeiter). Hier hat sich in den letzten Jahren auf Betriebsversammlungen und im Vertrauenskörper zunehmend die Kritik an Arbeitshetze und unmenschlichen Arbeitsbedingungen entwickelt. Das Verlangen nach einer stärkeren Vertretung dieser Interessen durch den Betriebsrat wurde über die Aufstellung der IG Metall-Liste und über das Wahlergebnis selbst deutlich zum Ausdruck gebracht. Angesichts der zunehmenden Konfrontation mit flexiblen Arbeitszeiten (Nachtarbeit, Zwangsurlaub, Versetzungen) und dem geplanten Rationalisierungsprogramm des Konzerns wird das dringlich. Die Übernahme von F&S durch den Mannesmann-Konzern läßt eine noch schärfere Gangart erwarten. – (cls)

Hausaufgabenbetreuung

Landesregierung strebt Beseitigung an

Karlsruhe. Die im „Bund baden-württembergischer Initiativgruppen in der Ausländerarbeit“ zusammengeschlossenen Gruppen, die Hausaufgabenbetreuung für ausländische Arbeiterkinder durchführen, haben gegen die Kürzung der Finanzmittel durch die Landesregierung protestiert. Schon einige Male in den letzten Jahren hat die Landesregierung versucht, diesen Haushaltsposten zu beseitigen. In den

neuen Richtlinien werden die Beträge nach einem verschlechterten Schlüssel berechnet. Die Mindestzahl der Ausländerkinder pro Gruppe wurde von fünf auf sieben heraufgesetzt und die Unterrichtseinheit von 45 Minuten auf eine Stunde erhöht. Um die Einschränkungen durchzusetzen, hatte die Landesregierung den Rechnungshof „zum Teil sehr schwerwiegende Feststellungen und Beanstandungen“, von denen bis heute keine einzige bewiesen ist, melden lassen. Z.B. sei die Zahl der zu betreuenden Kinder nicht korrekt angegeben worden.

Die Beschränkungen haben zur un-



vermeidlichen Folge, daß die Arbeitsbelastung des Betreuungspersonals, die schon lange an der Grenze liegt, weiter wächst bzw. der Arbeitsanfall nicht mehr zu bewältigen ist. Dann wäre die Reaktion in der Lage, den Nutzen der Einrichtung überhaupt in Frage zu stellen.

„Jeder, der in der praktischen Arbeit mit Kindern steht, weiß, daß ein erfolgreiches Arbeiten bei dieser Gruppengröße kaum mehr möglich ist“, wurde auf einer Veranstaltung in der Südstadt von einer der Initiativgruppen – insgesamt arbeiten 15 im Stadtgebiet und betreuen ca. 500 Kinder – berichtet. Rund 100 Kinder nehmen, teilweise regelmäßig, das Angebot wahr, überwiegend türkische Arbeiterkinder. In der Südstadt wohnen 23,4% aller ausländischen Arbeiter in Karlsruhe, Kinderbetreuungseinrichtungen sind nur in völlig unzureichender Anzahl vorhanden. Einige der Kinder bringen ihre kleineren Geschwister mit, weil die Eltern Schicht arbeiten und sonst keine Versorgung gewährleistet ist. Durch den Beschluß der Landesregierung werden die Möglichkeiten, den Arbeiterkindern praktisches und theoretisches Wissen zu vermitteln, weiter beschränkt. Zudem ist es gar nicht sicher, ob die Landesregierung ihren Plan, die Betreuung bis 1988 ganz einzustellen, nicht wieder aus der Schublade zieht. – (map)

Flüchtlinge

Boykott der Gemeinschaftsverpflegung – für Barauszahlung der Sozialhilfe!

Rendsburg. Seit dem 1. April boykottieren nahezu sämtliche Flüchtlinge im Kreis Rendsburg-Eckernförde (Sammellager) die Gemeinschaftsverpflegung. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus drei Flugblättern:

Offener Brief vom 3.3.1987

„Aufgrund des Runderlasses vom 20.6.86 des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums hat der Kreisausschuß Rendsburg-Eckernförde beschlossen, daß wir in Kürze Gemeinschaftsverpflegung bekommen sollen. Wir leben hier unter unwürdigen Bedingungen und können dies nicht länger hinnehmen. Wir möchten, wie jeder andere Mensch auch, selbst darüber entscheiden können, was wir und

Wir bitten Sie, uns innerhalb von 2 Wochen eine Antwort zukommen zu lassen.

Dieser Brief wurde von 138 Asylbewerbern aus den Lagern im Kreis unterschrieben.“

„Bislang war es ihnen durch die Barauszahlung der Sozialhilfe in bescheidenem Maße möglich gewesen, nach ihren Bedürfnissen Lebensmittel einzukaufen, zuzubereiten und entsprechend ihres Tagesablaufs die Mahlzeiten einzunehmen. Dieses einfache und selbstverständliche Recht ist ihnen jetzt abgesprochen worden. Für die Wiedereinsetzung dieses Rechts boykottieren die Flüchtlinge die Zwangsverpflegung.

Die Flüchtlinge demonstrierten auf der Kreistagssitzung und der Ratsver-

des o.g. gräflichen Erlasses will sie die eingegangenen Spenden den Flüchtlingen nicht in bar auszahlen, sondern etwas demonstrieren, was diese gar nicht wollen: Wie man sie mit Naturalien versorgen kann! Um den konsequenten Boykott der Gemeinschaftsverpflegung zu brechen, empfahl sie den Flüchtlingen, doch wenigstens die Getränke anzunehmen ...

Die AWO des Kreises Rendsburg-Eckernförde ruft zu Spenden für die Asylbewerber auf. Dies wird unterstützt von der Zentralen Beratungs- und Betreuungsstelle in Schleswig-Holstein e.V., dem Frauenhaus Rendsburg, der Pädagogischen Alternative (Pädal) e.V. und ... „Die Naturfreunde“

Der Geschäftsführer der AWO, gleichzeitig SPD-Ratsmitglied, Hermann Peters hat dem Arbeitskreis Ausländer/Inländer, Rendsburg, mündlich persönlich zugesichert, daß die eingehenden Spendengelder unbürokratisch auf die Sammellager und dort von den Asylbewerbern unter sich aufgeteilt werden sollen.“

Flugblatt zum 1. Mai:

„Eine Folge des Bargeldentzuges und der GMV und des beabsichtigten Ziels des Runderlasses des Sozialministeriums (CDU) ist nämlich auch die Zunahme der ‚freiwilligen‘ billigen Arbeit von Flüchtlingen, die dann mit 1,50 DM Stundenlohn jeden vereinbarten Tariflohn untergraben, ohne es zu wollen. Die Folgen sind Vernichtung von Stammarbeitsplätzen und Lohndrückerei. Das kann nicht im Interesse der deutschen Kollegen und Kolleginnen sein ...

Die Unternehmen und Kapitalistenverbände haben ein Interesse daran, daß solch billiges Menschenmaterial, das völlig den Marktbedingungen unterworfen ist, ihnen beliebig zur Verfügung steht ...

Wir treten gemeinsam für folgende Forderungen ein:

Keine Gemeinschaftsverpflegung – Barauszahlung! / Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer / Uneingeschränktes Asylrecht / Abschaffung der Zwangsarbeit / Keine Abschiebungen / Auflösung der Sammellager. Freizügigkeit / Rücknahme des Runderlasses vom 20.6.86 / Abschaffung der Sondergesetze.“

Die Flugblätter wurden unterstützt von: Arbeitskreis Ausländer/Inländer, Autonome, DKP, Die Grünen, Friedenswerkstatt, Reya Sores li Avrupa (Kurdisches Flüchtlingskomitee), Volksfront, VVN-BdA (alle Rendsburg) sowie einzelne von anderen Organisationen.

Der AK Ausländer/Inländer sammelte am 1. Mai in Rendsburg 294 DM zur Unterstützung des Boykotts der GMV. H.J. Vogel, SPD, sprach sich in der Mairede gegen die GMV aus, spendete dann kärgliche 5 DM. – (lus, sal)



Demonstration in der Kreistagssitzung am 30.3.87. CDU-Kreispräsident ließ abbrechen.

wann wir essen wollen. Außerdem würde uns die Gemeinschaftsverpflegung (GMV) große Probleme bereiten, da wir aus religiösen und kulturellen Gründen sowie unterschiedlichen Überzeugungen verschiedene Essensgewohnheiten haben. Besonders für unsere Kinder würde diese erzwungene Ernährungsweise eine unzumutbare Belastung bedeuten.

Desweiteren hat unsere Lagerunterbringung in verschiedenen Orten, Rassistiken zu Brandanschlägen und Überfällen auf uns ermuntert. Wir meinen, daß die GMV einen weiteren Unsicherheitsfaktor darstellt, der zu möglichen Anschlägen auf unser Leben führen könnte.

Aus den genannten Gründen möchten wir die Beibehaltung der Bargeldauszahlung, damit wir unser Essen weiterhin selbst zubereiten können.

sammlung gegen die Gemeinschaftsverpflegung und für die Wiedereinführung der Barauszahlung. Die CDU sah dadurch die Demokratie ins Wanken gebracht und verschanzte sich hinter der ‚Rechtmäßigkeit‘ der Sonderbehandlung von Asylbewerbern.

Die SPD trat lautstark als Fürsprecher der Asylbewerber auf und brachte einen Antrag in den Kreistag ein, der sich nicht einmal gegen den Erlaß der Sozialministerin aussprach und Sachleistungen forderte. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Stolz der Asylbewerber anstatt durch Gemeinschaftsverpflegung durch die Versorgung durch Naturalien gebrochen würde.

Die SPD-Kreistagsabgeordnete und Bürgermeisterin Wendel hat ganz in diesem Sinne eine Spendensammlung für die Asylbewerber in Schacht-Audorf initiiert. Als eifrige Verfechterin

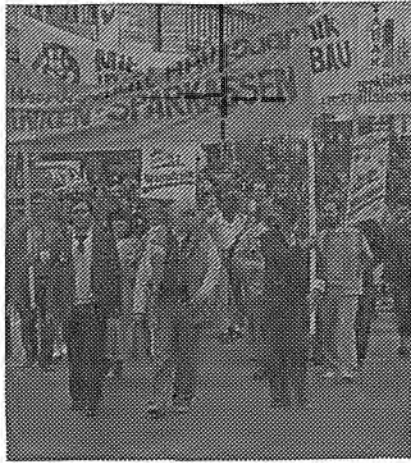
Tarifikampf Banken

Erste Streiks gegen Flexibilisierung

Frankfurt. Unbeeindruckt von den in den eigenen Rechenzentren in Eschborn, Düsseldorf und Hamburg laufenden Urabstimmungen erklärte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, am 7.5. vor dem Club Münchner Wirtschaftspressen: „Primäres Ziel aller tariflichen Überlegungen im Bankgewerbe sei eine größere Flexibilisierung der Schalteröffnungszeiten.“ (Handelsblatt, 8.5.) Dabei geht es nicht nur um die Filiale an der Ecke; die Banken planen in Konkurrenz mit den Versicherungskonzernen, den vermögenden Privatkunden den Geld- und Wertpapierberater zu jeder Tages- und Nachtzeit ins Haus zu schicken, verbunden mit der EDV über tragbare Terminals. Der bargeldlose Zahlungsverkehr soll dahin getrieben werden, daß in den Läden, Reisebüros, Hotels das Konto über Online-Verbund direkt belastet werden kann. „Das Management der großen Anlagefonds muß einen Service rund um die Uhr bieten: der Sonne folgend von London nach New York, weiter nach San Francisco über Tokio nach Singapur wieder zurück nach Europa“, forderte die FAZ schon am 26.1.85. Dies und alle Formen von Kundenselbstbedienung im Online-Betrieb sind nicht möglich ohne Contischichten in den Rechenzentren. So bedient seit letztem Herbst z.B. die nicht tarifgebundene ALLDATA in München sieben Tage in der Woche 150 Buchungsterminals in Luxusgeschäften und Hotels der Spitzenklasse.

Kein Wunder daher, daß der Tarifikampf im Bankgewerbe seine bisher schärfste Form in Rechenzentren gefunden hat, wo Betriebsräte und Gewerkschaft HBV im Kampf gegen die schon seit Jahren praktizierte Flexibilität aufgebaut wurden. Nach einem überraschenden dreistündigen Warnstreik im RZ der Dresdner Bank am 27.4., der ca. 1000 Terminals zum Erliegen brachte, streikte am 4.5. fast die Hälfte der gesamten Belegschaft der Börsendatenzentrale für einen ganzen Tag. Die Geschäftsleitung konnte den Betrieb aber mit Abteilungsleitern und hochbezahlten Selbständigen aufrecht erhalten. Um das Operating, das bis auf die Schichtleiter zu 100% streikte, auch längerfristig aufrechtzuerhalten, wurden drei Tage später drei Operator einer Unternehmensberatungsfirma via „Dienstleistungsvertrag“ angeheuert.

Angesichts solcher Möglichkeiten, Streiks in Rechenzentren zu unterlaufen, gab sich der Hauptgeschäftsführer des privaten Bankarbeitgeberverbandes auch nach dem 80%-Urabstimmungsergebnis im RZ der Deutschen Bank noch recht locker: Nur eine geringe



Saarbrücken: Warnstreik von 2000 Bank- und Sparkassenangestellten.

Zahl der 380000 Beschäftigten im Bankgewerbe habe abgestimmt und man müsse deshalb abwarten, welche Konsequenzen die Entscheidung der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Deutschen Bank habe. (FR, 9.5.)

Die Loyalität der „normalen“ Bankbeschäftigten zeigt zwar schon Risse; jedoch beteiligten sich in der BDZ nur eine kleine Minderheit der banktypischen Kundenbetreuer am Streik. Daß aber auch Beschäftigte außerhalb der EDV-Tagesproduktion für den Kampf um das freie Wochenende gewonnen werden können, zeigt die fast vollständige Beteiligung der Anwendungsprogrammierer am Streik der BDZ-Belegschaft. – (gst)

Stahlindustrie

Konkursvorteile für Klöckner und Maxhütte

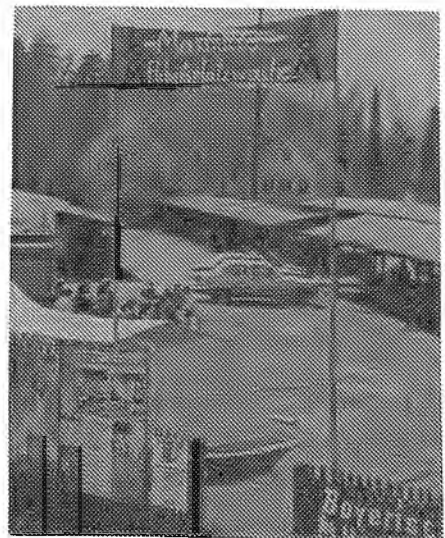
Regensburg. 1977 hat der Klöckner-Konzern die Maxhütte (MH) in der Oberpfalz für 270 Mio. DM gekauft. 1982 hat er nach Drohung mit Massenentlassungen für ein sogenanntes „Strukturprogramm“ 187 Mio. DM öffentlichen Geldern erhalten und mit Gesamtinvestitionen von 270 Mio. erreicht, daß in der Oberpfalz an verschiedenen Standorten elf Anlagen stillgelegt wurden und kein beschäftigter Arbeiter heute älter als 55 ist. Gegen die Massenentlassungen wurde gekämpft, SPD und IGM forderten Staatsbeteiligung, die bayerische Staatsregierung lehnte immer ab. Im September '86 schlossen die kreditgebenden Banken mit der verschuldeten MH ein Stillhalteabkommen unter der Voraussetzung, daß die MH „ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern“. Die bayerische Staatsregierung kaufte dann der MH Grundstücke für 52 Mio. DM ab, um die Liquidität zu steigern. Im Februar '87 gab Klöckner bekannt, die Erzgrube Leonie zu schließen und et-

wa 2000 Arbeiter in der Oberpfalz zu entlassen, gleichzeitig schlugen die Kapitalisten die Bildung einer „Stahlstiftung“ aus öffentlichen Geldern vor zur Zahlung von Betriebsrenten, Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Am 6.4.87 wurde das Kaltwalzwerk mit 800 Arbeitsplätzen in Haidhof stillgelegt. Am 9.4. wurden die ersten 104 Kündigungen für die MH in Sulzbach-Rosenberg ausgesprochen. Die Belegschaft der gesamten Tagschicht legte die Arbeit nieder und forderte die Rücknahme dieser Kündigungen – mit Erfolg. Am 13.4. hatten Läden, Banken und Stadtverwaltung in Sulzbach-Rosenberg aus Solidarität mit den MH-Beschäftigten geschlossen. Am 16. April reichte die MH, ein „normales bis hochmodernes Unternehmen“, den Konkursantrag ein.

Ein Konkurs hat für die MH und den Klöckner-Konzern Vorteile: Die Forderungen aus dem Sozialplan müssen nicht mehr beglichen werden. Das macht etwa 50 Mio. eingesparte DM aus, die an 1233 ehemalige Arbeiter im Alter zwischen 53 und 60 Jahren (50% davon sind Schwerbeschädigte!) hätten ausbezahlt werden müssen. Eine eventuelle Auffanggesellschaft muß diese „Soziallasten“ auch nicht übernehmen und hat den Vorteil, daß sie billig und ohne die Übernahme der Schulden der MH gekauft werden könnte (die Schulden verbleiben bei dem Schuldner, also der MH).

Klöckner ist jetzt als „nur noch Gläubiger“ und „nicht mehr Eigentümer“ aus der Schußlinie und erwartet für das Geschäftsjahr '87/88 wieder einen „operativen Gewinn“ (1986 betrug der Gewinn trotz „Stahlverlusten“ 45 Mio. DM). Der Vorstand des Konkursunternehmens MH wird „zur Rettung der MH“ vom Betriebsrat unterstützt und hält „in einem neuen Werk mit 1000 Beschäftigten weniger“ Gewinne für das nächste Jahr für möglich, wenn wieder ordentlich staatlich subventioniert wird. – (uth)



Mahnwache vor der Maxhütte

Auseinandersetzung um Nazi-Zentrum

5000 demonstrierten am 8. Mai gegen die Nationalistische Front

Bielefeld. Im November 1986 hat sich die faschistische Nationalistische Front (NF) in Bielefeld, nahe dem Stadtzentrum, ein Haus mit ca. 200 qm Grundstücksfläche gekauft. Finanziert wurde das Projekt durch Kredite bei der Deutschen Bank, großzügige Spenden von Altnazis und nicht zuletzt durch den Verfassungsschutz (s. Stern Nr.17/87). Auf dem Gelände haben sie eine Holzbaracke errichtet, die als Übungsraum und Übernachtungslager dient. Im Haus selber gibt es Versammlungsräume mit Video-Anlagen. An der Grundstücksgrenze ist Stacheldraht gespannt, Bretter mit Nägeln sind ausgelegt. Nach Versammlungen der NF in dem Haus haben die Faschisten Ausländer überfallen, Hakenkreuze an das DGB-Haus und andere Gebäude geschmiert. Bekannte Antifaschisten erhielten telefonisch Morddrohungen. In Gütersloh überfielen sie mit Tränengaseinsatz eine antifaschistische Konferenz der Jungsozialisten.

Am 26.2.87 beschloss der Rat der Stadt, aufgrund öffentlichen Drucks, einen Antrag, der von der Ratsfraktion der Grün-Bunten-Liste eingebracht wurde, daß Strafanzeige gegen die Bewohner des Zentrums gestellt wird und beim Innenministerium das Verbot der NF als NSDAP-Nachfolgeorganisation beantragt wird. Der dritte Teil des Antrags, in dem Sofortmaßnahmen der Stadtverwaltung beantragt wurden, wurde von der SPD nicht mitgetragen. (s. Politische Berichte 06/87). Von daher konnten die Faschisten, von der Polizei völlig in Ruhe gelassen, am Osterwochenende, aus Anlaß von Hitlers 98tem Geburtstag, ein Bundestreffen durchführen. Die Gemeinsamkeit von NF und FAP drückten sie in einem Transparent aus: „FAP und NF gemeinsam gegen Rotfront und Reaktion“. Bereits am Karfreitag fand eine Protestveranstaltung von 700 Leuten statt. Auf dem Ostermarsch wurde eine Resolution verabschiedet, die von einer Abordnung dem Polizeipräsidenten übergeben wurde.

Nachdem es keinen Verband, keine größere Gewerkschaftsversammlung in Bielefeld gab, die sich nicht in irgendeiner Form gegen das Faschistenzentrum ausgesprochen hatte (zuletzt die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV, die Anwendung des Artikels 139 GG verlangt und auf den Gewerkschaftstagsbeschuß von 1984 hinweist), sah sich die Reaktion genötigt Flagge zu zeigen. Das Problem sei, daß sich „rechte und linke Randgruppen gegenseitig hochschaukeln“, erklärte die CDU und lud als Vertreter der Rechtsstaatlichkeit Arbeitgeberver-

band, DGB, SPD, FDP und die Kirchen zu einer „Beratung über eine gemeinsame Strategie“ ein. Der CDU geht es um eine „Aktion für den sozialen Rechtsstaat“, in dem man gegen „Rechts- und Linksradikalismus zusammensteht“. Und deshalb schlug sie gleich vor, „das mit öffentlichen Mitteln geförderte Autonome Jugendzentrum stärker als bisher zu kontrollieren“. Die SPD hat verlangt, daß die Grünen eingeladen werden, was nicht gemacht wurde. Auf einer von der SPD beantragten Sitzung des Haupt-

Antrag ein: „Der Rat der Stadt Bielefeld hält ein gemeinschaftliches rechtsstaatliches Handeln aller Demokraten gegen diese Neonazis und alle Gegner des demokratischen Rechtsstaates für notwendig. Der Rat spricht sich grundsätzlich gegen Gewalt aus als Mittel der politischen Auseinandersetzung und bekennt sich zum ausschließlichen Gewaltmonopol des Staates“. Die Änderungsvorschläge der CDU wurden von der SPD voll angenommen. Beschlossen vom Hauptausschuß wurden lediglich baurechtliche Maßnahmen.



An Ostern versammelten sich ca. 100 Faschisten von NF und FAP aus Anlaß von Hitlers Geburtstag.

ausschusses am 30.4.87 legte die SPD einen Beschlusantrag vor: „Die Verwaltung wird beauftragt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Versammlungen und Treffen im Haus Bleichstr. 143 zu unterbinden. Hierzu sind alle baurechtlichen, ordnungsrechtlichen und feuerpolizeilichen Mittel und die Möglichkeiten des Jugendschutzes einzusetzen.“ Die grüne Ratsfraktion brachte einen Zusatzantrag ein: „Bis zum Zeitpunkt des Verbots von NF und FAP weist der Hauptausschuß das Ordnungsamt an, Versammlungen der NF und der FAP im Bielefelder Stadtgebiet nicht zu dulden. Dies gilt auch, wenn diese Versammlungen in privaten, der Partei selbst gehörenden oder von ihr gemieteten Räumlichkeiten stattfinden (vgl. §5 VersG bzw. §139 GG und die entsprechenden Kontrollratsbestimmungen)“. Die CDU erklärt auf der Hauptausschußsitzung, daß § 139 GG aufgrund der beendeten Entnazifizierungs-Maßnahmen keine Rechtsgültigkeit mehr habe. Sie brachten Änderungsvorschläge zum SPD-

Sämtliche Bielefelder Zeitungen, der WDR in der Regionalschau, bejubelten den „Zusammenhalt der Demokraten gegen Rechts- und Linksextremismus“. In Wirklichkeit ist dies ein Beschluß, der die Neo-Nazis nicht weiter stört, und der in seiner Konsequenz gegen die Antifaschisten gerichtet ist. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die Polizei von 20 Strafermittlungsverfahren, die aufgrund von Anzeigen eingeleitet werden mußten, inzwischen 15 Verfahren eingestellt hat. Erst kürzlich wurde aus dem Haus heraus eine Frau mit Stahlmüttern beschossen und verletzt.

In einer gemeinsamen Presseerklärung der Antifaschistischen Koordination und der grünen Ratsfraktion heißt es zum Hauptausschußbeschuß: „Der Beschluß des Hauptausschuß, sich im wesentlichen auf bauordnungsrechtliche Maßnahmen zu beschränken, reicht nicht aus, um die Funktionsfähigkeit des Nazizentrums wirklich zu beeinträchtigen. Die behauptete Unmöglichkeit, einen konsequenter Be-

schluß zur Schließung des Zentrums zu fassen, hat ihre Ursache nicht in fehlenden rechtlichen Möglichkeiten, sondern in der mangelnden Courage bzw. dem Willen, diese anzuwenden. Artikel 139 Grundgesetz bietet eine solche rechtliche Grundlage. Er bestimmt die weitere Gültigkeit der Kontrollratsbestimmungen, die das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung regeln... Der Hauptausschuß rechtfertigt nachträglich die bisherige polizeiliche Untätigkeit gegen das Nazizentrum, die gleichzeitig Duldung und Schutz der Faschistentreffen und versammlungen bedeutet. Auch die Belagerung des AJZ am 27.3. wird somit billigend in Kauf genommen.“ (Am 27.3 hat die Polizei ein antifaschistische Blockade des Zentrums angegriffen und anschließend das AJZ überfallen (s. Politische Berichte 8/87).

Die SPD-nahe Neue Westfälische Zeitung bringt seit der Hauptausschußsitzung solche Erklärungen nicht mehr. Am 6.5. verweigerte sie ihre Teilnahme an einer Pressekonferenz der Antifaschistischen Koordination. Dort wurde

ein Aufruf vorgestellt, der von 30 Verbänden und Organisationen, sowie über 100 Prominenten, Hochschullehrern, Gewerkschaftsfunktionären usw. unterzeichnet ist. In dem Aufruf heißt es u.a. „Wie lange soll noch die Existenz dieses Faschistenzentrums geduldet werden und die faschistische Bedrohung, die von dort ausgeht, verharmlost werden? Wir fordern von den Verantwortlichen der Stadt, konsequent gegen das Nazi-Zentrum vorzugehen und die Beschlüsse des Stadtrates einzulösen. Auflösung und Verbot der NF als Nachfolgeorganisation der NSDAP und Beschlagnahme ihres Vermögens!“ Die Unterdrückung von Erklärungen dieser Art hängt damit zusammen, daß der Arbeitgeberverband verlangt, es müsse endlich „wieder Ruhe in der Stadt herrschen“. Sie hoffen auf die integrierende Wirkung auch des DGB, der zusammen mit der Nachbarschaftsinitiative zu einer Demonstration am 8. Mai aufruft. Die Zusammenarbeit mit der Antifaschistischen Koordination lehnt er ab. (In der Koordination arbeiten regelmäßig

die VVN/BdA, SDAJ, der Kreisverband der Grünen, das Internationale Begegnungszentrum, die Bezirksschülervertretung, die Volksfront, der BWK, Autonome und Unorganisierte mit; wenn es wichtig wird, auch die MLPD und die DKP sowie die Jusos.) Die Begründung für die Isolierungsversuche gegen die Koordination ist, daß dort Organisationen mitarbeiten – namentlich genannt: die Volksfront –, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorliegen. Die Koordination veröffentlicht daraufhin einen eigenen Demonstrations- Aufruf und führte eine Demonstration von der Abschlußkundgebung des DGB, an der sich 5000 beteiligten, von der Innenstadt zu dem Faschistenzentrum durch. An dieser Demonstration beteiligten sich ca. 2500. Vor dem Faschistenzentrum wurde eine Kundgebung durchgeführt. Redebeiträge hielten die autonomen Antifaschisten, die Antifa-Koordination, eine SPD-Ratsfrau für die Nachbarschaftsinitiative gegen ein Nazi-Zentrum in der Bleichstraße und die VVN/BdA. – (ads, stb)

Aufbau und Programmatik der NF

Vorläufer der NF ist u.a. die „Nationale Front/Bund sozialrevolutionärer Nationalisten“, die 1983 in München gegründet wurde und sich 1984 in Nationalistische Front umbenannte. 1985 erfolgte in Steinhagen die Gründung der NF als Bundesorganisation mit Gruppen in Bielefeld, Hamburg, Westberlin, München und Augsburg. Sie arbeitet mit der FAP zusammen.

Das politische Vorbild der NF ist der Strasser-Flügel der NSDAP und dessen Schlägerorganisation SA, die von Röhm geführt wurde. Ganz nach deren Muster ist die NF organisiert. „In dem immer härter werdenden nationalistischen Befreiungskampf wäre es verantwortungslos, sich mit einer Kegelclubmentalität gegen unsere politischen Gegner behaupten und bestehen zu wollen. Nur der gutgeschulte politische Kämpfer hält auf Dauer die psychologischen Belastungen aus, der er durch Justiz- und Polizeidruck, Pressekampagnen und persönliche Angriffe ausgesetzt ist. Daher verlangen wir von unseren Mitkämpfern ein Höchstmaß an Selbstdisziplin und Mitverantwortung in der Befolgung von organisationsinternen Weisungen. Dem Druck, dem wir ausgesetzt sind – schließlich machen wir deutsche Politik in einem besetzten Land – wird nicht nur standgehalten, sondern wir befinden uns in der politischen und organisatorischen Initiative!“ Dementsprechend ist die Organisationsform: Es gibt keinerlei gewählte Funktionen, sondern alle „Führer“ werden „berufen“ und

unterstehen der „Obersten Führung“. Von den Kadern wird verlangt: „Wir nehmen nur auf, wer bereit ist, diszipliniert zu arbeiten, wer sich unterordnen kann“ und „Wer nur Sprüche klopft, keine Leistung zeigt, von dem trennen wir uns!“ Die erste Prüfung hat der angehende Kader dann bei der Beitragsfindung zu bestehen. Er hat seinen Lohnstreifen vorzulegen und muß 5% seines Bruttolohns blechen. Denn, so die NF: „Durch einen hohen Beitragssatz findet beim Interessenten eine erste Bewährungsprobe statt.“

Auf die NSDAP bezieht sich die NF in ihrem Programm, indem sie fordert: „Wir verlangen Ehrfurcht vor der eigenen opfervollen Geschichte,

Wiedergutmachung des Deutschland nach 1945 zugefügten Unrechts... Die Sieger begannen mit dem größten Raubbau in der Geschichte der Menschheit: Ein Volk wurde total unterworfen!“ Diese Geschichtsverfälschung ist gleichzeitig der Ansatz für den von der NF propagierten „Befreiungsnationalismus“. Oberstes Ziel der NF ist: „Ein besatzerfreies, wiedervereintes nationalistisches Deutschland!“ Was sie dabei alles zu „Deutschland“ rechnen, ist sehr weitgehend. Sieht man sich dazu die von der NF veröffentlichten Karten an, dann wollen sie „Deutschland“ mindestens in den Grenzen vor 1914, also einschließlich Österreich, Elsaß-Lothringen, Süddänemark, Teile der CSSR, der UdSSR, von Polen und die DDR.

Und wie stellt sich die NF die Schaffung eines solchen „Deutschen Reiches“ vor? Natürlich mit Krieg. Dazu stellt sie die Behauptung auf, die BRD sei ein neokoloniales Land, das von den USA und der UdSSR besetzt und beherrscht sei und deshalb sei ein „Befreiungskampf für Deutschland“ nötig: „Raumfremde imperialistische Mächte des Westens und des Ostens... verweigern Deutschland Selbstbestimmung... Wir fordern: Deutschland den Deutschen! und rufen diesen Schrei der Befreiung in die verfaulende, verlogene Welt unserer Besatzer und ihrer deutschen Kollaborateure!“ (Auszüge aus einer Rede der Volksfront Bielefeld, gehalten auf einer Veranstaltung der Antifa-Koordination am 27.4.87. Zitate aus dem Grundsatzprogramm der NF und ihrem Organ „Klartext“)



Befristete Verträge greifen um sich

Hamburg. Nach einer gemeinsamen Umfrage der Gewerkschaften HBV und IG Metall werden von 1985 auf 1986 in Metallbetrieben 81%, im Groß- und Einzelhandel 45% der Neueingestellten auf der Basis des Beschäftigungsförderungsgesetzes beschäftigt. Ein IGM-Sprecher erklärte dazu: „Wir nähern uns amerikanischen Arbeitsverhältnissen, wo es kein Kündigungsschutzgesetz gibt, sondern nach Belieben geheuert und gefeuert wird.“ Nach HBV-Schätzungen sind 8% aller Arbeiter/Angestellten befristet beschäftigt. – (mek)

Bayer: Erziehungsurlaub vereinbart

Köln. Gesamtbetriebsrat der Bayer AG und Geschäftsführung haben eine Vereinbarung über Erziehungsurlaub abgeschlossen. Danach haben künftig verheiratete und ledige Mütter und Väter die Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis vorübergehend zu lösen. Voraussetzung ist, daß deren Kinder bei Aufgabe der Beschäftigung das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Unter Einrechnung des gesetzlichen Mutterschutzes sowie des Erziehungsurlaubs kann die

Stuttgart. Nach Angaben des Ifo-Instituts laufen derzeit die Maschinen in der Industrie im Durchschnitt wöchentlich 61 Stunden. Spitzenreiter ist die Textilindustrie mit 81 Stunden, gefolgt von Holz/Pappe/Kunststoff mit 80 Stunden und der Metallindustrie mit 79 Stunden. In der Chemieindustrie, einer Branche mit häufigem Conti-Schichtbetrieb, beträgt die Maschinenlaufzeit dagegen 74 Wochenstunden. (Quelle: Ifo/AB, veröffentlicht in Presse- und Funk-Nachrichten der IGM v. 25.04.87) – (ros)

Arbeitspause bis zu drei Jahren betragen, bei mehreren Geburten bis zu sieben Jahren. Bayer garantiert keineswegs die Neueinstellung zu alten Bedingungen, sondern „einen der bisherigen Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz und ein Stundenvolumen, das mindestens der Hälfte der tariflichen Regelarbeitszeit bei der Wiedereinstellung entspricht.“ Lohnabhängige, die das Angebot in Anspruch nehmen, müssen sich verpflichten, ohne Bezahlung an „Weiterbildungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifikation“ in der Arbeitspause teilzunehmen. Der Vertrag gilt vom 1.4.87 bis Ende 1989. – (uld)



Urteil zur Teilzeitarbeit

Hamburg. Das Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg verweigerte einer teilzeitbeschäftigten Protokollführerin nach neunjähriger Beschäftigungszeit die anstehende Höhergruppierung. Zur Begründung berief es sich auf den BAT, wonach Teilzeit-Beschäftigte die doppelte Beschäftigungsdauer nachweisen müssen, um höhergruppiert werden zu können – hier erst nach 18 Jahren. Das Arbeitsgericht Hamburg verurteilte die Stadt zur Höhergruppierung und schränkte damit die rechtlose Stellung teilzeitbeschäftigter Frauen etwas ein. – (mek)

Bundesbahn will Pausen streichen

Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn will den Lokomotivführern, dem Zugpersonal und anderen Beschäftigten im Schichtdienst die bislang bezahlten betriebsbedingten Pausen von einer halben Stunde pro Tag nicht mehr vergüten und die Arbeitszeit um zweieinhalb Stunden pro Woche heraufsetzen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands will mit allen Mitteln dagegen vorgehen. Nicht nur sollen durch die Arbeitszeitverlängerung 1200 Eisenbahner wegrationalisiert werden. Die Arbeitsbedingungen werden auch noch gefährlicher durch den jetzt schon bestehenden Überhang an Überstunden. Zudem hält sich die Bundesbahn für die Verschlechterung ihrer Dienstleistung,

Lücken im Fahrplan und Ausdünnung der Verbindungen, an den Beschäftigten schadloos und bereitet die nächste Rationalisierungswelle vor. Bis 1990 will sie 35000 Stellen streichen. – (anl)

Rentner sollen mehr Beitrag bezahlen

Heidelberg. Die baden-württembergische Landesregierung will über einen Modellversuch kranke Rentner aus der stationären Krankenversorgung ausklammern und setzt jetzt nach mit Vorschlägen zur Strukturreform im Gesundheitswesen. Das Sozialministerium plädiert für die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner gemäß dem allgemeinen Beitragssatz. Die Rentenversicherungsträger müßten dabei entlastet werden. Der Beitragssatz soll jedoch nicht festgeschrieben werden, sondern je nach dem, wie die Rentner Kas senleistungen beanspruchen, flexibel handhabbar sein. – (irs)

Mechaniker-Handwerk 4,3%-Abschluß

Baden-Württemberg. Bei den Verhandlungen im Mechaniker-Handwerk wurde folgendes Ergebnis erzielt: Die Löhne, Gehälter und Auslösungen werden am 1.2.87 um 4,3% erhöht, ab 1.2.88 um 3,8%. Die Laufzeit geht bis 31.1.1989. Die Ausbildungsvergütungen werden von unten nach oben ab 1.2.87 um 20 DM, 25 DM 30 DM, 30 DM erhöht und ab 1.2.1988 um nochmal dieselben Beträge. Höchstens zulässige Überstunden zahl im Monat: 20.



Spanien: 7.5.1987. Zwölftausend Menschen kamen in der nordspanischen Stadt Reinosa zur Beerdigung des Arbeiters Gonzalo Ruiz Garcia (Bild). Die Polizeiformation Guardia civil hatte demonstrierende Arbeiter, die die Industriepolitik der Regierung kritisierten, mit Rauchbomben angegriffen und den Arbeiter tödlich verletzt. Die Bewohner der Stadt wehren sich gegen drohende Massenentlassungen in den drei staatlichen Stahl- und Metallfirmen des Ortes. Auf der Trauerkundgebung sprachen Vertreter der Gewerkschaften CCOO und der UGT. Der Generalsekretär der CCOO forderte die Entlassung des Innenministers, dem die Guardia Civil untersteht. – (gba)

Ausstellung gegen Isolationshaft

Nützliche Beiträge zum Kampf gegen Haftbedingungen

Freiburg Die Ausstellung „Machen Sie sofort die Schranktür zu!“ zur Lage der Isolationshäftlinge wurde vom 27. März bis 20. April in Freiburg gezeigt. Veranstaltende Gruppierungen waren: die Gruppe a & p (abhängig und parteilich), Freie Künstlergruppe Freiburg, Kommunales Kino, Knast-Komitee, Ermittlungsausschuß in Sachen Polizei, Medienwerkstatt, Arbeitskreis Alternative Kultur, Anti-WAA-Plenum, Bürogemeinschaft Weichert/Käser (Grüne Landtagsabgeordnete Baden-Württemberg, die sich insbesondere um Strafvollzugsbedingungen kümmern), Volksfront Freiburg.

Unterstützerorganisationen waren zudem: Kommunistischer Bund (KB), AZ im Exil, BWK, Revolutionäre Studenten, Kreisverband der Grünen. Erfreulich an der Zusammensetzung der Veranstaltergruppe war, daß etliche Gruppierungen, die sich mit Kunst- und Kulturarbeit beschäftigen, die Vorbereitung des Rahmenprogrammes und dessen Durchführung, getragen haben.

Im Vorwort zur Programmbroschüre schreiben die Veranstalter: „Isolationshaft ist Folter. Sie wird eingesetzt, um die persönliche, soziale und politische Identität der ihr ausgesetzten Gefangenen zu zerstören und sie dadurch zu vernichten... Die Kapazität neu- und umgebauter Gefängnisstrakte, die eine Isolationshaft ermöglichen, geht weit über die Zahl gegenwärtiger § 129a-Gefangener hinaus. Sie ist offensichtlich sowohl auf eine zu erwartende Ausdehnung der Zahl zu isolierender politischer Gefangener als auch auf eine zunehmende Anwendung von Isolation auf rebellische soziale Gefangene angelegt.“

Zum Rahmenprogramm selber definieren die Veranstaltergruppen ihr Anliegen folgendermaßen: „... Der Grundgedanke dabei war, nicht nur auf die Isolationshaft als Einzelfall abzuheben, sondern diese in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen: Die staatlichen Repressionsmaßnahmen drinnen und draußen gegen die Angehörigen bewaffneter Gruppen betreffen ebenfalls unbewaffnete oder legale Widerstandsformen wie auch den ‚Normalvollzug‘. Die juristische Aufrüstung mit ihren neugeschaffenen Straftatbeständen (zuletzt die Aufnahme der Sachbeschädigung von Strommasten in die Liste ‚terroristischer Straftatbestände‘), Verteidigungsbeschränkungen bei Prozessen und schärfere Strafvollzugsmaßnahmen (Isolationszellen im ‚Normalvollzug‘) ist auf breiter Ebene anwendbar...“

„... Die Notwendigkeit dieser Ausstellung ergab sich aus der Verdrängung der Isolationshaft im öffentlichen Bewußtsein und der Unterdrückung von Aufklärungsversuchen oder Forderungen, die damit zusammenhängen. Die Isolationshaft als Folter zu leugnen, ist nicht nur angesichts der deutschen (Strafvollzugs-)Geschichte fatal. Die Ausstellung stellt einen weiteren Versuch dar, gegen das offensive ‚Tot-Schweigen, das Abstreiten der Existenz von Isolationshaft sowie die Rechtfertigung durch Medien und Behörden eine öffentliche Auseinandersetzung zu bewirken und den Widerstand gegen die Haftbedingungen zu unterstützen...“

Insgesamt fanden 25 Diskussions-, Informations- und kulturelle Veranstaltungen statt.

Unter anderem wurden sechs Filme zu der Problematik Verfolgung, Gefängnisse, systematische Vernichtung von Gefangenen und Psychiatrisierung und die möglichen Formen des Widerstands innerhalb der Gefängnisse dagegen im Kommunalen Kino gezeigt sowie vier Videoveranstaltungen, vor allem mit Videoaufnahmen mit Stellungnahmen Betroffener; drei große Veranstaltungen mit je über 200 Teilnehmern in der Grether Fabrik – mit Angehörigen politischer Gefangener, mit Rechtsanwalt Bakker Shut (Amsterdam, Autor des Buches: „Stammheim – Die notwendige

Korrektur der herrschenden Meinung“) zu „Stammheim und seine Folgen“, sowie die Aufführung des Theaterstücks „Stammheim todsicher“ – sehr nützlich an dem Theaterstück waren integrierte Aufzeichnungen von den damaligen Vorgängen, des politischen Widerstands, Politikeraussagen etc.

Vier weitere Veranstaltungen fanden mit jeweils um die 100 Teilnehmern statt. Themen waren dort: Schweiz: Was ist dort los?, Erfahrungen im Normalvollzug, Repression und Widerstand in der BRD, sowie eine Veranstaltung mit Ralf Binswanger (Zürich) und dem Euskadi-Info Freiburg zur internationalen Aufstandsbekämpfung und dem Kampf der baskischen Bevölkerung.

Wichtige kleinere Diskussionsveranstaltungen in der Galerie, in der die Ausstellung gezeigt wurde, waren vor allem die Auseinandersetzung um die Funktion der Kunst in politischer Auseinandersetzung, sei es im Sinne der Herrschaftssicherung, als auch als Mittel zur Bekämpfung der Herrschaftsverhältnisse, sowie eine Veranstaltung mit Babylonien (Berlin) zur Geschichte der Knastgruppenbewegung in der BRD. Die Ausstellung selbst hat entscheidend zum Gelingen der Veranstaltungen beigetragen. Sie war nach Aussagen der Galeriebetreiber entschieden stärker besucht, als andere dort stattgefundene Ausstellungen.

Die „Badische Zeitung“ meinte in ihrer Berichterstattung vom 31.3. zu der Ausstellung: „... Eine Ausstellung im herkömmlichen Kunst-Sinne konnte das nicht werden. Ihr geht es vielmehr darum, Aufklärungsarbeit zu leisten. Dabei verzichten die Macher aber von vornherein auf den Versuch einer objektivierenden Darstellung.“ Gewünscht war wohl von der bürgerlichen Kunstkritik eine Einbeziehung der Argumente derer, die die Isolationshaft verhängen, und diese nicht als Folter bezeichnen. Die Ausstellung ist aber gerade deshalb objektivierend, weil sie den Kern der Haftbedingungen herauschält, die unterdrückte, ja teilweise verbotene Information mit künstlerischen Mitteln ans Tageslicht bringt.

Die Reihe bot ein breites Spektrum an Informations- und Diskussionsmöglichkeiten. Auf mehreren Veranstaltungen, sowie in der Veranstaltergruppe selbst wurden über die Notwendigkeit der Verbreitung der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen diskutiert. Insbesondere wurde herausgearbeitet, daß der Umgang mit politischen Gefangenen in der BRD, Vernichtung und weiße Folter in den Gefängnissen, Bestandteil der Sicherung der Ausbeuterordnung durch Kapitalisten und bürgerlichen Staat ist und es jeder politischen Opposition angeraten ist, gegen die bürgerliche Ideologie, wie „Terroristen = Schwerverbrecher = Untermenschen“ aufzutreten.

Der Kampf gegen die Behandlung politischer Gefangener muß als Teil und permanente Forderung in den Auseinandersetzungen aller oppositioneller und revolutionärer Politik behandelt werden. Das wurde v. a. deutlich in den Veranstaltungen mit Bakker Shut, Babylonien, der Veranstaltung von WAA-Plenum, Knast-Komitee und Volksfront zu Repression und Widerstand und insbesondere auch auf der Veranstaltung mit Ralf Binswanger und dem Euskadi-Info Freiburg zu „Aufstandsbekämpfung in Westeuropa“. Dort entwickelte sich eine nützliche Diskussion darüber, mit welchen Ansatzpunkten und Bündnismöglichkeiten revolutionäre Politik geführt werden müsse. Hierbei sollte R. Binswangers Aussage, „man solle sich doch wieder mehr auf den Marxismus-Leninismus beziehen“, als wichtige Grundlage der weiteren Auseinandersetzung betrachtet werden. Große Teile der Veranstaltergruppe haben ein Interesse daran, die begonnene Diskussion weiter zu führen, um dann zu Umsetzungen zu kommen. Als erster Schritt wurde auf der 1. Maidemonstration ein Transporent mitgeführt: „Es gibt politische Gefangene in der BRD – Keine Isolationshaft – Zusammenlegung“. Des weiteren ist die Untersuchung des Gefängnisbauprogramms Baden-Württemberg und die Vorbereitung von Aktivitäten zum zehnten Jahrestag des Todes der Gefangenen in Stammheim im Oktober '87 vorgeschlagen worden. – (bak)

Theater

„Voll auf der Rolle“ – ein Stück zur Ausländerfeindlichkeit



Der Neonazi Wollé sprüht Judenstern und türkischen Halbmond und verbindet beide durch ein Gleichheitszeichen.

Im Freiburger Kammertheater läuft derzeit „Voll auf der Rolle“ von Leonie Ossowski, entstanden in Zusammenarbeit mit dem Grips-Theater im Jahre 1984. Grundlage des Stücks bildet der Roman „Stern ohne Himmel“ von 1958, zu dem die Autorin äußerte: „Ich schrieb den ‚Stern ohne Himmel‘ nicht um anzuklagen, Buhmänner, Mörder und politische Verbrecher zu beschreiben, sondern um Erklärungen für das Verhalten einer Generation zu finden, die heute selber Kinder im Alter zwischen 14 und 18 Jahren hat.“

Von einer Schulklasse wird lustlos das Theaterstück „Stern ohne Himmel“ einstudiert, in dem während des Nationalsozialismus deutsche Jugendliche einen jüdischen Jungen verstecken, für die Schüler alles „Vergangenheitsscheiße“. Als sie auf die Idee kommen, die Besetzung im Stück zu ändern, sind plötzlich alle „Voll auf der Rolle“, der bereits in der Klasse schwelende Konflikt zwischen dem Neonazi Wollé und dem Türken Metin tritt offen zu Tage. Metin wird im Stück Jude, Wollé spielt den überzeugten HJler. Die Grenzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart verschwimmen.

Peters Interesse an Metin beschränkt sich aufs Geschäftemachen beim gemeinsamen Breakdance. Atze, der in einer alternativen

WG lebt, hat kaum mehr als ein paar markige Sprüche auf Lager „ein Flugblatt machen, Lummer unter Druck setzen“. Sigi schwankt opportunistisch zwischen Wollé und den anderen. Katja, fast schon Wollés Freundin, verliebt sich in Metin. Als klar wird, daß Metin innerhalb von drei Tagen in die Türkei zurück soll, weil seine Eltern die „Rückkehrprämie“ in Anspruch nehmen wollen, verstecken die vier Freunde Metin. Von Wollé gehetzt und verraten, sucht er bei der Polizei Schutz und bekommt die staatliche Antwort „sein Recht auf Heimat“, die Abschiebung. „Hier gibt's Gesetze. Mit Rechten hat das nichts zu tun. Das ist eben Kismet.“

In letzter Sekunde erklärt sich der Lehrer auf Drängen der Schüler bereit, für Metin zu bürgen, und somit eine Aufenthaltsgenehmigung für ihn zu bekommen, bis dieser den Schulabschluß erreicht hat.

Im Gegensatz zu den Schülern hat der Lehrer, noch nicht verbeamtet und unter dem Damoklesschwert einer schlechten Dienstbeurteilung, nichts anderes als die Vergangenheit im Kopf. Immer wieder drängt er darauf, daß die Schüler sich die Situation im Stück „klarmachen“, als er aber von ihnen gebeten wird, praktische Solidarität mit Metin zu zeigen, winkt er ab.

Das Stück endet mit der

Applausordnung, die alle vereint. Durch die falsche Gleichung Jude = Türke erscheint Ausländerfeindlichkeit nicht als Ergebnis staatlicher Politik und kapitalistischer Interessen, sondern als ein Problem „zwischenmenschlicher Beziehungen“; jedem seinen Türken,

dem er helfen soll. Der Staat gerät aus dem Blickfeld, bessere Menschen braucht das Land.

Quellenhinweis: L. Ossowski, Grips-Theater, Voll auf der Rolle, Ein Stück zur Ausländerfeindlichkeit, Text und Materialien, 1984, DM 16.- – (c. Bipok)

Fernseh-Diskussion

Stürmer setzte Regierungsgeschichtsschreibung durch

Thema der Talkshow „Drei vor Mitternacht“ im WDR war am 5. Mai: „Einmal muß Schluß sein. Die Deutschen und die Nazi-Vergangenheit“. Teilnehmer der zwei getrennten Diskussionsrunden waren einmal eine Oberstudiendirektorin, ein Schauspielschüler und ein Mitglied der „Deutschen Jugend für Europa“, zum anderen Prof. M. Stürmer, Kanzlerberater und Geschichtsprofessor, Frau B. Brandt, Geschichtswissenschaftlerin, SPD-Mitglied, M. Friedmann, jüdischer CDU-Stadtrat in Frankfurt, G. Teichmann, Archivarin, H. Liechtenstein, Berichterstatter über NS-Prozesse, Ch. Quadflieg, Schauspieler. Stürmer verteidigte die Äußerung Kohls über die „Gnade der späten Geburt“ mit der Behauptung, dies sei eine Mahnung an die Nachkriegsgeneration und kein Schlußstrich unter die Geschichte. Diese Unverschämtheit wurde von niemandem entkräftet, denn kein Teilnehmer mochte Stürmers Behauptung widersprechen, die Naziherrschaft

habe ihren Ursprung in der menschlichen Natur, im „Bösen“. Wenn aber die Menschennatur und nicht die herrschende Kapitalistenklasse Ursache des Faschismus war, ist die Geschichte eine Erbsünde, über die Menschen nicht zu richten haben. Frau Brandt brachte die „deutsche Teilung“ als Strafe für die Sünde ins Gespräch, so daß sie



Die imperialistische Armee: „Schule der Nation“?

sich mit Stürmer darin einigen konnte, daß nun bald der Sühne genug sei und deutsche Einheit und Nation wieder an der Tagesordnung. – (uld)

„Der Morgen danach“

Vor allem ein Rührstück gegen Alkoholismus

Der Alkoholismus der Reichen ist in den USA ein so verbreitetes Phänomen, daß z.B. die bundesdeutsche Presse über die Affären der Kennedys und anderer regelmäßig berichtet. Jane Fonda, sonst eher für kritische Filme bekannt, ist nun

die Hauptfigur in einem US-Kinofilm, dessen Handlung rund um Alkoholismus kreist – freilich um den Alkoholismus ärmerer Leute. Eine häufig alkoholisierte Schauspielerin wacht eines Morgens in einem ihr unbekannten Bett auf. Neben ihr

liegt ein Mann, der mit einem Messer erdolcht wurde und von dem der Zuschauer bald erfährt, daß er zu Lebzeiten durch die Verbreitung pornografischer Bilder reich geworden ist. Die Schauspielerin, die weder weiß, wie sie in das Bett kam, noch, ob sie vielleicht im Rausch den Mann erdolcht hat, flieht. Sie gerät an einen ehemaligen Polizisten, der mehr den Eindruck eines Vagabunden macht und sich in sie verliebt. Als Unbekannte die erdolchte Leiche in die Wohnung der Schauspielerin schaffen, also

offensichtlich stark daran interessiert sind, daß sie in Mordverdacht gerät, nimmt sich der Ex-Polizist der Sache an. Am Ende stellt sich heraus, daß eine reiche Tochter den Fotografen umgebracht hat, weil dieser pornografische Fotos von ihr besaß und sie damit erpreßte. Und die Moral von der Geschichte? Die Kritik an den Reichen geht am Ende unter. Was bleibt, ist das Fazit von Polizist und Schauspielerin, die im rührseligen Schluß beschließen, zu heiraten und – nie wieder zu trinken! – (rül)

Vietnam-Film „Platoon“

Von anständigen Soldaten in wüsten Gemetzeln

Regisseur und Drehbuchautor Oliver Stone hat 1967 und 1968 in Vietnam gekämpft. Diese Kriegserfahrung hat er im jüngsten US-Vietnamfilm „Platoon“ verarbeitet; vier „Oscars“ hat's gegeben, das Werk gilt als Antikriegsfilm. Geschildert werden die Erfahrungen eines College-Schülers, der sich 1967 freiwillig nach Vietnam gemeldet hat. Sein Zug (auf englisch: platoon) ist im Dschungel nahe der kambodschanischen Grenze im Nahkampf mit vietnamesischen Einheiten eingesetzt. Natürlich ist der Krieg hart, das erfährt auch der Grün-schnabel. Die gängigen Klischees des Soldatenlebens im Einsatz werden aufgewärmt: Kameradschaft und Angst, ein hilfloser Leutnant und ein väterlicher Hauptmann; überhaupt stellt der Zug eine Ansammlung verwegener gestylter Typen dar. Über den Kriegszweck handelt der Film gar nicht, seine Perspektive ist einzig die des Zuges, bis zum nächsten Hügel, zum nächsten Dorf, bedroht vom Feind. Die Botschaft liegt daher auch im „Menschlichen“. Der Kampf des Anständigen mit dem Bestialischen ist personifiziert in zwei Sergeanten des Zuges: der eine hart und fordernd zu Untergebenen, gegenüber der Zivilbevölkerung brutal und gnadenlos; der andere gerecht und für eine korrekte Kriegsführung,

dabei aber dennoch ungeheuer tapfer (er allein nietet locker 20 Vietcong im Dschungelkampf um). Die Bestie schreckt nicht einmal davor zurück, seinen Kontrahenten umzubringen, als dieser ihn wegen Erschießungen von Zivilpersonen anzeigen will. Am Ende, nach einer mörderischen Schlacht mit einem Sieg der Amerikaner wird die Bestie gerechterweise durch den College-Schüler zur Strecke gebracht. Auf dem Flug ins Lazarett erkennt er, daß sie gar nicht so sehr gegen den Feind als vielmehr gegen sich selbst gekämpft hätten. Das Ganze ist kein Antikriegsfilm, sondern eine Ehrenrettung des „anständigen Soldaten“, und das macht den Film für Kriegsplaner auch in der BRD besonders wertvoll. – (jok)



Erklärung zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Arbeitern noch mehr zumuten Uns reicht's schon jetzt!

Vor dem Übersee-Club hat CDU-Perschau am 25.03.1987 deutlich gemacht, daß das Programm eines CDU/FDP-Senats eine dramatische Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Werktätigen bedeuten würde. Hier nur einige Beispiele: Öffentliche Unternehmungen wie HHLA und HEW und Teile des öffentlichen Dienstes wie die Krankenhauswäschereien sollen an die Kapitalisten verschertelt und dadurch die „Privilegien“ der dort Beschäftigten (sprich: betriebliche Sozialleistungen, Lohnstandards usw.) beseitigt werden. Der gesamte öffentliche Dienst soll zum Vorreiter bei der Durchsetzung umfassender Flexibilisierungsmaßnahmen werden, was unweigerlich Auswirkungen großen Umfangs in der privaten Wirtschaft nach sich ziehen würde. 300000 Hamburgerinnen und Hamburger leben bereits heute unter der Armutsgrenze. Ihnen verspricht Perschau, die Sozialleistungen zu durchforsten, um sie zu kürzen. Das Zauberwort heißt „Subsidiarität“ oder übersetzt: Sollen doch die Kinder die Eltern oder umgekehrt bis ans Lebensende mit durchschleppen – sollen die doch sehen, wo sie bleiben! Den Kapitalisten verspricht er zudem, den Hamburger Haushalt in eine Privatschatulle für sie zu verwandeln, ihnen Grundstücke nur so hinterherzuschmeißen, einen Technologieberater „direkt beim Bürgermeister“ zu installieren – also munter an der Bürgerschaft vorbei zu regieren. Solch eine Politik ist der ideale Nährboden für erzkonservative und faschistische Gruppierungen, wie sie diesmal zu Hauf zur Bürgerschaft kandidieren.

Die FDP plakatiert in Hamburg groß „Wirtschaft braucht FDP“ und legt damit zugleich klar, wer sie nicht braucht: die Werktätigen. Sämtliche Spekulationen darauf, die FDP würde eine CDU bremsen, sind illusionär, bedenkt man, daß selbst Major a.D. Perschau die Hamburger FDP für „rechts von der CDU“ angesiedelt hält. Die FDP steht für die ebenso unwissenschaftlich-dummen wie rassistischen Begabungs- und Elitetheorien. Mit ihren Parolen wie „Zukunft durch Leistung“ und „Lieber Kies in der Tasche als Sand im Getriebe“ beweist sie nichts anderes, als daß sie für Geld bereit ist alles, aber auch alles zu tun. Dieser Verein von beinharten und skrupellosen Geldmenschen gehört unter die 5%-Hürde!

Die SPD sägt weiter an dem Ast,
auf dem sie sitzt

Hamburg mit seinen vielen Arbeitslosen und Armen, rechtlosen und geschundenen Ausländern, den vielen Arbeiterinnen und Arbeitern in unwürdigen Beschäftigungsverhältnissen wäre, so sollte man meinen, ein hinreichendes Feld für sozialdemokratische Reformpolitik. Tatsächlich aber hat der Senat unter v. Dohnanyis Führung den Hamburger Werktätigen das berüchtigte Standort-Konzept verordnet:

* Wird die SPD nicht müde, die Bonner Regierung wegen der Massenarbeitslosigkeit anzugreifen, so hat der von v. Dohnanyi vielgerühmte „zweite Arbeitsmarkt“ (befristete ABM-Maßnahmen) nicht einmal den vom Senat verfüigten Stellenabbau im öffentlichen Dienst ausgeglichen.

* Erklärt sich die SPD mit dem Kampf der Metaller und Drucker solidarisch, so hat die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in den letzten Jahren mit schöner Regelmäßigkeit wesentliche gewerkschaftliche Forderungen vom Verbot der Aussperrung bis hin zur Ausbildungsplatzabgabe und dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer abgeschmettert. Zudem machte sich der Senat mit der Genehmi-

gung von Sonntagsarbeit bei Beiersdorf und Valvo zum Vorreiter der Flexibilisierungsforderungen des Kapitals.

* Was von der scheinheiligen Kritik der Innenpolitik Zimmermanns zu halten ist, zeigen die andauernden Überfälle auf die Hafenstraße, der Polizeikessel vom Heiligengeistfeld, der Ausbau der Polizei bei sonstiger Reduzierung von Beschäftigten.

* Zu den Abermillionen von DM, die v. Dohnanyi den Kapitalisten zur Verfügung gestellt hat, fiel auch CDU-Perschau nur noch ein, daß die Standort-Politik „in vielen Teilen eine Kopie des CDU-Wahlprogramms“ sei.

Der SPD ist es mit dieser Politik gelungen, ihr Stimmpotential von einstmalen stabilen 550000 auf rd. 400000 abzuschnürten. Spätestens nach der Hessen-Wahl ist klar, daß sich die SPD nicht in einem Augenblicks-Tief befindet. Aber sie ist fest entschlossen, an der Standort-Politik festzuhalten und ihre ehemaligen Wähler weiter vor den Kopf zu stoßen. Dadurch, daß es die SPD in Wort und vor allem Tat an jeglicher Kritik an der Reaktion fehlen läßt, trägt sie nur zu deren „Weiter so!“ gegen die Werktätigen bei. Wer der Standort-SPD seine Stimme gibt, der hat, wenn überhaupt, nur eine Gewähr – Fortführung der arbeiterfeindlichen Senatspolitik.

Die Alternative zum „Unternehmen Hamburg“

Der längst überfällige Gegenkurs zur CDU/CSU/FDP-Politik aus Bonn und zur Hamburger Standort-Politik ist allein mit der „Macht des Stimmzettels“ nicht zu erreichen.

Viele, die tagtäglich ihren Beitrag in den verschiedenartigen Kämpfen der Arbeiterbewegung leisten, werden auch diesmal wieder ihre Stimme der GAL geben. Die GAL hat oftmals in der Bürgerschaft der politischen Opposition parlamentarische Unterstützung gegeben. Jedoch: auch die GAL-Hamburg ist eher grün als links. Arbeiterpartei ist sie nicht und will sie auch nicht sein. Ihr Tolerierungskatalog enthält zwar wichtige Forderungen, vom sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie bis zur Aufstockung der Sozialhilfe, aber die Kernpunkte der Standort-Politik werden von diesem Katalog nicht einmal berührt. So ist es auch mittlerweile führenden GAL-Mitgliedern möglich, für den Fall einer SPD-Tolerierung ihre prinzipielle Zustimmung zur Standort-Politik zu erklären, ohne mit der Beschlußlage ihrer Partei in Konflikt zu geraten.

Die vor allem von der DKP unterstützte „Friedensliste/-Liste für Frieden, Arbeiterrechte und Demokratie“ wendet sich gegen die Standort-Politik des Senats und gegen die Flexibilisierungsabsichten der Kapitalisten. Erstmals in Hamburg hat sich das DKP-Spektrum um eine gemeinsame Kandidatur mit Organisationen links von ihr bemüht. Das ist positiv und läßt uns hoffen, daß damit die über lange Jahre hinweg betriebene Ausgrenzungspolitik („These 41“ als Unvereinbarkeitsbeschuß seit 1971) gegenüber den Organisationen der revolutionären Sozialisten aufgegeben wird. In der Friedensfrage werden „eigenständige Machtinteressen“ des BRD-Imperialismus anerkannt, insgesamt jedoch ist der Ausgangspunkt, daß die Gefahren aus Atomwaffen den Klassengegensatz überlagern. Das Verwischen der Klassenfrage an einem wesentlichen Gegenstand bundesdeutscher Politik blieb nicht ohne Folgen auch für andere Programmpunkte.

Zu der Frage Wen wählen? oder Nichtwählen? will diese Erklärung Anhaltspunkte beigetragen haben. Wir wissen, daß nur aus der Arbeiterbewegung die Impulse für den Aufbau einer Front der Arbeiter und aller Werktätigen gegenüber den immer stärkeren Zumutungen der Kapitalisten und der politischen Reaktion kommen können. Alle, die sich auf Antikapitalismus und Arbeiterinteressen beziehen, sind aufgerufen, sektiererische Abgrenzungen zu überwinden und solidarisch am Aufbau dieser Front mitzuwirken.

Dazu wollen wir beitragen.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Freie Arbeiterunion/Rätekommunisten (FAU/R)

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP – ehemals GIM und KPD)

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VF)

Hamburg, den 30.04.1987

Dokumentiert

Die Genfer Erklärung der IPO zum Terrorismus

Folgende Erklärung wurde auf der Konferenz der International Progress Organisation (IPO), einer internationalen unabhängigen Organisation von Wissenschaftlern u.a. mit beratendem Status zum Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen der UNO und zur UNESCO vom 19.–21.03.1987 in Genf vom Präsidenten der IPO und maßgeblichen Teilnehmern ausgearbeitet. Der Originaltext ist englisch. Die folgende nicht offizielle Übersetzung stammt von Rechtsanwalt M. Schubert, Freiburg. Die Erklärung wurde aus Platzgründen gekürzt – (mis, ulb)

„Präambel: Die Völker der Welt sind engagiert in einer grundlegenden Serie von Kämpfen für eine gerechte und friedliche Welt, gegründet auf fundamentale Rechte, die heute anerkannt sind als geheiligt in einer ganzen Reihe von breit unterstützten internationalen Konventionen.

Diese Kämpfe sind einer Vielfalt von grausamen und brutalen Maßnahmen ausgesetzt durch die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kräfte, die mit den hauptsächlichlichen Strukturen von gegenwärtiger Herrschaft in der Welt verbunden sind, die Terrorismus in einer Weise verbreiten, die früheren internationalen Erfahrungen nicht bekannt war. Obgleich diese Kämpfe weltweit sind, gibt es doch bestimmte Kampfgebiete, denen besondere Aufmerksamkeit und sofortiges Handeln zur jetzigen Zeit gebührt. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang den zentralen Kampf gegen das Apartheidsystem in Südafrika, das kriminelle Regime und gegen die politischen Maßnahmen, die dieses System stützen, dass mit militärischen Interventionen in der ganzen Region auch jenseits der unmittelbaren Kampfplätze in Südafrika und Namibia Terrorismus verbreitet; wir erwähnen den fortwährenden Kampf des palästinensischen Volkes für seine Heimat angesichts militärischer und paramilitärischer politischer Operationen der Israeli und der Vereinigten Staaten in der gesamten Region des östlichen Mittelmeeres, welche für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Libanon besondere Härten und Leiden mitbringen; und wir erwähnen die Kämpfe in Mittelamerika gegen reaktionäre Kräfte innerhalb und außerhalb der Regierungskontrolle, die durch das spezielle Instrumentarium der CIA von den Vereinigten Staaten organisiert und koordiniert werden... Wir wollen klarstellen, daß Terrorismus in überwältigendem Umfang ein Ausdruck dieser Herrschaftsstrukturen ist und nur ganz hergeleitet auftritt in den aus berechtigtem Widerstand erwachsenden Kämpfen. Man muß begreifen, daß das kennzeichnende Merkmal des Terrorismus Furcht ist und daß diese Furcht durch die unterschiedslosen und entsetzlichen Formen von Gewalt erweckt wird, die sich überall gegen einfache Leute richtet. Die schlimmste Form des internationalen Terrorismus besteht in den Vorbereitungen auf den atomaren Krieg, insbesondere in seiner Ausbreitung auf das Weltall und in der fieberhaften Bereitstellung von Erstschlagswaffen. Terrorismus schließt die Möglichkeiten von durch die Staatsmacht ent-

fesselten Holocausts gegen die Völker der Welt ein.

Das Ausmaß des Terrorismus moderner Staatsmacht mit ihrer hochtechnisierten Bewaffnung übersteigt qualitativ in vieler Hinsicht die politische Gewalt durch Gruppen, die Unterdrückung beseitigen und Freiheit erzwingen wollen. Wir müssen uns auch klar darüber sein: Wir bevorzugen, wo immer möglich, gewaltfreien Widerstand und wir erkennen die langen Versuche der Befreiungsbewegungen in Südafrika und anderswo an, in ihrem Streben nach Gerechtigkeit Gewaltanwendung zu vermeiden. Wir verurteilen alle jene Taktiken und Methoden des Kampfes, die unschuldigen Zivilisten als solchen direkt Gewalt zufügen. Wir wollen keinerlei Art von Terrorismus, aber wir müssen darauf bestehen, daß Terrorismus aus der Nuklearstrategie, kriminellen Regimen, Verbrechen des Staates, hochtechnologisierten Angriffen auf Völker der Dritten Welt und aus der systematischen Verweigerung von Menschenrechten entsteht. Es ist eine grausame Ausdehnung der terroristischen Geißel, den Kampf gegen den Terrorismus mit dem Etikett „Terrorismus“ zu versehen. Wir unterstützen diese Kämpfe und rufen auf zur Befreiung der politischen Sprache entlang der Befreiung der Völker.

1. *Staatsterrorismus:* Terrorismus entsteht aus dem staatlichen System struktureller Gewalt und Herrschaft, das das Recht auf Selbstbestimmung der Völker verneint... Es erlegt seinen eigenen Bürgern ein ungeheuerliches und folgerichtiges Muster von Verstößen gegen Menschenrechte auf... oder es begeht militärische Aggressionshandlungen und offene oder verdeckte, gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit anderer Staaten gerichtete Einmischungen...

2. *Nationale Befreiungsbewegungen:* Wie wiederholt von der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgestellt, haben Völker, die gegen Kolonialherrschaft und fremde Besatzung und gegen rassistische Regimes kämpfen, in der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung das Recht, zur Erreichung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden im Rahmen des humanitären Völkerrechts. Solch rechtmäßiger Gebrauch von Gewalt darf nicht verwechselt werden mit Handlungen des internationalen Terrorismus. Daher wäre es von Rechts wegen nicht statthaft, Mitgliedern von nationalen Befreiungsbewegungen... zu behandeln, als ob sie gewöhnliche Kriminelle seien. Vielmehr sollten nationale Befreiungskämpfer als Kombattanten entsprechend den Gesetzen und Gebräuchen der Kriegsführung und dem humanitären Kriegsvölkerrecht behandelt werden... Deshalb sollte ein Freiheitskämpfer, wenn er von einem kriegführenden Staat gefangenengenommen wird, nicht als Krimineller, sondern als Kriegsgefangener behandelt werden. Er könnte für die Dauer des Konflikts interniert oder entlassen werden, wenn er zusagt, nicht an weiteren Feindseligkeiten teilzunehmen, oder im Rahmen eines Kriegsgefangenen austauschs ausgetauscht werden. Falls ein solcher nationaler Befreiungskämpfer in einem neutralen Land gefaßt wird, sollte er nicht an den kriegführenden Staat ausgeliefert werden.

Im Geist des Genfer Protokolls I würde ein nationaler Befreiungskämpfer, ebenso wie das für Soldaten einer regulären Armee gilt, bei Gefangennahme unmittelbar nach einem Angriff auf unschuldige Zivilisten gleichwohl als Kriegsgefangener behandelt, jedoch der Strafverfolgung durch die Kommission für Kriegsverbrechen vor einem unparteiischen internationalen Tribunal, vorzugsweise in einem neutralen Staat oder durch ein internationales Gericht unterworfen werden. Und in dem Maß, in dem die betreffenden kriegführenden Staaten sich aus politischen Propagandazwecken weigern, nationale Befreiungskämpfer wie

reguläre Soldaten zu behandeln, müssen diese Staaten in beträchtlichem Maße die unmittelbare Verantwortung für jede Art von Gewalt übernehmen, denen ihre Zivilbevölkerung durch nationale Befreiungskämpfer ausgesetzt ist.

Aber dennoch betonen wir, daß die überwältigende Mehrheit von Verletzungen der Gesetze und Gebräuche der Kriegsführung durch reguläre, irreguläre, paramilitärische und verdeckt operierende Kräfte der Staaten begangen wurden und werden, nicht von nationalen Befreiungskämpfern...

3. *Nicht internationale bewaffnete Konflikte:* In Situationen, in denen Gruppen oder Organisationen unterhalb der nationalen Ebene Gewalt gegen den Staatsapparat anwenden, andererseits aber keine nationalen Befreiungsbewegungen repräsentieren, bestätigen wir die Anwendbarkeit des allgemeinen Artikels 3 der vier Genfer Konventionen von 1949 und ihres Zusatzprotokolls II von 1977 auf diese... Konflikte...

4. *Die Rolle der internationalen Medien:* Auch die internationalen Medien spielen im internationalen Terrorismus eine unmittelbare Rolle, wenn sie unkritisch Desinformationen „offizieller Quellen“ verbreiten, die eine öffentliche Unterstützung für die Anwendung tödlicher Gewalt oder anderer Formen von ökonomischer und politischer Gewalt gegen andere Staaten schaffen... Insbesondere ignorieren und verharmlosen sie institutionalisierte Formen des Terrorismus, indem sie diesen Begriff für nationale Befreiungsbewegungen und ihre Unterstützer vorbehalten. In dieser Weise werden die Medien Agenten ideologischer Kontrolle, indem sie eine verdrehte Kategorisierung des Terrorismus vorantreiben.

5. *Schlußfolgerungen:* Die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen – werden sie in all ihren Verzweigungen angewandt – bilden ein wirksames Instrument für eine Umgestaltung der gegenwärtigen Politik von Macht und Hegemonie zwischen souveränen Staaten in eine solche gegenseitigen Respekts. Umgekehrt ist der wirkliche internationale Terrorismus darin begründet, daß die mächtigen Staaten den schwachen mit den Mitteln der ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Beherrschung ihren Willen aufzwingen. Wir erklären, daß der Schlüssel zur Beendigung aller Formen des Terrorismus in der Entwicklung neuer Beziehungen zwischen den Nationen und Völkern liegt, gegründet auf dem unverbrüchlichen Respekt für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und auf einem größeren Maß wirtschaftlicher, politischer und sozialer Gleichheit weltweit. – Genf, den 21.03.1987

Erstunterzeichner sind u.a.: Sean Macbride, Friedensnobelpreisträger, früherer Außenminister der Republik Irland; Ramsey Clark, früherer Justizminister der USA; Prof. Dr. Johan Galtung, Center of International Studies, Princeton University, USA; Prof. Dr. Richard Falk, ebenda; Prof. Dr. Francis Boyle, University of Illinois at Urbana-Champaign, Illinois; Prof. Dr. Robert Charvin, Dekan der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Nizza; Prof. Dr. Hans Koechler, Präsident der IPO; Prof. Dr. Charlotte Teuber, Fakultät der Politischen Wissenschaften der Universität Wien; Dr. Mohamed Sid-Ahmed, Kairo; General Nino Pasti, früherer stellvertr. NATO-Oberbefehlshaber, Präsident „Lotta per la Pace e il Disarmo“, Rom; H.E. Marshal F. da Costa Gomes, früherer Präsident von Portugal, Lissabon; Prof. Hans R. Klecatsy, früherer Justizminister von Österreich; Prof. Auguste-Raynald Werner, ständiger Vertreter der IPO bei den Vereinten Nationen in Genf; Dr. Themba Sono, Politikwissenschaftler, Südafrika/USA

Tarifabschluß Metall

Tarif ermöglicht Samstag ohne Zuschlag und Zehnstundentag Kapitalisten können handeln, IG Metall auf drei Jahre festgelegt

Wir haben im folgenden die wichtigsten Regelungen zu Samstagsarbeit, Betriebsnutzungszeiten, täglichen Höchstarbeitszeiten, Möglichkeiten der Differenzierung der Arbeitszeiten für einzelne Arbeiter oder Gruppen von Beschäftigten aus verschiedenen regionalen Tarifverträgen zusammengestellt, da ohne diese Kenntnisse eine Beurteilung des Abschlusses schwer möglich ist.

Nicht wenige hatten gehofft, daß ein Streik der IG Metall um die 35-Stunden-Woche die Flexibilisierungsabsichten der Kapitalisten dämpft, und ziemlich sicher hätte diese Möglichkeit ja auch bestanden. Die Chance ist jetzt nicht einfach in die betrieblichen Auseinandersetzungen verlegt,

wie man so manche Kritik aus den Belegschaften und in den Tarifkommissionen zu beschwichtigen versucht. Der Tarifvertrag gibt den Kapitalisten die Initiative, sie werden als „Herr im Hause“, die weitere Anpassung der Arbeitszeit an ihr Profitinteresse zu verlangen, während der IG Metall durch den Tarif die Hände gebunden sind.

Wir veröffentlichen weiter eine Erhebung über Löhne, wie sie in großen Konzernen für die schwere Arbeit üblich sind. Deutlich wird daraus, daß auch der Lohnabschluß, insbesondere der Verzicht auf jegliche „soziale Komponente“, den Abwehrkampf gegen die zunehmende Rücksichtslosigkeit des Kapitals nicht einfacher macht. – (alk, rok, ros)

Flexibilisierung „nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse“

Der Vorstand der IG Metall bezeichnet den Tarifabschluß als „großen Erfolg“. Die Zeitung „Metall“ vom 30.4.87 ergänzt, es sei „der IG Metall gelungen, die schmerzende Wunde des Leber-Kompromisses von 1984 weiter zuzunähen“. Alle diese Beurteilungen gehen auf wesentliche Bestimmungen der regional abgeschlossenen Tarifverträge nicht ein. Die Ergebnisse sind erheblich schlechter als der öffentliche Eindruck, der – auch von der IG Metall – über sie verbreitet wird.

Maschinenlaufzeit

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist im Grundsatz nicht geschwächt, sondern bestätigt und gestärkt worden. Der Leber-Tarif von 1984 fixierte die Flexibilisierung tariflich mit der Formulierung, die jetzt wieder in einer Reihe regionaler Manteltarife aufgenommen wurde, wie z.B. Niedersachsen, Westberlin, NRW, Bayern:

„Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert.“

Damit wurde und wird die Maschinenlaufzeit von der individuellen Arbeitszeit getrennt. Diese Bestimmung war in den Betrieben häufig umkämpft. Die Kapitalisten interpretierten sie ungeniert als Ermächtigung für längere Maschinenlaufzeiten. Die Betriebsräte stellten sich auf den Standpunkt, daß „nicht verminderte Auslastung“ nicht „verlängerte Auslastung“ heißt. Aber auch hier haben die Metallkapitalisten einen großen Schritt in ihre Richtung getan. Im Tarif Nordwürttemberg/Nordbaden heißt es jetzt nämlich:

„7.6 Soll aus betrieblichen Gründen die bisherige Auslastung der betrieblichen Anlagen beibehalten oder optimiert werden, so ist auf Wunsch des Unternehmens die Arbeitszeit im Rahmen der gesetzlichen und

tariflichen Bestimmungen entsprechend zu verteilen.“

Eine Unternehmensleitung kann mit dieser Regelung die Zustimmung eines Betriebsrats zu längerer Maschinenlaufzeit erzwingen. Jede betriebliche Einigungsstelle und jedes Arbeitsgericht würde ihr recht geben.

Tägliche Höchstarbeitszeit

Dazu legt der Tarif z.B. in NRW fest:

„§2.3 Wenn keine andere Regelung getroffen wird, beträgt die regelmäßige tägliche Arbeitszeit bis zu acht Stunden.“

In Nordwürttemberg/Nordbaden heißt es:

„Wenn keine andere Regelung getroffen wird, beträgt für Vollzeitbeschäftigte die regelmäßige tägliche Arbeitszeit 1/5 der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Ar-

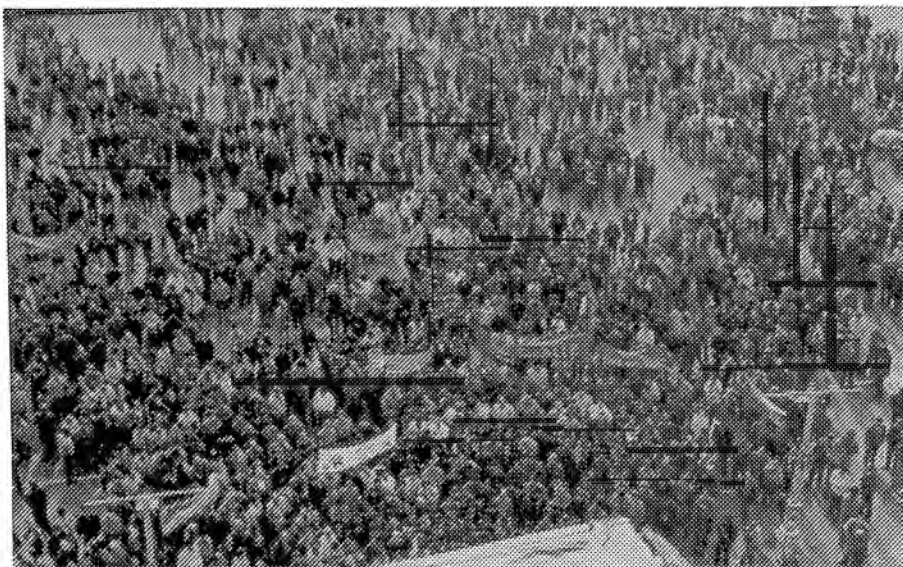
beitszeit.“

Eine „andere Regelung“ ist also – wie in der Regel auch bisher schon – möglich. Eine Maximalgrenze der täglichen Arbeitszeit regeln die Tarifverträge nicht. In diesem Fall gilt also die gesetzliche Höchstarbeitszeit, die an bis zu dreißig Tagen im Jahr und in einer Reihe zusätzlicher Fälle zehn Stunden betragen kann.

Auch hier sind Regelungen dazugekommen, die eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit eher erleichtern. So heißt es in Nordwürttemberg/Nordbaden zur Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die Werktage:

„7.5 Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann gleichmäßig oder ungleichmäßig auf Werktage von Montag bis Freitag verteilt werden.“

Im Tarif von 1984 war noch von „fünf Werktagen“ die Rede. Die Streichung der Zahl erleichtert die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf weniger, dafür aber längere Arbeitstage. Der



Die Belegschaft von Daimler-Benz Sindelfingen im Warnstreik. Besonders in den Konzernen werden die Kapitalisten lange verfolgte Flexi-Pläne mit Langschichten, Nacht- und Samstagsarbeit jetzt in neue Betriebsversammlungen gießen wollen.

bayerische Tarif verfährt ähnlich, indem von der Festlegung „Verteilung auf fünf Werktage“ betrieblich abgewichen werden kann. Offenkundig ist die tägliche Höchst Arbeitszeit so gestaltet, daß Konzerne wie Daimler-Benz und BMW die seit langem geforderten Langschichten von neun oder zehn Stunden realisieren können.

Differenzierte Arbeitszeiten

Die wöchentliche Arbeitszeit darf weiter zwischen verschiedenen Belegschaftsteilen differenziert sein. Zwar wurde die Spanne der Differenzierung von bisher drei auf zweieinhalb Stunden verkürzt. Die Kapitalisten haben aber eine „Bestandsgarantie“, nach der bisherige überdurchschnittliche Arbeitszeiten (bis zu 40 Stunden) weiter aufrechterhalten werden dürfen. Am Beispiel NRW:

„Für Arbeitnehmer, die am 22.4.1987 eine individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 38,5 Stunden hatten, kann diese individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für die Dauer der Laufzeit der neuen tariflichen Arbeitszeitregelungen beibehalten werden.“

Wochen-Höchst Arbeitszeit

Die wöchentliche Höchst Arbeitszeit ist tariflich schwach bzw. schlecht geregelt. Ausdrücklich sind schwankende Wochenarbeitszeiten in einem 6-Monatszeitraum zulässig, z.B. in NRW:

„Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann auch ungleichmäßig auf mehrere Wochen verteilt werden. Sie muß jedoch im Durchschnitt von längstens sechs Monaten erreicht werden.“

Eine ausdrückliche wöchentliche Höchst Arbeitszeit regeln die Tarife nicht oder geben zumindest Öffnungen frei. So regelt der Westberliner Tarif die 40-Stunden-Woche ausdrücklich nur als monatlichen Durchschnitt:

„(Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit) kann auch ungleichmäßig auf mehrere Wochen verteilt werden, darf jedoch im Durchschnitt von vier Wochen 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten.“

In Baden-Württemberg z.B. ist keine ausdrückliche Beschränkung formuliert. Hier bezieht sich die IGM-Betriebsleitung zur Begründung einer Regelarbeitswoche von maximal 40 Stunden auf einen Schiedsspruch von 1974 zum Manteltarifvertrag, in dem es heißt, daß Mehrarbeitsstunden dann mit Überstundenzuschlägen zu bezahlen sind, „wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden überschritten wird“. Man muß damit rechnen, daß die Kapitalisten diesen Standpunkt angreifen werden und eher eine 50-Stunden-Woche (zehnständiger Arbeitstag an fünf Werktagen) verlangen werden.

Gesamtmetall: Vorhaben erleichtert

Ende 1986 verlangte Gesamtmetall in einer Broschüre über flexible Arbeitszeitmodelle: „Bisher herrschten in den Diskussionen die Begriffe *Arbeitszeit* und *Freizeit* vor. Sie sind eng mit den Interessen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften verbunden. Demgegenüber sind bisher diejenigen Begriffe wenig verbreitet, die das Interesse an der Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmensvorgänge angemessen zum Ausdruck bringen. Gemeint sind die *Betriebszeit* und die (Vermeidung von) *Leerzeit* oder *Stillstandszeit*. Eine der wichtigsten Aufgaben des betrieblichen Zeitmanagement ist die weniger starre Kopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit.“ In diesem Sinn werden

die Metallkapitalisten die neuen Tarife ideologisch und betrieblich-praktisch ausschachten.

Nicht erschwert, zum Teil direkt erleichtert, sind eine Reihe erklärter Vorhaben bzw. Modelle flexibler Arbeitszeiten: Differenzierte Arbeitszeiten für eine optimale Gestaltung der Betriebsnutzungszeiten; Teilzeit, variabel in Umfang und Lage, zur Anpassung an Produktionsspitzen und Ausschaltung von Leerzeiten; Teilzeitregelungen bezogen auf den Arbeitstag, die Woche, den Monat, das Jahr; Teilzeit in Verbindung mit Schichtarbeit bis hin zu 4×6-Stundenschichten; Gleitzeit für längere Betriebszeiten; kurz-, mittel- und langfristig schwankende Arbeitszeiten je nach Produktionsanfall; Ausdehnung der Betriebszeit in die Nacht und in das Wochenende.

		Woche 1							Woche 2							Woche 3							Woche 4						
		Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
Mitarbeiter oder Gruppe	A	FS	FS	FS	FS	FS	FS	SS	SS	SS	SS	SS	SS	SS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS
Mitarbeiter oder Gruppe	B	SS	SS	SS	SS	SS	SS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	
Mitarbeiter oder Gruppe	C	NS	NS	NS	NS	NS	NS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	FS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	
Mitarbeiter oder Gruppe	D	FS	FS	FS	FS	FS	FS	SS	SS	SS	SS	SS	SS	SS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	NS	

Anmerkung: FS = Frühschicht, SS = Spätschicht, NS = Nachtschicht

Ein Gesamtmetall-Schichtmodell von vielen: Mit dem skizzierten Dreischichtbetrieb könne sowohl dauerhaft vollkontinuierlich gefahren als auch die Betriebszeit vorübergehend ausgeweitet werden. Das Modell biete durch Einbeziehung des Samstags und Pausendurchlauf der Maschinen bei einer zusätzlichen Einstellung eine Betriebszeit von 144 Stunden pro Woche, nämlich sechs mal 24 Stunden. Ohne Flexibilisierung komme man nur auf 115,5 Stunden, nämlich drei mal 38,5 Stunden bei heutiger Länge der Wochenarbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt bei diesem Modell 8,15 Stunden, der wöchentliche Schnitt von 37,1 Stunden wird nur im Zeitraum von vier Wochen erreicht. Die Schinderei mit Schicht- und Nachtarbeit, mit Samstagsarbeit im Rahmen einer Sechs-Tage-Woche, mit verlängertem Arbeitstag soll mit „attraktiven Freizeitblöcken“ hingenommen werden: Jede vierte Woche wäre frei.

Dabei kommt ihnen entgegen, daß z.B. der NRW-Tarif eine Öffnung für eine 6-Tage-Woche vorsieht:

„Dabei soll der einzelne Arbeitnehmer in der Regel an nicht mehr als 5 Werktagen in der Woche beschäftigt werden.“

Betriebliche Abweichungen sind also auch hier möglich.

Sowohl bei der Länge des Arbeitstags wie bei der Länge der Arbeitswoche zeichnet sich ab, wie die Kapitalisten den 6-Monats-Ausgleichszeitraum für eine deutliche saisonale Gestaltung der Arbeitszeit nutzen wollen.

Samstag

In Nordwürttemberg/Nordbaden galt bisher der Schutz des Samstags als vergleichsweise stark. Dort heißt es jetzt im Anschluß an die Bestimmung über

die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von Montag bis Freitag:

„7.5.1 Für einzelne Beschäftigte oder Beschäftigtengruppen, die mit der Überwachung der Werksanlagen oder mit der Instandsetzung oder Wartung von Betriebsmitteln beschäftigt sind, kann die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu fünf Werktagen, unter Einbezug des Samstags, mit dem Betriebsrat vereinbart werden.“

7.5.2 Soll der Samstag im übrigen für einzelne Beschäftigte oder für bestimmte Beschäftigtengruppen in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit einbezogen werden, so bedarf dies der Zustimmung des Betriebsrats, die nicht durch den Spruch der Einigungsstelle ersetzt

werden kann. Die abgeschlossene Betriebsvereinbarung ist den Tarifparteien zur Kenntnis zu geben.“

Bei „grundsätzlicher“ Verteilung der Regelarbeitszeit auf Montag bis Freitag ist also die betriebliche Öffnung für den Samstag möglich. Bisher waren die Regelungen nach Tarifgebiet verschieden. In einigen Tarifgebieten war der Samstag mit unterschiedlichen Formulierungen und unterschiedlicher Reichweite geschützt, in den meisten aber nicht. Praktisch hatten die Kapitalisten den Samstag aber in keinem Tarifgebiet als Regelarbeitstag, also z.B. ohne Mehrarbeitszuschlag, durchsetzen können. Jetzt steht zwar – nach einem unvollständigen Überblick über die Tarifgebiete – allgemein die Beschränkung „Montag bis Freitag“ in den Tarifen, aber ebenso allgemein die Möglichkeit, betrieblich den Samstag zum Regelarbeitstag zu machen. Keineswegs allgemein ist das Vetorecht des Betriebsrats gegen die Einführung von Samstagsarbeit festgelegt. In Niedersachsen können die Kapitalisten gegen einen widerspenstigen Betriebsrat die tarifliche Schlichtungsstelle anrufen. In Westberlin kann der Betriebsrat durch den Spruch der betrieblichen Einigungsstelle übergangen werden, wobei die Tarifvertragsparteien, also auch die IG Metall, vor der Anwendung zustimmen müssen. In anderen Tarifgebieten wie NRW oder Bayern kann der Widerspruch eines Betriebsrats ohne weitere tarifliche Möglichkeit der Gegenwehr durch den Spruch der Einigungsstelle ersetzt werden.

Der Ausdehnung von Schichtarbeit, auch in der Nacht, wirken die neuen Tarife allesamt nicht entgegen.

Urlaub

Offenkundig noch nicht geregelt sind Fragen, die mit dem Urlaub zusammenhängen. In einer Protokollnotiz in Bayern wurde vereinbart, daß noch verhandelt werden soll:

„3. über die Berechnung der Urlaubsdauer und des Urlaubsentgelts bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit, sowie bei Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung durch Vereinbarung freier Tage.“

Hier muß man mit Versuchen der Kapitalisten rechnen, am Urlaub zeit- und lohnmäßig etwas wegzuschneiden.

Zusammenfassend: Die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses durch Flexibilisierung ist mit den neuen Tarifen nicht zurückgedrängt oder aufgehalten worden. Sie kann noch verstärkt werden. Regelungsmöglichkeiten „nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse“ durchziehen die Tarife von vorne bis hinten. Die Kapitalisten werden diese Möglichkeiten mit neuen Betriebsvereinbarungen zum 1.4.1988, der nächsten Stufe von Arbeitszeitverkürzung, realisieren wollen. Den Widerstand in den Betrieben dagegen gilt es zu unterstützen und zu fördern.

Wer weniger als 3000 Mark verdient, kann mit Reallohnverlust rechnen

Der Bad Homburger Tarifkompromiß legt für drei Jahre die tariflichen Einkommenserhöhungen bei Metall fest. Die Kritik an diesem Teil des Kompromisses ist breit, hat aber überwiegend die beschlossenen Einkommenstarife nur der wahrscheinlichen Preissteigerungsrate gegenübergestellt und nicht die Auswirkungen der Steuerreformen der Jahre 1988 und 1990 berücksichtigt. Wir haben die wirklichen steuerpflichtigen Jahresbruttoverdienste von 58 Arbeiterinnen und Arbeitern des Jahres 1986 aus einem engeren Bereich eines Stuttgarter Metallkonzerns genommen mit all den Besonderheiten wie unterschiedliche Kinderzahl, Steuerklasse, Lohngruppe, ob in Schicht oder Akkord und haben die wahrscheinlichen Auswirkungen der beschlossenen Lohnerhöhungen und der beabsichtigten Steuerreformen 1988 und 1990 für diese Fälle berechnet. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß sich die Lebensumstände für diesen Personenkreis in den nächsten drei Jahren nicht ändern und daß mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 2,5% zu rechnen ist.

Aus den Berechnungen ergibt sich: Bei allen Niedrigsteinkommen ergeben sich Reallohnverluste bis zum Jahre 1990, unabhängig von den persönlichen Lebensumständen. Ab 3000 DM brutto jedoch beginnt die Steuerreform 1990 die Reallohnverluste auszugleichen, die durch die Tarifierhöhungen nicht abgefangen wurden.

Ein Beispiel: Eine Arbeiterin (verh.) mit einem Monatslohn von 3012 DM brutto hatte mit zwei Kindern und der Steuerklasse vier einen Nettolohn von 2036 DM. Sie arbeitet im 2-Schichtbetrieb als Kontrollarbeiterin im Akkord in Lohngruppe 4. Mit der diesjährigen Lohnerhöhung hat sie 55,80 DM mehr, 1988 mit der Steuerreform 17,30 DM, 1988 mit der Tariflohnerhöhung von 2% eine Nettoerhöhung von 32,30 DM, 1989 mit der Tariflohnerhöhung von 2,5% 40,60 DM und schließlich mit der Steuerreform 1990 eine wahrscheinliche Nettolohnsteigerung von 83,80 DM. Diese Beträge sind bei dem Bruttolohn von 3012 DM in den Tabelle unter „Nettolohnänd. tarifl., steuerl.“ zu finden.

Reichen diese Nettolohnsteigerungen aus, um die angenommene jährliche Preissteigerung von 2,5% auszugleichen? Aus den folgenden Spalten „Reallohnänderung ...“ geht hervor, daß bis zur Tariflohnerhöhung 1989 der Reallohn (um Preissteigerung geminderter Nettolohn) dieser Arbeiterin um 15 DM gegenüber 1987 sinken wird. Erst mit der Steuerreform 1990 steigt er um 12,20 DM.

Ein anderes Beispiel: Der Einsteller mit einem Monatslohn von 4394 DM brutto und einem Nettolohn von 2654 DM netto in Steuerklasse vier mit zwei Kindern (letzte Zeile der Tabelle) erzielt wahrscheinlich folgende Nettolohnerhöhungen: 1987 mit der tariflichen Erhöhung 64,30 DM, 1988 mit der Steuerreform 63,30 DM, 1988 mit der 2%-Tarifierhöhung 38,90 DM, 1989 mit der 2,5%-Tarifierhöhung 48 DM und 1990 mit der Steuerreform 219 DM. Seine Reallohnbilanz von 1987 bis 1990 ergibt ein Mehr von 149,70 DM. Aber warum: Er zahlt 1990 verglichen mit 1987 allein 197,10 DM weniger Steuern. Von der Steuerpolitik der Reaktion kann er also finanziell mehr erwarten als von der Tarifpolitik der IG Metall.

Wer von der Steuerreform *nichts* zu erwarten hat, das sind außer den Niedrigsteinkommen die Arbeiter in Steuerklasse drei (die Frau zu Hause ist erst bei höheren Einkommen erwünscht). Zum Beispiel hat in der nebenstehenden Tabelle der Arbeiter mit einem Monatslohn von 3873 DM brutto nach drei Jahren Tariflohnerhöhung und Steuerreform eine wahrscheinliche Reallohnminderung von 8,20 DM. Dieser Arbeiter hat zwei Kinder und arbeitet im 3-Schichtbetrieb. Für ihn sieht die Steuerpolitik keinen Ausgleich der Preissteigerung vor.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich für die betrachteten 58 Arbeiterinnen und Arbeiter eine reich gescheckte Bild von Reallohnsteigerung und -minderung. Mit ihrem Tarifaufschluß hat die IG Metall der Reaktion Gelegenheit gegeben, sich bei einem größeren Teil der Arbeiter als besserer Sachverwalter ihrer finanziellen Interessen aufzuspielen. Größere Teile der Arbeiterschaft werden durch die Steuerreformen größere Einnahmen erzielen als durch die Tarifverträge der IG Metall. Dadurch wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß geschwächt und die Reaktion kann für ihre politische Angriffe auf die Arbeiterbewegung ihre Basis verbreitern. Noch ein Gesichtspunkt sollte erwähnt werden: In der Spalte „Lohnherkunft ...“ ist abzulesen, wie weit Grundlohn – d.h. der Lohn ohne Schicht, Überstunden mit „durchschnittlicher“ Akkordleistung und ohne besondere, nicht abgesicherte Zulagen – und Effektivlohn auseinanderdriften, welche besonderen Erschwernisse Arbeiter schon heute auf sich nehmen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Tarifaufschlüsse werden den Zwang zu Schicht-, Akkord- und Überzeitarbeit noch verstärken.

58 Beispiele für heute gezahlte Löhne und ihre Entwicklung

Einkommen		Nettolohnänd.					tarifl= T steuerl= S		Steueränder		Reallohnänderung 2,5% Infl				Lohnherkunft		Angaben zu			
Brutto	Netto	T87/86	S88/87	T88/88	T89/88	S90/88	St87	S90-87	S88/87	T88/87	T89/87	S90/87	Tarif	über T	Ge	Sk	ZK	Tätigkeit		
490	333	11.1	0.0	6.5	7.9	0.0	85	4.9	-8.4	-2.1	-2.9	-11.2	0	0	w	5	0	z:0:a:00		
568	475	17.6	0.0	9.8	12.6	0.0	0	0.0	12.0	-2.4	-2.4	-14.3	0	0	w	1	0	z:4:n:00		
836	546	18.9	-0.2	10.7	13.5	0.0	168	8.9	13.9	-3.5	-4.3	-18.0	0	0	w	5	0	z:0:f:00		
1107	924	34.2	0.0	19.2	24.4	0.0	0	0.0	-23.4	-4.7	-4.7	-27.9	2518	-1411	w	2	1	a:4:a:02		
1111	846	26.4	3.9	15.3	17.5	26.4	71	-19.4	-17.5	-2.5	-7.0	-3.6	0	0	w	1	0	a:0:a:00		
1730	1063	28.4	10.3	16.6	21.0	30.7	396	-10.5	-16.5	-0.3	-6.9	-4.9	0	0	w	5	0	z:4:l:00		
1933	1147	26.0	20.7	18.0	19.0	56.5	462	-38.0	-8.5	9.1	1.7	22.2	0	0	w	5	0	0:4:a:00		
2044	1461	48.1	4.1	25.1	33.5	40.3	238	-22.4	-32.8	-8.4	-13.0	-12.2	0	0	w	4	1	z:0:l:00		
2320	1629	49.3	5.9	27.4	35.8	46.6	307	-24.3	-35.2	-8.4	-15.0	-12.3	0	0	w	4	1	a:1:a:00		
2463	1710	50.9	7.8	29.2	35.6	52.2	344	-27.8	-35.3	-6.9	-15.1	-9.9	2518	-55	w	4	1	a:4:a:02		
2535	1721	49.9	10.9	28.2	36.1	54.6	394	-30.0	-32.5	-5.0	-13.7	-5.9	2769	-234	m	1	0	a:2:a:04		
2551	1760	51.4	9.3	29.0	36.9	56.2	367	-30.9	-35.1	-6.8	-15.6	-7.3	2645	-94	w	4	1	a:2:a:03		
2671	1793	51.2	13.9	29.9	36.8	62.5	431	-37.9	-31.4	-2.2	-12.1	1.3	2730	-59	w	1	0	z:2:b:05		
2783	1915	55.6	11.9	31.0	38.4	69.1	398	-40.8	-36.4	-6.2	-17.5	-1.0	2518	265	w	4	2	a:2:a:02		
2786	1917	54.4	11.9	31.1	39.8	69.1	398	-42.2	-36.5	-6.1	-16.2	0.3	0	0	w	4	2	z:1:f:00		
2818	1869	52.7	17.3	30.4	37.7	71.9	472	-46.3	-30.0	-0.3	-11.3	8.9	2730	87	w	1	0	z:1:f:05		
2830	1908	54.0	15.3	31.0	38.6	72.1	443	-45.4	-33.0	-2.7	-13.8	5.6	2518	312	w	4	1	a:2:a:02		
2889	1939	53.8	16.7	31.8	39.5	76.0	459	-50.1	-32.3	-1.3	-12.3	9.9	2518	371	w	4	1	a:2:a:02		
2921	1989	55.5	15.1	31.3	40.6	77.6	436	-49.4	-35.1	-4.7	-15.8	6.8	2518	403	w	4	2	a:2:a:02		
2934	1927	53.5	20.5	30.4	39.4	80.3	505	-55.0	-28.3	1.3	-9.5	17.0	0	0	m	1	0	z:1:h:00		
2948	2168	69.4	7.8	37.2	51.2	73.8	261	-54.0	-46.9	-10.6	-16.2	-1.8	2769	178	m	3	1	a:2:a:04		
2987	2022	56.9	16.6	32.1	40.1	82.1	454	-53.2	-34.5	-3.2	-15.7	10.2	2893	94	w	4	2	a:2:a:05		
3001	2029	55.5	17.1	33.6	40.3	83.0	458	-55.8	-34.2	-1.4	-13.8	12.8	2769	231	w	4	2	a:2:a:04		
3003	2145	61.6	9.2	34.3	43.1	82.1	364	-30.3	-44.9	-11.4	-23.9	-19.5	2769	234	w	2	1	a:1:a:04		
3012	2036	55.8	17.3	32.3	40.6	83.8	461	-55.3	-34.2	-2.6	-15.0	12.2	2769	243	w	4	2	a:2:k:04		
3012	2345	71.2	8.0	40.3	48.7	90.2	124	-68.5	-51.1	-11.8	-24.1	1.3	2841	171	m	3	4	p:2:g:05		
3020	1970	53.6	23.0	31.4	39.3	87.0	530	-61.7	-26.9	3.7	-8.4	23.3	2645	375	w	4	0	a:2:a:03		
3020	2168	71.6	7.8	40.5	48.9	67.3	331	-45.5	-47.0	-7.5	-15.4	-7.1	2769	251	m	3	0	a:2:a:04		
3051	1985	54.3	23.9	31.8	39.8	89.3	538	-64.5	-26.4	4.6	-7.4	25.9	2769	282	m	1	0	a:2:a:04		
3063	2025	55.5	21.4	32.4	40.6	88.8	508	-62.5	-29.9	1.7	-10.4	21.5	2730	332	m	4	1	z:2:b:05		
3090	2303	73.6	7.8	39.7	52.4	82.2	239	-60.3	-50.3	-11.6	-19.4	-0.6	2893	197	m	3	2	a:2:g:05		
3098	2007	55.1	25.3	32.3	39.0	93.3	553	-67.9	-25.6	6.0	-7.4	29.2	2769	329	w	1	0	a:2:a:04		
3110	2085	56.2	19.9	33.5	42.0	90.8	488	-63.8	-32.8	-0.1	-12.3	20.1	2769	341	w	4	2	a:2:a:04		
3116	2087	57.8	20.1	32.1	42.1	91.5	491	-63.0	-32.1	-1.4	-13.6	19.4	0	0	m	4	2	p:1:b:00		
3136	2334	73.1	8.0	40.5	53.4	82.8	248	-61.2	-50.9	-11.4	-19.0	-0.3	2769	367	m	3	2	a:2:a:04		
3138	2025	56.0	26.5	31.3	41.2	96.4	564	-71.8	-24.9	5.6	-6.1	32.8	2893	245	m	1	0	a:2:g:05		
3189	2366	74.7	8.0	41.4	54.4	83.7	259	-61.8	-51.1	-11.3	-18.8	-0.2	2769	420	m	3	2	a:2:g:04		
3193	2125	57.7	22.3	33.0	43.2	97.3	512	-70.0	-31.5	0.6	-11.5	26.0	2730	462	m	4	2	z:2:b:05		
3234	2441	76.2	7.8	42.2	53.6	90.3	217	-66.5	-53.1	-12.6	-22.7	0.3	2769	465	m	3	3	a:2:c:04		
3237	2074	54.7	29.7	32.5	41.1	105.1	594	-80.8	-23.0	8.7	-4.3	41.4	2730	506	m	1	0	z:2:b:05		
3255	2155	59.0	24.0	33.7	42.7	102.4	530	-74.6	-30.6	2.3	-11.1	30.3	2730	525	m	4	2	z:2:b:05		
3278	2422	77.4	8.0	42.9	54.5	84.7	278	-61.0	-53.2	-11.3	-20.1	-1.9	2730	547	m	3	2	z:2:b:05		
3300	2482	76.3	7.8	45.3	55.0	91.3	229	-69.5	-54.8	-10.6	-20.3	2.6	2769	531	m	3	3	a:2:a:04		
3328	2114	56.6	32.6	33.6	40.9	113.3	621	-89.3	-21.2	11.6	-2.7	49.6	0	0	w	1	0	z:1:l:00		
3381	2178	58.7	31.1	33.1	42.3	115.8	602	-89.1	-24.2	8.1	-6.3	46.8	2769	612	m	4	1	a:2:l:04		
3405	2502	81.5	7.8	45.1	57.3	86.0	302	-62.2	-55.4	-11.4	-19.5	-2.2	3061	344	m	3	2	a:2:e:06		
3442	2528	80.5	8.0	45.8	56.2	86.3	312	-60.7	-55.8	-11.2	-21.0	-4.0	3044	398	m	3	2	z:2:d:06		
3445	2528	80.6	8.0	45.8	58.2	86.3	312	-62.7	-55.8	-11.1	-19.0	-2.0	3044	401	m	3	2	z:2:d:06		
3488	2228	57.4	34.7	34.4	42.4	125.8	635	-99.8	-21.9	11.6	-4.1	57.1	2893	596	m	4	1	a:2:g:05		
3576	2267	59.2	37.6	33.9	43.7	134.3	662	-108.6	-20.1	13.0	-2.5	65.6	3061	516	m	4	1	a:2:o:06		
3668	2308	59.3	40.8	34.9	43.4	143.4	690	-118.0	-18.0	16.1	-0.7	74.7	0	0	m	4	1	a:2:o:00		
3693	2641	86.3	8.0	50.1	61.7	78.7	418	-53.0	-58.1	-9.6	-17.3	10.4	3061	633	m	3	1	a:2:m:06		
3812	2412	59.8	42.3	37.2	46.2	154.7	698	-130.3	-19.0	17.3	0.6	83.9	3061	751	m	4	2	a:2:l:06		
3843	2342	58.2	50.6	34.8	45.5	165.2	783	-144.7	-9.2	24.8	9.0	103.6	3061	783	m	4	0	a:2:l:06		
3873	2801	90.0	7.8	51.2	65.9	88.5	402	-60.8	-62.9	-12.9	-20.4	-8.2	2893	981	m	3	2	a:3:l:05		
3976	2396	59.2	55.5	36.4	45.8	179.8	827	-160.8	-5.7	29.7	12.7	119.5	3308	669	m	1	0	a:2:l:07		
4003	2450	60.7	52.8	37.2	45.0	179.3	798	-156.7	-9.1	26.6	7.6	112.6	3795	208	m	4	1	a:2:j:09		
4394	2654	64.3	63.3	38.9	48.0	219.9	890	-197.1	-4.5	33.5	12.1	149.7	4059	335	m	4	2	a:2:j:10		

Zur Erläuterung: Die Daten stammen aus den Eintragungen in den Lohnsteuerkarten von 58 Arbeitern und Arbeiterinnen, zum größten Teil in einem großen Metallkonzern in Baden-Württemberg beschäftigt. Alle Geldbeträge in DM/Monat. Einkommen = auf der Lohnsteuerkarte 1986 eingetragenes Einkommen (ohne steuerfreie Schichtzuschläge). Nettoeinkommen = Brutto minus Steuer minus Sozialversicherungen (16,5% vom Brutto). Nettolohnänderungen tarifliche (T87/86 z.B. Erhöhung in DM 1987 gegenüber 1986): angenommen ist eine Erhöhung des Effektivlohnes um 1987 = 3,7%, 1988 = 2,5%, 1989 = 2%; steuerliche: angenommen ist für 1988 die bereits beschlossene Änderung des Steuertarifs sowie die durch Kabinettsbeschluss angekündigte Erhöhung des Grundfreibetrages, nicht berücksichtigt eine ebenfalls nur angekündigte weitere Änderung des Tarifverlaufs. 1990 unter den in Pol. Ber. 06/87 beschriebenen Annahmen ohne Kürzung von Freibeträgen. Steueränderung: St 87 = Steuerbetrag 1987, S90-87 = Differenz zwischen Steuerzahlung 1990 und 1987. Reallohnänderungen: angenommen ist eine jährliche Inflationsrate von 2,5%, Änderung des Nettoeinkommens in DM zur Basis 1987. Lohnherkunft: soweit Angaben über tarifliche Eingruppierung vorlagen, ist gerechnet: durchschnittlicher Akkordsatz (134%) bzw. Leistungszulage bei Zeitlöhnern, tarifliche Arbeitszeit, Urlaubsgeld für 6 Wochen, Weihnachtsgeld, ergibt Tariflohn. Über T. = Differenz zwischen tatsächlichem Einkommen und Tariflohn (in Einzelfällen ist diese Differenz negativ, wenn wegen Krankheit o.ä. weniger als die tarifliche Arbeitszeit gearbeitet wurde). Angaben zu Ge = Geschlecht (m/w), Sk = Steuerklasse, ZK = Zahl der steuerl. berücksichtigten Kinder, Tätigkeit, erste Spalte: z = Zeitlohn, a = Akkordlohn, p = Prämienlohn, 0 = keine Angabe; zweite Spalte, Arbeitszeit: 0 = Teilzeit, 1 = Normalzeit, 2 = 2-Schicht, 3 = 3-Schicht, 4 = Sonderfälle, Krankheit u.ä. Dritte Spalte, Art der Tätigkeit: a = Montage, b = Lager, c = Zubringer, d = Transport, e = Reparatur, f = Putzen, g = Maschinenbediener, h = Bau, i = Prüfer, j = Einsteller, k = Kontrolle, l = Sachbearbeiter, m = Packer, n = Ausbildung, o = Lackierer. Vierte Spalte, Lohngruppe n. Metalltarif, 00 = keine Angabe.]

„Die Zukunft der Arbeitslandschaft“

Keine Anhaltspunkte für eine Vereinheitlichung

1984 erhielt die Prognos AG (Basel) von der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) den Auftrag, „den Arbeitskräftebedarf nach Umfang, Tätigkeiten und Qualifikationen bis zum Jahr 2000 vorzuschätzen“. Die Ergebnisse der Studie wurden 1985/1986 veröffentlicht und dürften nachhaltig die langfristige Politik der BfA beeinflussen. Sie werden hier in Auszügen dargestellt. Da die Studie vergangene und vorhersehbare Trends mit den Zielvorstellungen und Plänen der Kapitalistenklasse zu einem Gesamtbild der „Arbeitslandschaft“ im Jahr 2000 kombiniert, dürften ihre Ergebnisse nicht ohne Interesse für klassenanalytische Überlegungen von Sozialisten sein.

Eine im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums für die Prognose des Energiebedarfs erstellte Basisstudie zur wirtschaftlichen Entwicklung (zusammgefaßtes Ergebnis in Tabelle 1 u. 2) ist Ausgangspunkt. Durch die Heranziehung der Befragungsergebnisse von Unternehmensberatungen wurden von vornherein die Pläne der Unternehmen in die Prognose eingebaut. In drei verschiedenen „Szenarien“ (untere, mittlere und obere Variante in Tabelle 1) werden die Erfolgsaussichten der westdeutschen Imperialisten und die Durchsetzungsmöglichkeiten konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik reflektiert. Z.B. zur Weltwirtschaft: „Für eine Wiederholung ähnlich starker exogener Störungen, wie sie in den 70er Jahren zu verzeichnen waren (Ölpreise, Wechselkurs, Protektionismus – d.V.), spricht aus heutiger Sicht wenig.“ Und zur Wirtschaftspolitik: Sie

werde „dem Abbau von Wachstums-hemmnissen und der Schaffung von verstärkten Leistungsanreizen Vorrang vor primär nachfragestützenden Maßnahmen“ geben. Im „optimistischeren Szenario“ wird zusätzlich davon ausgegangen, daß „flexiblere Arbeitszeitregelungen und eine bessere Kapazitätsauslastung ... höhere Gewinnmargen ...“ erlauben. Durch diese Konstellation ist die vorhergesagte Entwicklung der Beschäftigung unlösbar mit dem Erfolg der „Wende“ verknüpft.

Der Verschiedenheit der Szenarien kommt vorwiegend eine ideologisch-politische Bedeutung und eine Sicherungsfunktion zu. Nur in der oberen Prognosevariante wächst die Beschäftigung von 1982 bis 2000. Die Bandbreite der Prognosen für die Gesamtbeschäftigung von fast vier Millionen Beschäftigten erlaubt es, nahezu jede denkbare Entwicklung zu erfassen,

ohne die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus selbst zum Studienthema zu machen. Von den Verfassern selbst wird die mittlere Variante als die wahrscheinlichste unterstellt, und die weiteren Tabellen und Grafiken nehmen auf diese Variante Bezug.

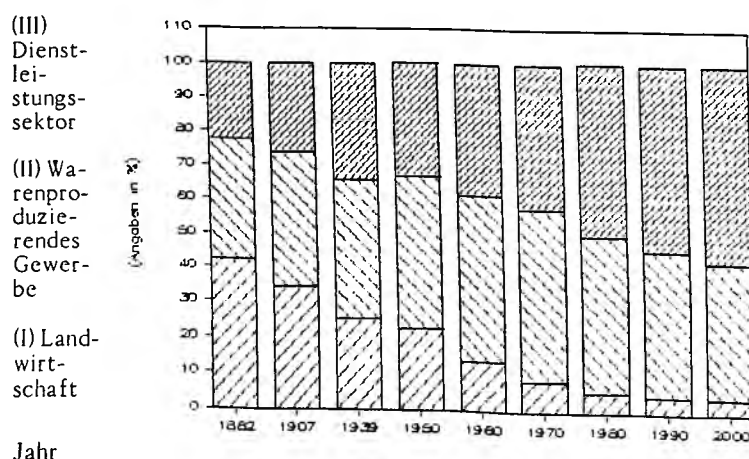
Während die globalen Angaben zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit mit äußerster Vorsicht zu genießen sind, muß den Aussagen zur strukturellen Entwicklung der Wirtschaftssektoren (Grafik 1), der Wirtschaftszweige (Tab. 2), der Tätigkeiten (Grafik 2 und Tab. 3) und der Qualifikationen (Tab. 4) eine höhere Plausibilität zugebilligt werden. Nur bei der Zugrundelegung grundsätzlich abweichender struktureller Trends in den 80er und 90er gegenüber den 70er Jahren (z.B. Bruch mit der Monopolisierung der Wirtschaft und der neokolonialistischen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, Bruch mit der Parzellierung der Arbeiten und Vereinheitlichung des Bildungswesens), könnte man stark davon abweichende Ergebnisse erwarten.

Grafik 1 stellt den „säkularen Trend zum Dienstleistungssektor“ dar, dessen Anteil bis zum Jahre 2000 bei knapp unter 60% liegen soll. Der Anteil von Land- und Forstwirtschaft geht in dem dargestellten Zeitraum von 120 Jahren drastisch und ununterbrochen zurück. Darüberhinaus ist Mitte der 70er Jahre ein Wendepunkt in der Entwicklung des warenproduzierenden Gewerbes zu verzeichnen. Sein Anteil ist seitdem rückläufig. Tab. 2 zeigt, welche Wirtschaftszweige am stärksten schrumpfen

Tab 1: Erwerbstätigkeit nach Sektoren 1982/2000 (in Tsd.)

Sektor	Erwerbstätige 1982	Saldo 2000 minus 1982 in untere	mittlere	Varianten obere
I Landwirtschaft	1383	– 361	– 290	– 223
II Warenproduktion	10913	– 2318	– 1300	– 690
III Dienstleistungen	13267	– 275	+ 1309	+ 1694
<i>Summen</i>	<i>25563</i>	<i>– 2954</i>	<i>– 281</i>	<i>781</i>

Grafik 1: Der säkulare Trend zum Dienstleistungssektor



Tab. 2: Veränderung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen 1982/2000

Wirtschaftszweig	in 1000
Übr. priv. Dienstl. untern.	+ 650
Staat	+ 609
Priv. Haush., Org. o. Erw.ch.	+ 208
Nachrichtenübermittlung	+ 95
Kreditinstitute	+ 60
Feinmechanik, Optik, Uhren	+ 41
Luft- und Raumfahrzeugbau	+ 26
Nahrungs- und Genussmittel	+ 23
Versicherungsunternehmen	+ 10
Zieh., Kaltzw., Stahlverf.	+ 10
<i>abnehmende Erwerbstätigkeit</i>	
Papier- u. Pappeverarb.	– 34
Holzverarbeitung	– 51
Eisenschaffende Industrie	– 64
Druckerei, Vervielfältigung	– 64
Energie, Wasser, Bergbau	– 68
Bekleidungsgewerbe	– 83
Verkehr	– 107
Textilgewerbe	– 110
Chemische Industrie	– 124
Großhandel, Einzelhandel	– 219
Straßenfz.bau, Reparatur	– 275
Baugewerbe	– 284
Land-, Forstw., Fischerei	– 290

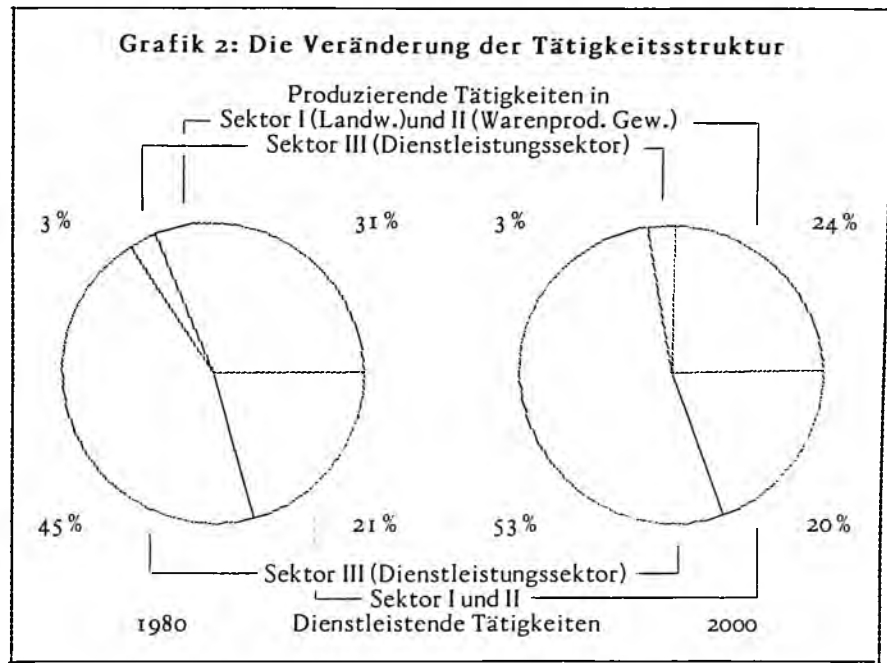
Enthalten sind die 10 wachsenden und die 13 am stärksten schrumpfenden Wirtschaftszweige.

sollen. 60% aller Erwerbstätigen befinden sich demnach 1982 in zukünftig schrumpfenden Wirtschaftszweigen.

Die Studie liefert im weiteren ein Bild der Aufgliederung der Wirtschaftszweige nach Tätigkeitsbereichen sowie eine Prognose für die Entwicklung von Tätigkeitsbereichen (Tab. 4). Was stellen dort die Tätigkeitsgruppen dar? Einige Beispiele. In der Gruppe Maschinelle Fertigung sind die repräsentativen Berufe Hilfsarbeiter, Schneider/Näher, Schlosser; bei Lager- und Versand Versandarbeiter/Packer, Boten/Postboten, Lagerverwalter; bei Führungsaufgaben/Management Unternehmer/Geschäftsführer/Abteilungsleiter; bei Lehren/Betreuen Lehrer, Erzieher und bei Physisch/psychisch behandeln Krankenschwester/-pfleger, Sprechstundenhelfer, Friseur, Ärzte. Die Tätigkeitsgruppen mit dem höchsten Anteil ungelernter Arbeit sind Primärproduktion, Reinigung/Hauswirtschaft/Bewirtung, Lager- und Versand sowie maschinelle Fertigung. Den höchsten Anteil von beruflich ausgebildeten Arbeitskräften gibt es bei den Bürotätigkeiten, Lager/Transport/Vertrieb (ohne Lager und Versand) sowie bei Reparatur, Maschinenbedienung und handwerklicher Fertigung. Der Anteil von Hochschulabsolventen ist am höchsten bei Lehren/Betreuen, Rechtspflege, Forschung/Entwicklung. Die am stärksten expandierenden Tätigkeitsbereiche sind Führungsaufgaben/Management (!) sowie die qualifizierteren Bürotätigkeiten. Die stärkste Abnahmen verzeichnen die maschinelle und die handwerkliche Fertigung, die abteilungsspezifische Bürotätigkeit sowie die Primärproduktion – zusammen über 2 Mio.

Grafik 2 zeigt einen Ausschnitt der in Grafik 1 dargestellten Entwicklung auf der Ebene der Tätigkeitsgruppen. Dabei sind (in nicht ganz adäquater Weise) die Gruppen der Abteilung Produktion (ohne Reparatur) zu „produzierenden Tätigkeiten“ quer zu den Sektoren zusammengefaßt worden. Ihr Anteil sinkt von 1980 34% auf 2000 27%. Die Entwicklung stellt sich ähnlich dar – wenn auch in anderen Größenordnungen –, faßt man Produktion, Lager und Verwaltung zusammen (Rückgang von 54,4% auf 47,2%). Tab. 4 gibt die aktuelle und die prognostizierte Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze (nicht der Erwerbstätigen) auf der Basis ihrer jetzigen Belegung wieder. Sie dürfte den Rückgang angelernter und die Zunahme akademischer Tätigkeiten überzeichnen. Aber auch hier läßt sich die Herausbildung von zwei Schwerpunkten an der Stelle einer an der Facharbeiterqualifikation zentrierten Arbeitswelt nicht von der Hand weisen.

Quellen: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 94.1, 94.2, 95; div. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. – (mas)



Tab. 3: Tätigkeitsstruktur 1980/2000

Tätigkeitsgruppe	Erwerbstätige in 1000		in %	
	1980	2000 – 1980	1980	2000
Primärproduktion	1584	– 361	6,0	4,8
Handwerkliche Fertigung	2934	– 673	11,2	8,9
Maschinelle Fertigung	2283	– 776	8,7	6,4
Kontrolle, Anleitung	651	– 244	2,5	1,6
Maschinenbedienung, -regelung	971	+ 161	3,7	4,5
Reparatur	1446	– 118	5,5	5,3
<i>Summe: Produktion</i>	<i>9869</i>	<i>– 1911</i>	<i>37,6</i>	<i>31,5</i>
Lager- und Versand	1182	– 240	4,5	3,7
Transport (Güter/Personen)	594	– 66	2,3	2,1
Verkaufstätigkeiten allgemeiner Art	2051	– 178	7,8	7,4
Produktbezogene Handelstätigkeiten	331	+ 9	1,3	1,3
Kundenbezogene Handelstätigkeiten	260	+ 10	1,0	1,1
<i>Summe: Lager, Transp., Vertrieb</i>	<i>4418</i>	<i>– 455</i>	<i>16,8</i>	<i>15,7</i>
Abteilungsspezifische Bürotätigkeiten	1611	– 456	6,1	4,6
Integrierte Sach-/Antragsbearbeitung	1258	+ 337	4,8	5,9
Entscheidungsvorbereitung/-assistenz	306	+ 91	1,2	1,6
<i>Summe Büro</i>	<i>3175</i>	<i>– 128</i>	<i>12,1</i>	<i>12,1</i>
Forschung und Entwicklung	581	+ 172	2,2	3,0
Sachbezogene Entscheidungen	796	+ 351	3,0	4,5
Führungsaufgaben, Management	1116	+ 542	4,3	6,6
<i>Summe Disposition, F + E</i>	<i>2493</i>	<i>+ 1065</i>	<i>9,5</i>	<i>14,1</i>
Lehren, Betreuen	1080	+ 299	4,1	5,5
Ordnen, Bewachen	960	+ 76	3,7	4,1
Rechtspflege	311	+ 136	1,2	1,8
Physisch/psychisch behandeln, beraten	1181	+ 228	4,5	5,6
Publizieren, Kunst schaffen	134	+ 35	0,5	0,7
<i>Summe Dienstleistungen</i>	<i>3666</i>	<i>+ 774</i>	<i>14,0</i>	<i>17,6</i>
Reinigung, Hauswirtschaft, Bewirtung	1367	– 7	5,2	5,4
In Ausbildung	1265	– 309	4,8	3,8
<i>Alle Tätigkeiten</i>	<i>26251</i>	<i>– 969</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Tab. 4: Qualifikationsstruktur der Beschäftigten 1982/2000

Qualifikation	Erwerbstätige in 1000		in %	
	1982	2000 – 1982	1982	2000
Ohne berufliche Ausbildung	8188	– 3178	32,0	19,8
Berufliche Ausbildung	13514	+ 1315	52,9	58,7
Meister, Techniker, Fachschule	1679	+ 23	6,6	6,7
Hochschule	2183	+ 1552	8,5	14,8



Landtagswahlen

CDU/CSU und FDP erhoffen sich von den Ergebnissen der Landtagswahlen in Hamburg und Rheinland-Pfalz am 17. Mai eine weitere Festigung des reaktionären Lagers. In Hamburg erwarten die Reaktionäre den Wiedereinzug der FDP ins Parlament. Das würde die Rechtsentwicklung in den Mittelklassen fortsetzen und der Regierung für

ihre für Herbst geplanten Gesetze zur Inneren Sicherheit, zur Steuerreform und zur Reform von Kranken- und Rentenversicherung gegen die Lohnabhängigen weitgehend freie Hand geben. Die Zerstörung kollektiver Sicherungen und Schutzrechte der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten könnte fortgesetzt werden. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Wahlergebnissen?

Jugoslawien: Streiks gegen Lohnstopp der Regierung

Hohe Auslandsverschuldung, durchschnittliche Inflation von 100%, Handelsbilanzdefizit: Die Regierung Jugoslawiens versucht, diese schweren Probleme auf Kosten der Arbeiter und der gesamten werktätigen Bevölkerung zu lösen. Mit dem im Februar verfügten Lohnstopp ist sie auf erbitterten Widerstand der Arbeiter gestoßen, die im ganzen Land dagegen streikten. Innerhalb des Bundes der Kommunisten nehmen die Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei an Schärfe zu, oppositionelle Bewegungen in der Arbeiterklasse, unter der Intelligenz und in der Jugend werden härter angegriffen. Welche Fraktionen gibt es, setzt sich der Kurs der „Marktwirtschaftler“ durch?



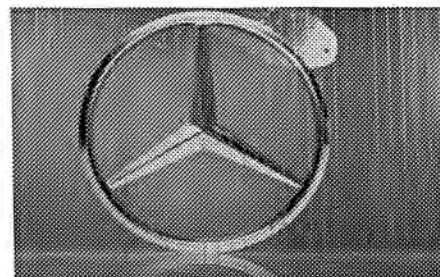
Elendsschichten

In Hamburg hat die Zahl derjenigen, die laufend Sozialhilfe beziehen, von 1980 auf 1984 um 34% zugenommen. Verschiebungen sind deutlich: War noch bis vor einiger Zeit die typische Sozialhilfebezieherin alt und weiblich, so müssen immer mehr junge Menschen, auch zunehmend Männer, bzw. Familien mit Kindern Sozialhilfe bean-

tragen. Die Gründe sind vielfältig: Einkommen von Angehörigen können nicht mehr herangezogen werden, weil zu niedrig; Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung haben zu einem Absinken der ausgezahlten Beträge geführt, viele, v.a. junge Menschen, sind unständig oder befristet beschäftigt und haben nur unzureichende Versicherungsansprüche. All dies führt dazu, daß sich Elendsviertel ausbreiten.

Wirtschaftliche Reformforderungen für strukturschwache Regionen

Die Daimler-Benz AG hat inzwischen angekündigt, daß sie endgültig auf den Bau der Teststrecke in Boxberg verzichtet. Reaktionäre Kräfte versuchen aber weiterhin, Lohnabhängige, kleine Handwerker und Geschäftsleute in der strukturschwachen Region Main-Tauber-Kreis für eine Wirtschaftsförderung von Konzernen einzuspannen. Lothar Späth fördert diese Kräfte, gilt es doch weitere Vorhaben der Daimler-Kapitalisten in Baden-Württemberg durchzusetzen. Wie sind die sozialen Interessen der Leute, die sich von der Daimler-Teststrecke eine Verbesserung ihrer Lage versprochen hatten? Welche Wirtschaftsreformen könnten diesen Interessen entsprechen, ohne die Monopole zu stärken?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschul-

politik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nach-

richten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse –

Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/211658 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.